

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staninck, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum 80.-

Verbandskollegen! Ende dieser Woche ist der letzte Extrabeitrag fällig. Verfäume niemand seine Pflicht!

Inhalt: Volksernährung, Volksausnahrung und Steuerung. — Das Wohnungswesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — Arbeiterleben. — Wirtschaftliche Kündigung. — Politische Kündigung. — Maurerbewegung; Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Quotientabrechnung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Berichte. — Centralratenkasse. — Von Dan: Unfälle, Arbeitsschaffung, Subventionen usw. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen: Generalversammlungen. — Polizei und Gerichte. — Berücksichtigung. — Eingegangene Schriften. — Briefe. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Architektur des Halzgiebelbaus.

Hunger, das Elend von Millionen proletarischer Christen, die regelrechte, systematische Aushungierung des Volkes unter dem Zwange der Not. Das, was unter der Herrschaft dieses Systems „Volksernährung“ genannt wird, ist nichts anderes, als Zufriedenstellung des zur Fristung der Christen und zur Fortpflanzung unbedingt erforderlichen Quantums an Lebensmitteln, das in der Regel harter Entbehrungen nicht entspricht. Unzählige Menschen haben noch nicht einmal dieses Minimum, besonders diejenigen Proletarier nicht, die nicht so glücklich sind, ihre Arbeitskraft, an deren Bewertung das Minimum gebunden ist, verlaufen zu können.

In rücksichtslosem Verwüstung der Volkstrost, in der Degeneration der Massen gipfelt alle die schlimmsten Konsequenzen des kapitalistischen Systems. Die Unfall-, Krankheits- und Mortalitätsstatistik beweist, in welch erschrecklichem Maße die Verwüstung vor sich geht. Weitaußer der größte Teil der Proletarien erreicht die natürliche Lebensdauer nicht; frühe wird er durch Siechheit und Elend vernichtet, und die größte Zahl der Geburten weist den Fluch der erblichen Degeneration auf. Schreckend greift die Säuglingssterilität ein; in Deutschland gehen jährlich etwa 420 000 Kinder zu Grunde, ehe sie das erste Lebensjahr erreicht haben. Im Königreich Preußen stirbt der vierte Teil aller Neugeborenen schon im ersten Lebensjahr wieder weg. In einzelnen Gegenden ist die Kindersterilität noch größer als im Durchschnitt in Preußen. Im Königreich Sachsen sind in den Jahren 1896 bis 1900 von 1000 Lebendgeborenen 265, also mehr als ein Viertel, gestorben; in der Stadt Chemnitz 337, in der Amtshauptmannschaft Chemnitz 387 von 1000 Kindern, also weit mehr als ein Drittel aller Neugeborenen.

Die Grundursache der Kindersterilität, der Mangel an Lebensmittel infolge schlechter, ungünstiger Ernährung, liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Unzählige Frauen des Proletariats können der Mutterpflicht gegen ihre Säuglinge nicht genügen; entweder sie sind infolge der zerrüttenden Not, vielleicht schon mit erblichem physchem Unvermögen belastet, nicht fähig, ihre Kinder zu stillen, oder der unterblitliche Zwang, einem Erwerb nachzugeben, hindert sie daran. Hingegen kommt, daß sie zumeist nicht im Stande sind, die Gedanken der Kinder erforderlichen Ernährungsmittel, Kuhmilch usw., in guter Qualität und ausreichender Quantität zu kaufen. Lassalle sagte den Arbeitern: „Wenn Ihnen Ihre Kinder sterben, so ist das kein Zufall; es ist ein eisernes statistisches Gesetz, wurdend in Ihrer schlechten Lage... die furchtbare Sterilität ist dem Elend der Eltern zuschreibbar und besonders denjenigen der Männer.“ Und er fügte, sich auf wissenschaftliche Autoritäten berufend, hinzu: „Die Männer der Wissenschaft zittern, indem sie das furchtbare Resultat niederschreiben.“ (Arbeiterlesebuch).

Man kann, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, sagen, daß die Lohnarbeiterklasse Deutschlands und auch die Massen des sogenannten „Mittelstandes“ durch das kapitalistische Wirtschaftssystem einer verhängnisvollen Unterernährung überantwortet ist. Und wenn sie unter Hinweis auf die den Agrarier zuliebe ermöglichte wachsende Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel höhere Böhne fordern, dann nimmt sie die „staatserhaltende“ Moral, ausgehend von dem nicht genug zu versichrenden Dogma, daß den Arbeiter die „Tugend der Bedürfnislosigkeit“ zieren müsse, „mochs begehrlich“ und „unverschäm“.

Daher selbst gewissen „Staatserhaltenden“ das Gewissen schlägt, kann nicht wunder nehmen. So schrieb vor einiger Zeit ein Sachverständiger in der „Köln. Zeitung“:

„Immer wird eine Unterernährung der breiten Massen eine Folge des Vieh- und Fleischmangels sein und das Volk dadurch in seiner Widerstandskraft geschwächt werden. Was müssen alle sanitären und sozialen Einrichtungen, wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß das Volk auch seine notwendige Nahrung erhält!“

Volksernährung, Volksausnahrung und Steuerung.

I.

Die Frage der Volksernährung ist ohne Zweifel die wichtigste aller staatswirtschaftlichen Fragen. In ihr begreifen sich die hauptsächlichen Voraussetzungen und Bedingungen des ganzen staatswirtschaftlichen Systems. Von der Volksernährung ist naturgemäß die Erhaltung der Volkstrost abhängig, wie diese wiederum die Quelle aller Kulturarbeit ist, die auf dem Gebiete der Industrie und des Handels, der Kunst und Wissenschaft geleistet zu werden vermag. In sie ist die Existenz und Entwicklung der Staaten in jeder Hinsicht so unbedingt gebunden, wie des Menschen Dasein an das Licht der Sonne. Aus der Kraft der Millionen Einzelpersonen, die zusammengehören, ist sie demselben Naturgesetz unterworfen, wie die organische Kraft jedes dieser Individuen: sie dient dem Verbrauch und muß beständig erneuert werden. Und Arbeit ist der Preis, den dieser Regenerationsprozeß erfordert. Es ist das denkbare natürlichste Verhältnis, daß Volkstrost und Arbeit aufeinander angewiesen sind, ja, genau betrachtet, eine untrümbare Einheit bilden. Die Kultur eines Volkes resp. seine Fähigkeit, in der Kultur fortzuschreiten, bemüht sich durchaus nach dem Maße der Fürsorge, die diese ihre Grundbedingung erfährt. Nichts selbsterklärendes, als daß die Fürsorge einzusehen hat bei der Volksernährung.

Es hat bis jetzt keine staatliche und gesellschaftliche Organisation gegeben, die den Pflicht dieser Fürsorge so genügt hätte, wie Vernunft und Gerechtigkeit es erfordern. Immer ist im Kaisertum die Volkstrost, d. h. die Kraft der unterdrückten arbeitenden Massen, einem schrecklichen Mißbrauch ausgesetzt gewesen; sie wurde nicht geachtet, bewertet und verwertet um des Volkes und seines natürlichen kulturellen Berufes willen, sie waren Herrschenden das Mittel zu dem Zweck, sich durch Ausbeutung zu bereichern und damit sich die Mittel zur Herrschaft zu sichern. Dementsprechend erfuhr ganz konsequent die Volksernährung immer mehr oder weniger gräßliche Vernachlässigung seitens der Herrschenden. Wie diese die Arbeit verachten, alle produktive Tätigkeit den Unterdrückten als eine Spezialpflicht zuweisen und für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich möglichst viel von den Früchten der Arbeit anzueignen, so waren sie auch stets von der Tendenz geleitet, sich mit der Notwendigkeit der Volksernährung so leicht wie möglich abzufinden, indem sie den arbeitenden Massen nur das zuerkannten, was man die tierische Lebensnotdurft nennen kann.

Einen beispiellos hohen Grad hat die Verbündigung an der Volkstrost unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erreicht. Hier tritt neben die denkbare intensive Ausbeutung der Arbeitskraft der Mangel, der

Lebensmittel in ganz erheblichem Maße zu steigern. Unsere Reichsteuer- und Zollpolitik, welche den großen Massen der ärmeren Bevölkerung die Hauptlast aufbürdet, erschwert und verschlechtert die Volksernährung in geradezu verhängnisvoller Weise. Sie ist besonders in dem Punkte, wo sie als agrarische Schutzgollpolitik in die Erscheinung tritt, eine Ungerechtigkeit der aller schlimmsten Art, in Wahrheit eine Aushangungspolitik.

Eine Konsequenz dieser Politik ist die Fleischnot, die bereits einige Jahre andauert. Zu den verhängnisvollen Wirkungen der vorgestellt zum „Schutz der Landwirtschaft“ notwendigen Vieh- und Fleischzölle treten die Grenzsperrre — ein Maßnahmen, die mit der Tendenz der Zölle, den Agrarier Preise zu sichern, sich völlig deckt. Die Vieh- und Fleischpreise werden in die Höhe getrieben, was gleichbedeutend damit ist, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung gezwungen sind, noch weniger Fleisch zu konsumieren, als seither schon. Wir sagen noch weniger. Denn erwiesenermaßen konsumiert diese Bevölkerung nicht nur relativ ein erheblich geringeres Quantum Fleisch, als die Bevölkerung anderer Länder (29 Kilogramm pro Kopf, während Frankreich 42 und Großbritannien 55 Kilogramm verbraucht), die arbeitenden Massen sind überhaupt seither schon nicht in der Lage, das Quantum zu konsumieren, welches zur Ernährung unbedingt erforderlich ist.

Die Wissenschaft fordert, daß jeder Erwachsene 250 Gramm gutes Fleisch zur täglichen Nahrung haben soll. Ein vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenes „Gesundheitskleid“ sieht als Mindestmaß 150 Gramm fest. Dieses Mindestmaß würde für eine Familie mit zwei Kindern (= drei Erwachsenen) täglich dreimal 150 Gramm, innerhalb jährlich 164 Kilogramm Fleisch erfordern. Wie viele Arbeiterfamilien können sich die Ausgabe für solch ein Minimalquantum Fleisch leisten? Sie würde sich nach heutigen Preisen auf etwa M. 250 jährlich, oder etwa den vierten Teil eines Arbeiterdurchschnittseinkommens belaufen. Tatsächlich haben die Arbeiter oft höchstens nicht so viel Fleisch zur Nahrung, als sie nach den Anforderungen der Gesundheitslehre täglich, und zwar mindestens verzehren sollten.

Und wenn sie unter Hinweis auf die den Agrarier-

zuliebe ermöglichte wachsende Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel höhere Böhne fordern, dann nimmt sie die „staatserhaltende“ Moral, ausgehend von dem nicht genug zu versichrenden Dogma, daß den Arbeiter die „Tugend der Bedürfnislosigkeit“ zieren müsse, „mochs begehrlich“ und „unverschäm“.

Die Unterernährung ist längst da; sie bildet an sich den sogenannten „normalen Zustand“; durch die agrarische Ausungerungspolitik wird sie lediglich verschärft und verallgemeinert. Der Sachverständige fährt fort:

„In dieser Beziehung ist England und weit überlegen, da ja der Engländer sich infolge des herrschenden Fleischbedarfs eine billige Viehhaltung ver-schaffen kann. England hat längst eingesehen, dass es bei weitem nicht im Stande ist, die notwendige Fleischmenge, deren sein Volk bedarf, zu produzieren, und das sich seit langem die Länder, die einen Viehberuf haben, dientlich gemacht. Dieser Wettbewerb, der dem englischen Viehmarkt erlaubt ist, hat ihn angepeitscht, fort und fort seinen Viehkapital zu verbessern, und so sehen wir denn auf den Viehmärkten Englands durchweg ausgesuchte Tiere, die vorzügliche Fleischqualitäten aufzuweisen.“

Dass auch die bessere Viehzucht den Bedarf nicht zu bedenken mag und niemals darin gelungen wird, ihn zu bedenken, steht längst fest. Wir sind für die Volksernährung auf eine steil nachsteigende Vieh- und Fleischproduktion angewiesen. Der Wert der Einfuhr in England im Jahre 1905 wird geschätzt auf über 880 Millionen Mark.

Dank dieser Einfuhr halten sich die Fleischpreise auf einem niedrigen Stand. Beispieleweise notierten am 19. Juli d. J. bestes schottisches Rindfleisch das Pfund (engl.) 55 bis 58 Pf., amerikanisches in England geschlachtetes Fleisch 50 bis 52 Pf., amerikanisches gefülltes Fleisch, Hinterviertel 48 bis 55 Pf., Vorderviertel 27 bis 28 Pf., gefülltes Fleisch, Hinterviertel 26 bis 27 Pf., Vorderviertel 19 bis 20 Pf., bestes Hammelfleisch aus Schottland 61 bis 63 Pf., Kalbfleisch 50 bis 52 Pf., Schweinefleisch 47 bis 48 Pf. Das sind Fleischpreise, die bei dem besten Fleisch durchschnittlich nur drei Viertel von denen ausmachen, die wir Deutsche bezahlen müssen. Bei den geringeren Sorten müssen wir weit mehr als 25 Pf. mehr bezahlen.

Und gerade diese geringeren Sorten konsumiert das arbeitende Volk, das sonach eine doppelte Schädigung erfährt.

Von wie grotem Einfluss die Fleischsteuerung auf den Fleischkonsum der Bevölkerung ist, das zeigt der von dem Leipziger Vieh- und Schlachthof für das Jahr 1906 herausgegebene Geschäftsbericht. Während im Jahre 1904 noch 338 467 Tiere (Rinder, Kalber, Hammel, Schweine und Ziegen), geschlachtet und zusammen mit dem eingeführten Fleisch 33 688 550 Kilogramm Fleisch in Leipzig konsumiert wurden, wurden trotz der Bevölkerungszunahme im Jahre 1906 nur 319 587 Tiere geschlachtet und nur 80 538 020 Kilogramm Fleisch verbraucht.

Der Wert und Kaufpreis der auf den Schlachtviehmarkten verkaufen Tiere stellte sich anderseits 1906 auf 44 838 780 gegen 41 832 840 im Jahre 1904.

Owwohl also die Zahl der geschlachteten Tiere enorm abgenommen hatte, wurden 1906 7 Millionen Mark mehr gezahlt, als 1904.

So muss mithin der brave Deutsche dem zimmerhaften Agrarunternehmen zuliebe sein Portemonnaie leer und überdies seine Fleischration herabsetzen! Dem wie in Leipzig die Hungersteuer wirkt, so wirkt sie überall im Deutschen Reich. Das ist der „Segen“ der stetig fortbreitenden Verjunkierung Deutschlands!

Es sind die zahlreichen Feststellungen, die ganze Bände gegen den agraristischen Fleischzwinger in Deutschland sprechen. Freilich, nur durch Erhöhung und Fernhaltung der Vieh- und Fleischproduktion in dieser Weise möglich, wie die Vergleichung geradezu drastisch zeigt. Dazu die Verteilung aller

anderen notwendigen Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern! Mit Blindheit geschlagen ist, wer nicht ein sieht, dass die ganze vorgeblich zum „Schutz der nationalen Arbeit“ betriebene Agrarpolitik ein ungeheuerer Frieden am Volke ist. Und während so rücksichtslos die Volkskraft verwüstet wird, spricht man fortgesetzt von der Notwendigkeit, die „Wehrkraft des Volkes zu stärken“ unter militärischen Gesichtspunkten! Vermehrung des stehenden Heeres und der Kriegsflotte, neue Kanonen, neue Waffen aller Art der Regierung zu bewilligen, wird als „patriotische Pflicht“ bezeichnet, während die echte und rechte Wehrkraft zu grunde geht. Wo soll das hinaus? Was wird die deutsche Arbeiterklasse denn schließlich noch als „nationales Interesse“ zu verteidigen haben? Höret Euch, Ihr Verfechter der Ausungerungspolitik! Ihr geht einen verhängnisvollen Weg. Lenket ein beizeiten; denn immer aktiver wird die Frage: wie lange noch sag das Volk diese Politik gefallen lassen kann und wird?

Das Wohnungswesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus gelegentlichen Veröffentlichungen wie aus einigen Erörterungen im Reichstag ist es längst bekannt, dass die Wohnungsverhältnisse im größten deutschen Industriegebiet jolch elstatische Lage aufzuweisen, dass sie den Londoner Clums, die wegen ihres Glends und Schnapses eine traurige internationale Berühmtheit erlangt haben, getroffen an die Seite gestellt werden können. Wer erstellt dort Bau um Bau, ganze Straßenzüge, ja ganze Stadtteile oft hundert Jahre; aber trotzdem wächst das Uebel weiter. Sobald ein Industriespargel, wie man mit tressendem Witz die Schornstein genannt hat, eingeschichtet, wachsen um ihn herum in vier, fünf Monaten die Wohnhäuser wie Pilze aus dem Boden. Entweder niedrige, das Schönheitssuchende Kluge des Bauvermögens beleidigende Bechenhäuser, sogenannte Bechenkolonien, oder nicht minder abscheuliche Mietkasernen mit allen Attributen des hässlichen, falschen und Unrechts. Diese Häuser werden gewöhnlich so schnell wie irgend möglich, oft noch vor der völligen Fertigstellung, bezogen. Über auch dort, wo dies nicht geschieht, machen sie einen durchaus unfertigen Eindruck. Häufig kommt es vor, dass Gebäude so ausgeführt werden, als wenn sie außen geputzt werden sollten; während des Baues kommt dann irgend etwas dagegen, der Bauherz wird anderem Sinnes, vielleicht ist auch das Geld alle, oder der Eintritt von schlechtem Wetter macht das Putzen unmöglich, dann bleiben die Gebäude einfach so wie sie sind. Oft werden noch nicht einmal die Schüttlöcher vermauert.

Um den Eindruck des Unfertigen zu verstärken, bleiben nun auch die Straßen in ihrem unvollständigen Zustande. Manchmal sind es einfache Feldwege, manchmal auch das noch nicht, sondern einfach Feldslur, die die einzige Befestigung eines Wagenverkehr, dem Bauschutt und dem stets reißend, daraufgeworfenen Unrat, wie alte Fischs, Konservenbüchsen usw., verbannt. Wo nicht die Bechen, selbst die Straßen ausbauen, und sie nur so natürlich nur, wenn sie in ihrem Eigentum liegen und auch für den Betrieb in Betracht kommen, da bleiben sie Jahre, nein, Jahrzehntelang so, wie wir sie beschrieben, je nach der Jahreszeit Mülldämme oder Langgestreckte Kloaken.

Indes, so mag man fragen, was hat das mit den eigentlichen Wohnungsverhältnissen zu tun? Sehr viel, wenn man die Wohnung nicht mit den vier Wänden der überdachten Räume für abgeschlossen hält. Der Charakter der Wohnung wird nicht allein durch die eigentlichen Wohn-

räume, sondern auch wesentlich durch die Umwelt gebildet: durch das Neuherrn des Hauses, durch den Zugang, durch die Beschaffenheit der Luft usw. Es mag Menschen geben, die sich auch inmitten des ärgsten Schmudels ihr Heim bequem und reinlich gestalten können und sich wohl darin fühlen, aber sie werden Ausnahmen bilden; für die Mehrheit sind diese Umstände von bestimmender Bedeutung.

Aber auch wenn dem nicht so wäre, würden die Wohnungsverhältnisse die härteste Verurteilung verdienen. Der hässlichste Zug im Wohnungsbau des Industriegebiets ist die Überfüllung der Wohnungen, die natürlich ihre sozialen Ursachen hat, auf die wir noch zu sprechen kommen. Was die Überfüllung selbst anbelangt, so fehlen zwar leider umfassende Darstellungen davon; man ist auf die Ergebnisse privater Untersuchungen angewiesen, die sich natürlich immer nur auf einen kleinen Kreis des großen Gebietes beschränken. Wir wollen einige davon im Auszuge wiedergeben. Der Landrat Spring veranstaltete im Jahre 1897 im Kreise Hördt eine Wohnungssenke, die sich auf 100 Häuser mit 250 Wohnungen erstreckte. Davor bezeichnete der Landrat 88 Pf. als in jeder Beziehung zur Bevölkerung von Menschen ungeeignet. Fünfzig waren 144 Wohnungen; bezüglich der Aborte genügten nur 50 Wohnungen den allerbescheidensten Anforderungen; 48 Pf. aller Wohnungen waren überfüllt, 21 Pf. sogar höchstgradig überfüllt. In den 250 Wohnungen lebten 1875 Menschen, darunter 612 Kinder, 57 Pf. der Wohnungen bestanden nur aus Küche und Schlafrustube. Dr. Lorenz Pieper, einer der Leiter des katholischen Volksvereins, untersuchte die Wohnungsverhältnisse in Gelsenkirchen-Liedendorf. In 130 Häusern hausten 595 Familien. 300 bewohnten nur je 2 Räume, in 86 zweiräumigen Wohnungen befanden sich 5 bis 8 Personen; in einem Raum wohnten 2 bis 6 Personen! 107 Familien mit 2 bis 6 Angehörigen besaßen nur je ein Bett! Nur eine Minderheit besaß für jeden Familiengesetzigen je ein Bett! Daß zwei Personen (zweckmäßig) zusammen ein Bett benutzen, ist im Ruhegebiet vielfach die Regel. Nicht selten stehen 2 bis 4 Betten in einem Zimmer für 4 bis 8 Personen. Wenn die zwei Loggiajäger und Bettgenossen in der Küche zur Schicht gehen, dann kriechen als „Ablösung“ zwei Nachschichter in dasselbe Bett! Das ist insbesondere dort der Brauch, wo eine Menge Kostgänger oder Schlossburgschen gehalten werden.

Diese Stichproben bieten nun nicht etwa Resultate, die man als Ausnahmen ansehen könnte, im Gegenteil, sie bezeichnen sich ja auf Gebiete, die zu den ältesten Industriezonen und somit immer noch besetzten Gegenden zu rechnen sind. Welches Wohnungselend würde uns erst entgegenähneln, wenn eine gründliche Untersuchung, die sich auf das ganze Industriegebiet erstrecken mühte, vor genommen würde. Von einem der neuen Bezirke, der Gegend von Margrath, Neumühl usw., hat der sozialdemokratische Abgeordnete Hengsbach in der letzten Sessjon des Reichstages ein Bill entrollt, das ebenso abridend wie wahrheitsgetreu war. Von den Behörden wird so gut wie gar nichts gegen das Wohnungselend getan. Von allen dortigen Städten hat nur Egen eine Wohnungskontrolle, die freilich auch nur recht wenig helfen kann. Im Jahre 1906 wurden insgesamt 8361 Wohnungen, das sind 12 Pf., inspiziert. Von diesen wurden über 57 Pf. als ungünstig bezeichnet; dabei ist es charakteristisch, dass 10 Wohnungen beanstandet wurden, weil keine Fenster darin waren! In dem Bericht der Inspektoren heißt es, dass man 3500 Schlafräume untersuchte, „die größtenteils auch als Küchen benutzt wurden“. Mehrheit wurden „zwei Haushaltungen in einer gemeinschaftlichen Wohnung angetroffen“. Auch

Die Architektur des Falzgiegeldaches.

Von Fred Hood.

(Giebeln verboten.)

Die Maler alter Städtebilder lassen uns mit Vorliebe von erhöhtem Standpunkt aus in die Stadt hinschauen, um uns die charakteristischen beweglichen Linien der alten Giebelbächer zu zeigen, die in der Tat diesen Städten ein ganz reizvolles Gepräge verleihen. Nicht allein die Harmonie der roten Dachsteine mit dem Grün der Umgebung, sondern auch die Wellenlinien der schuppenartigen Eindeckung, die sich auch an den Graten und in den Schleifen nicht an das Dachgerüst anschmiegt, zeigen das Auge des Malers wie das des modernen Architekten. Und so soll ja auch ein Dach beschaffen sein; es ist die Dede, die wir über das Haus breiten, getragen von den festen konstruktiven Teilen, die sich naturgemäß an den First, den Schleifen und Graten abzeichnen.

Ran sind aber neuerdings an die Stelle dieser über schwungsbächer, die allein diesen schuppenartigen Charakter aufzuweisen, größtenteils die Falzgiegeldächer getreten, die in konstruktiver Hinsicht als recht vollkommen bezeichnet werden dürfen. Über diese Vollkommenheit der großen, schweren Blätten, bedingt durch das horizontale und wasserfeste Zusammenhängen der Falze auf zwei, ja sogar auf drei Seiten, ergibt eine sehr unerwünschte Regelwidrigkeit in der Erscheinung des Daches. Es erhält einen steifen plattenartigen Charakter und wird außerdem durch die Falzkehlen in sehr unschöner Weise in mehreren ungleichmäßigen, winzigen Felder zerstückt; denn ein Eindeich der Graten mit diesen schwierigen großen Falzgiegeln ist ganz unmöglich. Dazu kommt, dass solch ein aus lauter

regelmäßig geformten Platten bestehendes Dach genau wie wie Schieferdach viel zu geleidt aussieht; es besteht also absolut nicht der Charakter jener reizvollen Schuppenbedeckung, die sich dem Dachgerüst in allen Teilen anschmiegt. Wenn man nun in solch eine Dachfläche — wie das vielleicht geschehen ist — gar noch Firste einlegt, womöglich aus zinkengelb und graugrün glasierter Steinen, so kommt gerade durch die Regelwidrigkeit des Musters dieser horizontale und plattenartige Charakter des Falzgiegeldaches sofort in Erscheinung. Auf das Auge eines ästhetisch empfindenden Menschen wirken nur diese in die Dachfläche eingelegten geometrischen Muster, Jahreszahlen und Buchstaben geradezu schrecklich.

In jüngster Zeit ist man glücklicherweise mehr und mehr davon zurückgekommen; man sucht vielmehr die unerwünschte Regelwidrigkeit des Falzgiegeldaches durch eine Art willkürlicher Musterung zu erzeugen, indem man das Dach mit Steinen verschiedener, aber verhinderbar Farbenfarben in der Weise eindeckt, dass die Steine mischt und nun dem Aufall die Schattierung der Fläche überlässt. Der malerische Effekt dieser modernen Musterung des Falzgiegeldaches ist ganz überraschend, namentlich wenn man nicht die großen, schwerfälligen Doppelfalzgiegel sondern die nach Art der Überlappung bogenförmig abgeschlossenen kleinen Freiwandsäule Falzgiegel (Siegbert Sturm) verwendet. So geben z. B. hellere und dunklere Ziegel, die in das dunkelfrote und lufsfarbenen Dach aus freiwandsäulen glasierten Ziegel auf schiefenblauem Fond einen ausgespeckten Effekt. Zu diesen freiwandsäulen Ziegeln werden auch besonders schmale Steine geliefert, mit denen man die Schleifen vollkommen ausleisten kann, so dass man

der Rinde nicht bedarf. Ein Dach aus derartig lästig profilierten Steinen mit welliger Oberfläche, die sich gleichmäßig über First, Grat und Schleife erstreckt, macht das Bauwerk interessant und bleibt zugleich die Landschaft. Es ist also auch bei Verwendung von Falzgiegeldach sehr wohl möglich, die Konstruktion des Daches zum Ausdruck bringen und den Wünschen des Architekten in dekorativer östlicher Weise zu tragen, sofern man nicht aus konstruktiven Rückgründen die ästhetischen Fragen völlig vernachlässigt. Daß die Architekten, obwohl sie sonst die Vorzüglichkeit des Falzgiegels durchaus anerkennen, sehr häufig nur durch die Schwierigkeit des Materials von dessen Verwendung abgeschreckt werden, geht auch aus einer Neuerung des Herrn Baurats Haad im Berliner Architektenverein her vor. Es handelt sich um die Frage, ob sich die Formen für Falzgiegel oder wenigerens der Größe einheitlich regeln lassen. „Dieses Dach“, sagte Baurat Haad, „ist sehr in Aufnahme gekommen und tritt mit allen anderen Ziegelbächen in Konkurrenz. Dagegen dürfen wir uns doch nicht dem verschließen, daß das Falzgiegeldach unter den sonstigen Giebelbächen wohl die unterste Stellung einnimmt, da es eine ganz starke, schwerfällige Deckung ist, die bei Graten und Firsten hässliche Linien zeigt. Es lassen sich die Kanten nicht mit eingießen.“

Dieser Nebenstand wird nun aber durch die kleinen Freiwandsäule Ziegel, die nur Falze an den beiden Seiten befinden und im Verein mit passenden schmalen Kehlsteinen Verwendung finden, vollkommen beseitigt. Die Falzgiegelfabrikanten werden also bei ihrem gegenwärtigen Bestreben, eine Einigung hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, dieser Forderung der Architekten ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

in Neubauten, wo Haustüren und Fenster fehlten und die Dachflächen notdürftig mit Säcken verhängt waren, wurden mehrfach Familien angetroffen."

Suchen wir nun nach den Ursachen dieser Zustände, die wir als eine Schmach des deutschen Landes bezeichnen, so stoßen wir zunächst auf die extrem hohen Wohnungsmieten, die ihrerseits freilich wieder den Strapselosfesten Bodenmärkten zur Ursache haben. Nach der Statistik des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker, beruhend auf behördlichen Mitteilungen, betrug 1905 die Miete für eine dreiräumige Wohnung in Bochum, Dortmund, Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Witten & 240 bis & 270, in Cöln, Mainz, Straßburg, Nürnberg, Halle, Breslau, Königsberg & 152 bis & 205.

Und diese hohen Mieten dienen dazu, den schwachhaften Bodenpulanten den immer hungrieren Schnabel zu stopfen. In Bochum zahlte man für einen Hektar Boden im Jahre 1889 & 10.500 bis & 14.000, im Jahre 1902 & 84.000; in Rellinghausen 1896 & 520 bis & 2400, 1900 dagegen & 28.000; in Hörde 1893 & 4800 bis & 6000, im Jahre 1902 & 175.000. Diese Beispiele liefern sich noch beständig vermehren. Es ist empörend, wie es hier einer kleinen Gruppe Terrainpulanten gestattet ist, auf Kosten der breiten Volksmasse ungeheure Riesenprofite einzufischen, ohne auch nur eine Spur produktiver Arbeit zu verrichten. Diesem Zustande sind die elenden Wohnungsverhältnisse in erster Linie zu danken.

Reulich lasen wir in einer amerikanischen Zeitung, wie eine Studienkommission, die von Amerika nach Europa gegangen war, um die festständische Industrie kennen zu lernen, dem Fortschritt gerade der deutschen Industrie ein begeisterstes Loblied singt:

„Die zwei hauptsächlichsten Schlussfolgerungen, auf die sich alle amerikanischen Mitglieder der Studienexpedition einigten, sind der außergewöhnliche Wohlstand und der außerordentliche wirtschaftliche Fortschritt Deutschlands. Alle bisher besuchten Werke waren mit Ausfragen überhäuft, und einige waren für mehrere Jahre hinaus mit Ausfragen versiecht. Die Leistungsfähigkeit der Fabriken sei seit 1903 fast um 100 % gestiegen, da die deutschen Fabrikanten sich überall die amerikanischen Methoden zu nutze gemacht hätten und es verstanden, Werkzeuge, Maschinen und Arbeiter aufs höchste auszunutzen.“

Hätten die Amerikaner nicht nur die Werkstätten besucht, wo die Schöpfer von Deutschlands Wohlstand arbeiten, sondern auch die Löcher, in denen sie wohnen, so hätten sie gesehen, daß die Massen des Volkes von dem „außergewöhnlichen Wohlstand“ verteuft wenig verführt. Die Wohnungsverhältnisse im Industriegebiet sind eine flammende Anklage gegen den Kapitalismus; denn nirgend hat er sich glänzender entfaltet und nirgend herjagt er unumschränkter als hier. Auf diesem Boden, aus dem Schäke über Schäke gebrannt werden, der Deutschlands Machtposition in der Weltwirtschaft begründet hat und bis in eine ferne Zukunft führt — auf diesem Boden nimmt die Arbeit, die Prägerin aller Werke, die verachtete Stellung ein. Zu der Ausbeutung und Verwahrlosung gesellt sich die ungerechteste politische Unterdrückung der Arbeiter. Und an diesem Werke arbeitet alles, was zu den beständigen Klassen gehört. Ob „rechtsgläubige Katholiken“ oder „liberale Freigeister“, sie alle tragen die Schuld daran, denn sie haben die politische Macht in den Gemeindeverwaltungen, von denen hier viel geschohne könnte. Es ist in den letzten Zeiten oft die Rede davon gewesen, wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine Feindin der Kultur sei; nun, hier haben wir ein Werk des höchsten Blödsinns stehenden Kapitalismus vor uns. Ist dies die Kultur, die er uns bringen will? Stellt dies Konglomerat von Schmutz und Rot das Kulturreideal der beständigen Klassen dar? Dann freilich wollen wir mit Freuden als dessen unverhönlischer Feind gelten.

Arbeiterelend.

Unzähllich des Vergaberichtsstreits in der Niederrheinisch ist ein mit den Eigenarten des Bergbaues vertrauter Besucher des dortigen Reviers dem „Bochumer Volksblatt“ folgende Schilderung des dortigen Arbeitervolks:

Durch wildzerrütteten, umgewühlten sandigen Boden, über Berg und Tal, an üppig wuchernden Brombeersträuchern vorbei, über Schienen und Pfafferaufläufen, gelangt man weitab von aller Kultur mitten hinein in dieses wildes Land. Dort sind die Kästen.

Früher waren es Schuppen für Geräte, Handwerkszeug, Maschinen für Feldbahnen und dergleichen. Als die Arbeiter in den Tagebauen sich weiter vorwärts schoben, wurden die alten Schuppen verlassen und neue aufgerichtet. Von nun an dienten die verlassenen Hütten als Aufenthaltsort für Menschen und man nannte sie Kasernen. Eiserner Bettgestell stehen darin übereinander, das Dach wird gestützt durch eine aufrecht gestellte Schiene, es fällt von vorn nach hinten etwas ab. Die ganze Höhe vom Erdboden beträgt etwa 3 m. Die erste Kaserne ist fast verlassen, ein Haufen alter, verrosteter Bettgestelle liegt darüber und im Inneren rütteln sich die leichten Insassen — junge Bergleute politischer Nationalität — zur Weile. Im Hintergrund auf die Bewegung ist etwa 14 Tage vorher noch rasch etwas geweckt worden. Trocken sieht das Ganze einer schmucklosen, gähnenden Höhle ähnlich. Auch die zweite Kaserne ist wenig bebaut. Die Insassen sagen uns, daß

im Winter die Räume mit 80 und mehr Leuten angefüllt seien. Die Arbeit auf den großen Gütern hört dann auf und die Arbeiter finden Unterchlupf bei den Abraumunternehmern in den riesigen Tagebauen der Kohlenwerke. Sie schlafen in den Kasernen für 5 & täglich erhalten Mittagbrot für ungefähr 80 & aus der Kantine kaufen sich Brot, Schmalz usw. dazu und schicken den Rest des Geldes in die Heimat, aber sie brauchen ihn für Schnaps. Die ganze Bude war schwärz verbräucht, auf einer rohen, schmierigen Erde stand allerlei Geschirr, von dem Dahe hing so etwas wie eine Lampe. Man brachte uns einen Eimer Wasser; es sah schlimm aus, sah einen dicken roten Rand am Boden und die Wände des Gefäßes ab, oben daran stand handtellergroße Fettäugen. „Stinkt wie Mist!“ erklärte uns ein biederer Galizier in gebrochenem Deutsch.

Wir wanderten auf ungebauten Wegen zurück nach den neuen Werkswohnungen der Niederrheinischen Kohlenwerke. In Bischplatz. Sie stehen in einer Reihe, Ställe und Schuppen dahinter und sehen ganz freundlich aus. Am Miete lassen die Pächterwohnungen & 7, die Dachwohnungen & 50 pro Monat. Aber hier waren die unteren Wohnungen feucht. Ein Mann lag franz im Bett, bart an der naßen Wand. Auf unsere Neuerbung, daß er doch nicht gesunden könne in dem dumpfen feuchten Raum, irrten die mageren Hände greisend und jüngend auf der Bettdecke umher; nach vergeblichen Anstrengungen, den Kopf höher zu bringen, lamen, schwielig die Worte hervor: „Wo soll hin? Kann . . . doch . . . nicht fort.“ „Schlendig saß der Mann zurück. — Bei einer Frau, die kein Deutsch verstand, deren Mann aber einen intelligenten Eintritt machte und als Dolmetscher fungierte, fanden wir, als vornehmste Ausstattung über der Kommode einen Spikenbock. Er umrahmt allerhand Heiligenscheine, in der Mitte das Bild des gekreuzigten Jesu. Sonst alles verstaubt; nur die Ecke war blauzauber, bunt und glänzend.

Keine fünf Minuten von der Station Mettmann entfernt steht eine große Brutfabrik. Eigentlich sind es zwei, die aber so dicht zusammenliegen, daß sie in eine verschmolzen scheinen. Zusammen stehen hier zwölf Preisen der „Treuberg“ und „Afielit“-Werke. Den weiten Definitionen der kurzen edigen Schritte entzünden Tag und Nacht dicke braune Schwaden eines feinen trockenen Kohlenstaubes. Der Wind trägt kilometerweit fort. Im weiten Umkreise ist Staub und Staub mit einer dicken, hässlichen Staubschicht überzogen, Pflanzen und Gräser erstickt darunter, alles wird gelöscht, dahin lenkt uns unsere Schritte. Keine 100 m von den Gebäuden der Fabrik, im Bereich des dichten Staubs und Aschesregens, die vollen Breitseiten der Fabrik zugewandt steht eine Reihe Werkwohnungen. Herrn & Treuberg gehörig „Staub überall, Staub im Eben, auf Kleidern, in Bett-, Möbel-, Kammer- und Stuben; in Mund und Nasenschleim“. Wir eilen in jedes Haus, wir durchwandern es von unten bis oben, schauen vor nichts zurück, frieren überall hin: Schmutz, Staub, unmeniges, gräßliches Gleim!

Auf einer Höhe liegen grau-abgeputzte, mit grünen Fenstervasen versehene, verhältnismäßig hohe und stattliche Häuser, eine förmliche Kolonie. Es sind die neuen Familienvillen der Treuberg. Auch die Steiger, Aussichter und andere Beamte wohnen da. Hier war es lustig, die Wohnungen geräumig. Aber auch die Mieten waren dementsprechend. Eine Wohnung kostete hier oben & 100 jährlich, in den Blechhöhlen unten vor der Fabrik & 48 zu ebener Erde und & 30 unter dem Dach. Der Gegengang im Aufzonen und Innern, das Aussehen der Möbel, Stühle usw. und vor allem der Bewohner, war ein in die Lungen springender wie Tag und Nacht. Hier lag der Einfluß des Wohlwesens auf die ganze Entwicklung des Menschen klar vor allen Augen: Angenommen, zwei Familien kommen gleichzeitig, mittellos und unter gleichen äußeren Umständen in die Reihen an. Aufällig wird der einen Familie eine „obere“ Wohnung zu & 100 jährlich angewiesen, die andere zieht in eine Höhle — oder muss hineinziehen — zu & 30. Angenommen auch, beide Männer verdienten gleich viel, ihre Familien wären gleich stark und beide ähnelt sich auch in Charakter- und sonstigen Eigenschaften. Nach Jahren würde zweifellos die so elend untergebrachte Familie geistig und körperlich verkommen sein. Krankheit und Siechtum sind ständige Gäste, der unbeschreibliche Schmutz und Staub, vor dem nichts zu rütteln ist, der das ganze Wirtschaftsleben befehrt, allmächtig in den Wohnungen schafft und waltet, hätte den Mann ins Wirtschaftshaus getrieben, der Schnapsrausche in die Arme geworfen, die Frau in Vergewaltigung und Stumpfsinn, die Kinder in Krankheit und Tod getrieben! Diese Ereignisse nimmt jeder von den Werkwohnungen mit, der mit Verstand, Gefühl und Liebe zum Volle sich da hineingewagt hat!

Weiter ab aus dem Bereich des Staubes, inmitten eines Gartens und idyllischer Ruhe liegen die Konturen. Doch dabei ist die Villa des Direktors. Es ist ein herrlicher Fleisch-Erde, worauf er wohnt, doppelt wohlthalb für das Auge, das vorher so Schreckliches gesehen. Soziales junges Grün, alter Baumbestand, wohlschmeckende Blumen, duftende Laub- und gewundene Bäume, schön gezaubert und mit Kies bestreut. Das gibt uns den Glauben daran wieder, daß sich's auf Erdon doch führt — auch so schön — wohnen und leben lädt.

Nachdem wir tief hineingeblickt in die Arbeiterberührungszone im Niederrheinischen Kohlenbeden, wurden wir uns über nichts mehr. Der Schlüssel zu der verheerenden Alloholzsuche, der großen Kriminalität, dem dumpfen Dahinholzen, dem ewigen Kommen und Gehen, der Ruhestörung und Unrat großer Arbeiterschaften ist gefunden: Sie liegt in den elenden Wohnungen überall. Diese sind die stärksten Burgen der ehemaligen Garung und Unzufriedenheit. Solange hier nicht ganz gründlich reformiert wird, wird es nicht anders werden. Man glaube ja nicht, daß es den Leuten unbenommen sei in Privatzwohnungen zu ziehen oder aufzurüsten. Agenten haben sie angeworben, bitterlich rot, trieb sie aus der Heimat fort. Der Kontrakt bindet sie an den Ort ihrer Ankunft, ihre Widerstandskraft ist gebrochen, willenslos lassen sie alles über sich ergehen. Haben sie erst eine Zeitlang in den Höhlen gewohnt, nimmt sie kein Privat-

mann mehr ins Haus. In der wenig bebauten Gegend sind die Wohnungen rar und die Hauswirte können sich ihre Mieter aussuchen. Ein jahrelanges Wohnen in den Kasernen der Werke muß demoralisierend, verdimmend und verbödend wirken. Im schlechten Gefängnis und Zuchthause ist es besser. Das Geschrei würde die ganze Welt erfüllen, wenn es dort so ausföhre, wie in der „Freizeit Niederrheinischer Werkstättern“. Es ist ein erfreuliches Zeichen von Kulturrücke, daß lediglich oder alleinstehende Bolen, Galizier usw., wenn sie halbwegs die Mittel zur Weiterreise haben, den Fleischläden der Niederrheinischen Wiederaufbauern verkaufen. Es ist kein Zufall, daß die Belegschaften der „Ase“-Werke nicht mittreiben. Im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse dat die Direktion Häuser bauen lassen, in denen sich die Leute wohl fühlen können. Darum ist hier an einem gewisser Stammtisch alter Leute vorhanden. Die „Niederrheinische Kohlenwerke A.G.“ haben lieber im vergangenen Jahre nach Abschreibung von & 750.000 den Mitgliedern des Aussichtsrats fast eine Viertelmillion in den Hals geworfen und 10 % Dividende gezahlt, so daß sich das investierte Kapital in einem Jahre mit 22½ % verzinst hat, als daß sie in ihren Werkshäusern auch nur etwas Ordentliches hätten machen lassen.

An die Klasse der Kapitalisten sei hier nicht appelliert. Über die Kommunen, den Landrat, die Regierungsbüroden der Provinz, die Minister, den Staatsrat hat hier die verdammt Pflicht, ein Schuldigkeit, einzugreifen! Es ist einfach ein tutwunderlicher ungeheuerlicher Standart, daß im Herzen des Deutschen Reiches Leute wohnen, die Tag und Nacht den verheerenden Wirkungen permanenter Staubaufwands ausgesetzt sind, die, weder Wäsche ordentlich waschen noch trocknen können, die kein Fenster öffnen, kein Kind auf die Straße schicken können, denen der Staub in der Nacht die Nasenlöcher verstopft, und denen andererseits wieder Ratten die Wäsche und Speisen freuen; denen die Möbel und Betten faulen, die dahinterstehen müssen, weil eine geldgierige Schar profitierender Blutbutikanten ihnen das zum menschenverdächtigen Wohnen göttige vornehmen.

Wer da glaubt, es sei nicht so, sei übertrieben und unwahr, der mag hingehen: Die Orte, von denen hier die Rede war, sind Mettmann und Bischplatz beides Stationen an der Bahn Linnepe-Gelsenkirchen; ein Führer wird sich gerne bereit finden. Und wer da hingeholt, wird Einsicht mit nach Hause nehmen, die er im Leben nicht wieder vergibt. Damit ist auch die so herlich gespielene „Arbeiterfürsorge“ gekennzeichnet: Ein größeres Schwindel vor noch nie!

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt und Quartalsansprüche — Reichsbank — Staatsanleihen — Allgemeine Produktionskonjunktur — Kupfer — Baumarkt — Getreide.

Der Getreidemarkt hat noch einen gefahrenbergenden Termin vor sich: Die Woche vom September zu Oktober. Es ist bekannt, welche Räderungen sich hier häufen. Zu den gewöhnlichen Quartalsanforderungen für Mieten, Gehälter, Binnen, Dividenden, für die großen geschäftlichen Abrechnungen des Vorles und des normalen Warenhandels, die immer mit Vorliebe auf den Quartalsabschluß laufen, tritt in den herannahenden kritischen Herbsttagen vor allem noch ein enormer Bedarf der Landwirtschaft an Bausstoffen. Die Natur, der natürliche Produktionsprozeß selber, bringt es mit sich, daß in diese Jahresperiode der Hauptumsatz aller Ernten fällt: die Ernten bewegen sich, vom Felde hinweg, durch den Handel hindurch dem Konsumtanten zu, aber natürlich immer auf goldenen Nährern, das heißt unter Anspruchnahme großer Vargelmaßen und ihrer Erzeugmittel. Daraus hat sich ganz von selber die soziale Katastrophe ergeben, daß die Landwirtschaft ihrerseits wieder ihre Zahlungstermine für Hypothekenlaien, für Bäcker, Versicherungsgelder, Lohnentrichtung, für Vorrichtungsleistungen aller Art — möglichst auf den gleichen Zeitraum festgesetzt demäßigt war. Hierdurch kommt es, daß die Geldmarktspannung Ende September oft den Jahresabschluß übertragt, obwohl im Jahresende zu den Jahresabschluß übertragen, obwohl im Jahresende zu den außerordentlich umfangreichen Gewerbeabwicklungen noch der eigenartige (Geld-) Geschenkbedarf und Warenumsatz von Weihnachten sich hinzugesellt. Unter dieser stützenden Herbstfrage steigerte die Reichsbank seit 1902 jedesmal, mit Ausnahme des einen Jahres 1903, ihren Zinsstab kurz vor oder kurz nach der Herbstquartalswende — 1906 sogar zweimal, nämlich in der dritten Septemberwoche von & 4 auf 5 % pft., in der zweiten Oktoberwoche, zum Teil schon, um sich auf den Jahresabschluß mit vorzubereiten, von 5 auf 6 % pft.

Man erwartet nun dieses Jahr ein Unterbleiben der Gewerbeabschließungen, weil in den letzten Wochen überall die großen Betriebe an den ihr Stellung festigen konnten, allerdings, wie die Leute wissen, unter energischem Gebrauch der Diskontfiktiva (heutiger Diskont von England 4½ % pft., der Deutschen Reichsbank 5½ % pft.). Speziell der lebte Reichsbankwechsel für die mit dem 14. September schließende Woche zeigt eine wesentliche Kräftigung. In dieser Woche nahm der Metallbestand und die sonstige Deckung um 10.03 Millionen Mark zu, bei einem Rückgang des Rentenlaufes um 13.11 Millionen Mark, so daß sich eine Besserung um 23.14 Millionen Mark ergibt. Die steuerfreie Rentenreserve, die in der Vorwoche 18.11 Millionen Mark betrug, erhöhte sich infolgedessen auf 41.25 Millionen Mark — während im Vorjahr die steuerfreie Rentenreserve in der entsprechenden Woche sogar zusammenbrach (von 82.5 Millionen Mark auf 24.04 Millionen Mark), mit der oben erwähnten Wirkung der damaligen Diskontsteigerung. Doch hat die Spannung höchstens gegen das Vorjahr 1906 — und auch hier nicht in allen Beziehungen — nachgelassen, nicht gegen die weiter zurückliegenden, doch auch schon anspruchsvollen Geschäftsjahre. So betrug (Ende der zweiten Septemberwoche) zwar diesmal, wie gesagt, die steuerfreie Rentenreserve über 41 Millionen Mark, und 1905 nur 24 Millionen Mark; aber 1904 hatte man noch immer 118 Millionen Mark in Reserve, und 1904 sogar 191 Millionen Mark. Der Metallbestand betrug bismal zwar 862 Millionen Mark und 1905 nur 847.6 Millionen Mark; aber 1905 verfügte man hier über 908 Millionen Mark und 1904 über 914.8

Millionen Mark. Zum Wechselbestand ließen wir dieses Jahr sogar auf eine Höchstsumme (für die zweite Septemberwoche): 1907 1082 Millionen Mark, 1906 1073 Millionen Mark, 1905 1051 Millionen Mark, 1904 sogar nur 771 Millionen Mark. Doch scheint nunmehr die größere Stille an den Börsen und im sonstigen Geschäftsbetrieb ein erträglicheres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Geld- und Leihkapital vorzubereiten.

Mit der Wahrscheinlichkeit eines normalen Binsfusses und mit der nicht ganz waffenlosen Gegenwart und Zukunft der Industriewerte haben natürlich die fest- und niedrigverdienstlichen Anlagegewerte mit den Staatsanleihen an der Spise, eine immerhin fühlbare Kurzaufweitung erfahren. Waren sie bisher die vernachlässigten Aschenbrodel, weil jedes freigewordene Geldkapital losnender Anlagephären fand, so ist deshalb ihr Kurs, so weitet sich ihnen das Kapital wieder viel mehr zu. Die dreiprozentige Reichsanleihe war im August bis auf 81,80 gefallen, sie stand am 21. September 83,90, also 2,60 pgt. höher. Die 3½% preußischen Aktienkonsolen waren im August bis auf 92,10 zurückgegangen und stehen nunmehr auf 83,90, also 1,80 pgt. höher. Sollte die Börsenmarktleristung vor allem nach dem Jahresabschluß sich fortsetzen und sollten, bei weiterer rückwärtiger Konjunktur, die Industriewerte eher noch mehr verdächtig wie gefügt werden, so würde die Zeit der Staats- und Kommunalanleihen, der Pfandbriefe und ähnlicher festzinsähnlicher Werte von neuem kommen. Bis jetzt ist hier noch alles in der Schwere, denn von einem jahrfachen Rückgange der allgemeinen Konjunkturkurve ist noch immer keine Rede, sondern nur von einer ruhigeren Gangart im allgemeinen und von Rückschlägen auf einzelnen Produktionsgebieten.

Ziehen wir das Ausland mit in Betracht, so zeigen in England schon die stürmisch hervorbrechenden Lohnbewegungen, meist lebenswichtig, doch defensiver Art, daß man durchaus nicht unter dem Gefühl einer begonneneren Wirtschaftskrisis steht, obwohl nach der "Labour Gazette" der Monat August eine gewisse Abschwächung im Schiffbau- und zum Teil auch im Maschinenbau, mit sich brachte. Alle 749 000 Arbeiter berührenden Lohnänderungen im August waren ausnahmslos Lohnabzüge — wobei man freilich nicht beziffern darf, daß dabei 728 000 Hobelarbeitersteile kamen und daß, wie bei uns, die Schleppproduktion im Augenblick abnorm günstige Preise erlebt.

Aber auf der am 10. September abgehaltenen Generalversammlung des deutschen Stahlwerkerbandes war der Ueberblick über die Marktlage gleichfalls durchaus zuverlässich. Die August-Versandziffern zeigten eine ungewöhnliche angepannte Beschäftigung, und bis Ende des Jahres sei, trotz noch fehlenden Staatsabnahmestellung, mit der gleichen Beschäftigung zu rechnen. Ebensoviel wie zu Produktionsseinführungsräten liege bei dem Verbände ein Anlaß zu Preisermäßigungen nicht vor.

Befürchtete Schlußfolgerungen ließen sich aus dem immer tieferen Preisfall des Kupfers, dieses für große moderne Industriegewerbe immer wichtiger gewordenen Metalls, ziehen. Standardkupfer hatte dieses Jahr in London seinen Höchstpreis mit über 110 Pfund Sterling erreicht, stand noch am 21. August auf 80 Pfund Sterling und notierte die letzte Woche 65—67 Pfund Sterling. Zum Teil ist das nur ein spekulativer Zusammenbruch, da hier bei der schwärmenden Produktionsgrundlage, bei den lange Zeit geringen Vorräten, Aufstöße und Einsperrungen ziemlich leicht von Spekulationsbereitstellungen durchgezogen werden könnten. Doch scheint eine wirkliche Verminderung des industriellen Verbrauchs, in erster Reihe in Amerika, mitzutun. Wie immer, schrumpfen die Einfüsse alsdann auch dadurch ein, daß jedermann erwartet, er werde später seinen Bedarf noch billiger decken können.

Von dem zeitweiligen Nachlassen der Geldmarktspannung spürt der Grundstücks- und Baumärkte, für den im wesentlichen nur dauernde Zinsen in Frage kommen, noch immer nichts, und an verschiedenen Orten kündigt man deshalb triftische Verhältnisse an. In Berlin zahlt man für erste Hypotheken etwa 5 pgt. Zinsen, nur ganz erstklassige Objekte machen eine Ausnahme. Geld für zweite Hypotheken um vieles schwerer zu erhalten. Bauarbeiter sind noch schwerer aufzutreiben; Damno und Provisionen werden zu einer immer drückenderen Belastung des Kreditaufschlusses.

Die Getreidepreise zeigen, unter vorübergehenden Schwankungen nach abwärts, noch immer im großen und ganzen ein Aufsteigen. Septemberweizen notierte am 21. September M 229—223½, also etwas den das letzte Mal für den 7. September mitgeteilten Preis — dagegen Roggen M 200½—203½ (statt M 205½—206½). Man sieht nunmehr größere Hoffnungen auf russische Abteuerungen und auf eine günstigere Kartoffelernte.

Berlin, 22. September 1907. — Max Schippel.

Fünfhundert-Prozent-Dividende!

Die Börsenblätter bringen folgende Mitteilung: „500 pgt. Dividende zahlt die Internationale Börsengesellschaft in Erlangen ihren Aktionären. Die Aktionen befinden sich zum größten Teile im Besitz des A. Schaffhauserischen Bankvereins. Der Bruttogewinn ist allerdings in diesem Jahre von 18,8 auf 18 Millionen Mark zurückgegangen; die Aktionäre erhielten im Vorjahr eine Dividende von ebenfalls 500 pgt. Der geringere Gewinn ist auf die Abnahme der Börsigkeit infolge des neuen Vergesetzes zurückzuführen.“

Nach Abrechnungen von M. 1906/47 beträgt der Bruttogewinn M. 9057853. Die Beamten der Gesellschaft ergaben M. 200 000 Gratifikationen. Und die Arbeiter! Sie werden nieberterrorisiert, wenn sie für Hungerlöhne nicht arbeiten wollen. Hier haben wir wieder einen Beweis dafür, wohin die kapitalistische Monopolwirtschaft führt. Denn um ein Monopol zur Ausbeutung der Arbeiter handelt es sich der Internationalen Börsengesellschaft. Die „Germania“ macht an der Sache folgende alberne Bemerkung:

„Die sozialdemokratische Presse macht natürlich ihre Geschichten zu bieder heftlichen Blüte, kapitalistische Gesellschaftsordnung und vergleicht den Gewinn, den die Aktionäre

für ihre „Arbeit“ einheimsen, mit den Löhnern der von der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter.“

Wie wäre, wenn das Zentrumsblatt sich bemühte, einmal festzustellen, wie viele Männer von „guter christlicher Gewissensfassung“, treue Söhne der Kirche, sich unter den Aktionären befinden, die den ungeheuren Schmarotz profit einheimsen?

Politische Umschau.

J. Julius Motteler, ein Veteran der sozialdemokratischen Partei, ist im 70. Lebensjahr am 29. September in Leipzig gestorben. Motteler hat Ende der 80er und in den 70er Jahren in Sachsen rege für die Partei und Gewerkschaft gearbeitet; er half in Grimma eine Spinn- und Webgenossenschaft und eine Genossenschaftsbuchdruckerei gründen, organisierte die Gewerbegegenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter und wurde 1874 taufmännischer Leiter des „Wolfsstaat“ in Leipzig. Unter dem Sozialistengesetz hat Motteler elf Jahre hindurch, erst in Zürich, dann in London, die Geschichte des „Sozialdemokraten“ geführt, wodurch er unter dem Namen des roten Postmeisters weit und breit bekannt geworden ist. Zehn Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes in die Helmut zurückgetreten, ehrt die Leipziger Gelehrten den „roten Postmeister“ dadurch, daß sie ihn 1903 in den Reichstag senden. Gute seinem Andenken!

Feind jeder Organisation der von ihm abhängiger Elemente ist das Unternehmertum. Ob sich genauerer Wahrung ihrer Interessen, gewöhnliche „Lohnarbeiter oder Betriebsangehörige“ organisieren — das ist einerlei, sie werden vom Unternehmertum gleichermassen schlecht und ungerecht behandelt. Die Steiger im Bergwerksbetrieb haben es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer als eine ihrer Aufgaben erachtet, daß Unternehmertum im Kampfe gegen die Arbeitersorganisationen zu unterstützen, wie überhaupt das Interesse der Herren gegenüber den Arbeitern wahrgenommen. Aber sie selbst haben für das Rohstoffarbeiterverband gegründet. Und das ist den Herren nun auch ein Dorn im Auge, weil er dazu gelangt ist, sich den Wohlthalt und Unzufriedenheit der Grubenarbeiter zu widerlegen. Der Verein der Steiger hat die Vorhaben des Steigerverbands, die Herrn Werner und Mantel wegen ihrer Tätigkeit um diese Organisation gemahnt. Beide haben sich dann mit einem Gesuch an den Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen gewandt und gebeten, das Vorhaben gegen die Angehörigen des Verbandes des Steiger zu verhindern. Die Antwort des Vorstandes wurde, in der vorliegenden Sonntagsnummer der „Athen.-West-Zeitung“ im Anschluß an einige Stellen aus dem Briefe des Herrn Werner zum Abrund gebracht. Es heißt darin: „Wir sind der Ansicht, daß der von Ihnen geleitete Steigerverband seine bisherigen Verhandlungen und Kundgebungen durchaus nicht geziert ist, die wahren Interessen des Steiger zu vertreten. . . . Wenn nach Ihrer Ansicht der Steigerverband verlangt, nicht mehr so wahllos auf Gnade und Ungnade der Willkür hoher Börse gehetzt ausgeschaut zu sein; wenn ferner behauptet wird, daß der Steiger ein willloses, mehrloses Werkzeug seiner Vorgesetzten sei und deshalb die Verantwortung für Leben und Gewinnheit des Arbeiters nicht tragen könne, so ist das ein Vorgehen, welches geziert ist, die Interessen des Steiger auf das Schwere zu schwägen. Bezeichnend ist ferner, daß Sie auch die Hilfe der Sozialdemokraten in Anpruch nehmen wollen. Wir sind überzeugt, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Steiger derartige Anschauungen ablehnt, und halten diejenigen, die Ihnen zusimmen, für durchaus ungiethig, eine Beamtentstellung zu verleihen.“

Das ist dieselbe Ton des Herrentumsgeschlechts, den die Grubenbesitzer stets gegen die Arbeitersorganisationen und deren Vertreter gebraucht haben.

Der Steigerverband hat dann am 22. September in Buer eine Versammlung abgehalten, über welche Zentrumsblätter wie folgt berichten:

Herr Werner teilte mit, daß er sich schon an den sozialistischen Abgeordneten Stadtmann um Unterstützung der Steiger gewandt habe und daß ihm die Unterstützung auch zugesagt worden sei. Nun wolle man sich noch an den Führer der Nationalliberalen, den Abgeordneten Bässermann, und den Zentrumsabgeordneten Trümbeck mit gleichen Gesuchen wenden. In der Diskussion nahm auch der in Buer wohnende Landtagsabgeordnete Dr. Witztum das Wort und versprach, im Landtage, nach Kräften die berechtigten Verhältnisse der Grubenbeamten befürworten und unterstützen zu wollen. Schließlich fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute in Buer veranstaltete Steiger des Deutschen Steigerverbandes sprechen ihre tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Bergwerksbesitzer im Kampfe gegen die organisatorischen Bekämpfungen der Steiger zu Maßregelungen greifen haben. Sie erwidern darum eine Kriegserklärung an den Verband, die durch nichts gerechtfertigt erscheint. Den Börsen spricht die Versammlung ihr uneingeschränktes Vertrauen aus und erwartet von ihnen, auf dem beschrittenen Wege in dem ihnen durch obige Maßnahme aufgeworfenen Kampfe fortzufahren. An die öffentliche Meinung und an die gesamte Presse richtet sie die Bitte, die Steiger in diesem Kampfe zu unterstützen. Mögl. aller Kollegen ist es durch massenhaften Beifall zum Steigerverband den Börsenbesitzern die Antwort auf ihre der gegenwärtig gewährleisteten Koalitionsstreitigkeiten hoffnungsreich zu geben.“

Also konervative nationalliberale und Zentrumsabgeordnete sollen den Steigern helfen! Und doch wird dieVertreibung der Grubenbeamten ihnen vor, sie wollten die Hilfe der Sozialdemokraten in Konkurrenz nehmen.

Ran, die werben sie haben, auch ohne daß sie darum bitten.

Wagen übrigens nicht manchem Steiger die Sünden eingefallen sein, daß er in Gemeinschaft mit den Herren früher über die Arbeitersorganisation verbiß hat?

*

Städtischer Arbeiterunterricht in Karlsruhe. Unabhängig von den Fortbildungskursen für jugendliche Arbeiter veranstaltet der Karlsruher Stadtrat von OI-

toben bis März für Personen des Arbeiterstandes unentgeltliche Unterrichtsstunde in Geisteslehre, Rechnen, Schön- und Niederschreiben, Buchführung und Korrespondenz an 20 Abenden. Diese Kurse treten an die Stelle der früher vom Gewerbeschulratstall und Volksbildungsverein mit städtischer Unterstützung veranstalteten Unterrichtsstunden.

So harmlos und eigentlich selbstverständliche diese Arbeit der Karlsruher Kommunalverwaltung ist, so verdient sie doch erheblich zu werden, als ein äußerst charakteristisches Unterscheidungszeichen zwischen Nord und Süd. In Kiel, der neuen Hauptstadt des Kaiserreichs, pfeift beinahe fast ein ganz anderes Wind. Dort hatten die Gewerkschaften zusammen mit der sozialdemokratischen Partei Unterrichtsstunde eingerichtet, die gleichfalls lediglich elementares Wissen, wie in Karlsruhe, vermittelten sollten. Zum Unterricht waren einige Wolfschultheiter gewonnen worden. Über siehe da: die Behörde verbietet den Lehrern ihre fernere Wirkung an der Volksbildung. Welche Gefahr konnte aber auch dadurch entstehen, daß vielleicht preußische Wolfschultheiter sozialdemokratische Arbeiter und freien Gewerkschaftlern erzählen und schreiben lehrten? Es ist ganz nett, daß sich das unrationale Weisheit des preußischen Unterrichts so oft und deutlich enthüllt; es ist fast fürtuhrfördernder, als der verhinderte Elementarunterricht für die Kieler Arbeiter gewesen wäre.

Nach dem Nieberknüppeln und Niederbeten das Nieberknüppeln! Ein Rauch der Nacht des 25. Januar wurde es verfült, daß die sozialdemokratische Bewegung nunmehr vollends niedergeschlagen werden sollte. Indes, es wurde vorläufig noch nichts daraus. Die atemberauende Saarenterminnung ging im Strudel der Zeiten verloren, nach der verjubelten Nacht dämmernd ein düsterer Morgen mit hohen Klügen und qualvollen Klügen. Die verblühte Nationalseele suchte Zuflucht im törichten Gebet. Und siehe da: es half. Die Religion wurde als die einzige und unfehlbare Hölfe gegen die widerstreitenden Teile des Volkes empfohlen. Es war das eine Wandlung, mit der besonders die Sozialdemokratie zufrieden sein konnte. Sollte sie niedergedrückt werden, so war das immer noch die humanste, schmerzloseste Art der Vernichtung. Skeptiker allerdings möchten gleich daran zweifeln, ob man sie damit empfindlich genug treffen würde, um so mehr, da sie sich bisher bei ähnlichen Proben ziemlich widerstandsfähig erwiesen hatte. In der letzten Zeit scheint man den Glauben an das Nieberknüppeln verloren zu haben; man hat sich wieder der beliebten und gewohnten Methode des Nieberknüppelns mit dem Polizeiknöpfler zugewandt. Das Geschicknis, das diese Umschwung feststellt, ist die Androhung der Ausweisung an die ausländischen Lehrer der Pariser Schule, die Genossen Hilfserding und Paunelot. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Vor einigen Tagen wurde der Lehrer der deutschen Wirtschaftswissenschaft und Nationalökonomie, Rudolf Hilfserding, vor die politische Polizei geladen. Hier wurde ihm eröffnet, daß er bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit an der Schule die Ausweisung aus Preußen zu gewartigen habe. Daselbe hat offenbar auch der Lehrer der sozialen Theorie und des historischen Materialismus, Anton Pannekoek, der gegenwärtig von Berlin abwending ist, zu erwarten.

Damit wird die Sozialdemokratie als solche gar nicht geschädigt, denn der Sozialismus verfügt über so viele Kräfte, daß er solche Lüden ohne Zeiterlust wieder ausspielen kann. Das ist in diesem Falle auch bereits geschehen. Über die preußisch-deutsche Nationalität hat sich nun doch wenigstens wiedergefunden, sie ist zu ihrer alten Liebe des Polizeiaufzugs zurückgekehrt. Hoffentlich wird sie sich dabei wohl fühlen. Die Sozialdemokratie aber weiß, daß die Verfolgung durch die Polizei immer noch ihr bestes Agitationsmittel gewesen ist.

*

Gauschaltungsbücher und Lohnforderungen. Aus Oberschlesien wird der „Ber. Volks-Bild.“ geschrieben: Eine eigenartige Überzahlung erfuhr eine Arbeitersabordnung von der „Bauräthe“, die beim Gehirnrat Hilfserding eine „Bauaufbesserung“ vorschlug. Der Präsident der Königs- und Bauräthe hörte die Wünsche der Arbeiter an, meinte jedoch zum Schlus, daß er vor seinem ganz anders laufende Berichte über die Zuständigkeit der Bauräthe erhalte. Er kann deshalb nichts tun, so lange die Arbeiter ihre Anträge nicht durch einen unabsehbaren Geführte Gauschaltungsbücher zu begründen vermögen, da auch er eine Verantwortung zu tragen habe, und zwar vor der Amtsstelle. Die Arbeitersabordnung haben nunmehr ihren Antragsteller gezeigt.

*

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß die Arbeiter gut tun, ja geradezu einer Notwendigkeit genügen, wenn sie Gauschaltungsbücher führen. Sie können eine sehr wirksame Waffe im Kampfe für Lohnverhöhung abgeben. Im vorliegenden Falle freilich ist das Verlangen der Börsenrepräsentanten, die Bauräthe an, meint jedoch zum Schlus, daß er vor seinem ganz anders laufende Berichte über die Zuständigkeit der Bauräthe erhalte. Er kann deshalb nichts tun, so lange die Arbeiter ihre Anträge nicht durch einen unabsehbaren Geführte Gauschaltungsbücher zu begründen vermögen, da auch er eine Verantwortung zu tragen habe, und zwar vor der Amtsstelle. Die Arbeitersabordnung haben nunmehr ihren Antragsteller gezeigt. Die Führung der Gauschaltungsbücher bringt ans Herz gelegt.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß die Arbeiter gut tun, ja geradezu einer Notwendigkeit genügen, wenn sie Gauschaltungsbücher führen. Sie können eine sehr wirksame Waffe im Kampfe für Lohnverhöhung abgeben. Im vorliegenden Falle freilich ist das Verlangen der Börsenrepräsentanten, die Bauräthe an, meint jedoch zum Schlus, daß er vor seinem ganz anders laufende Berichte über die Zuständigkeit der Bauräthe erhalte. Er kann deshalb nichts tun, so lange die Arbeiter ihre Anträge nicht durch einen unabsehbaren Geführte Gauschaltungsbücher zu begründen vermögen, da auch er eine Verantwortung zu tragen habe, und zwar vor der Amtsstelle. Die Arbeitersabordnung haben nunmehr ihren Antragsteller gezeigt.

*

Christliche Gewerkschaften und politische Parteien. Zu diesem Kapitel leitet sich die Zentrumspreise wieder einige Unwahrheiten. Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt:

„Für die christlichen Gewerkschaften ist seit ihrem Bestehen die Wahrung der Unabhängigkeit von den politischen Parteien leitender Grundsatz gewesen. Sie wollen Organisationen sein, in denen sich unabhängiger aller bürgerlichen Parteien

aufzusuchen, um konkrete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Überzeugung und vaterländischen Gesinnung in Einklang stehen. Dagegen besteht bekanntlich gegen die christlichen Gewerkschaften in gewissen Kreisen ein großes Misstrauen; insbesondere werden sie immer wieder als „Zentrumsgewerkschaften“ hingestellt.

Das Centralblatt der christlichen Gewerkschaften spielt dieselbe Melodie:

„Die Bezeichnung Zentrumsgewerkschaften ist unwohl und verleumderisch. Die christlichen Gewerkschaften haben mit der Zentrumspartei nicht mehr zu tun, als mit jeder anderen politischen Partei. Es wäre aber töricht von uns, zu leugnen, daß die Anhänger der Zentrumspartei besonders stark in den christlichen Gewerkschaften sind; das hat seinen maßlichen Grund. Die der Zentrumspartei angehörenden Arbeiter haben zuerst die Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung neigen und gegen den Strom der sozialdemokratischen Bewegung aufgestellt und sie entschieden gegen alle Vorurteile in eigener Lager und alle Angriffe von außen verteidigt — was nicht immer so leicht und einfach war, das darf man uns glauben. Niemals aber haben sie es sich in den Sinn gesetzt, losen, die Gewerkschaften konfessionell oder politisch abzuschließen, im Gegenteil, sie haben von Anfang an alles getan, was geschehen konnte, um die Arbeiter evangelischer Konfession und anderer politischer Partei zur gleichberechtigten brüderlichen Mitarbeit zu bewegen.“ Zahlreiche evangelische Kollegen sind davon Zeugen.“

All diese Behauptungen widerstreichen den offenkundigen Tatsachen. Es handelt sich tatsächlich um Organisationen, die auf Betrieben und unter Mitwirkung der Zentrumspartei gegründet worden sind und sich der Bevorführung dieser Partei erfreuen. Es ist nicht Verblüffend, empfiehlt vielmehr durchaus der Wahrsch, die Organisationen als Zentrumsgewerkschaften zu bezeichnen. Nicht die katholischen Arbeiter, sondern die katholischen Geistlichen und Bourgeois haben jüngst die Fahne der sogenannten christlichen Arbeiterbewegung aufgestellt. Die katholischen Arbeitervereine sind von Anfang an sowohl konfessionelle wie politische Organisationen im Dienste der Zentrumspartei gewesen. Die Versicherung des Centralblattes, das sich mit den evangelischen Arbeitern und anderen Parteien zum gleichberechtigten brüderlichen Wirkens verbinden wollen, ändert an dem Charakter der katholischen Gewerkschaften, als Zentrumsgewerkschaften gar nichts. Die evangelischen Arbeiter und die „anderen Parteien“ sollen aber für die Zwecke der Zentrumspartei mitbauen werden. Und die „christliche Überzeugung“ und „vaterländische Gesinnung“ sind Phrasen, die über diese Tatsachen hinwegsehen mögen. Sobald das Centralblatt „Gemeinfamilien brüderlichen Wirkens“ nicht aus seine Rechnung kommt, ist's mit diesem Wirken vorbei.

Die Gründung und Förderung der gelben Gewerkschaften durch das Unternehmertum wird, wie wir schon öfter gesagt haben, mit den denkbaren vaterländischen Mitteln betrieben. Man versucht, die Arbeiter durch terroristische Praktiken und durch die Gewährung oder Versprechungen von „Wohltaten“ dazu zu bringen, daß sie den gelben Gewerkschaften beitreten, die als Schwarmacht der Unternehmer gegen über den freien Arbeitervororganisationen sich bewegen soll. Auch im oberfränkischen Industriebezirk sind gelbe Gewerkschaften geschaffen worden. Da hat nun eine grobe Spinnerei in Bayreuth ein neues Mittel in Anwendung gebracht, die Arbeiter zu föhren.

Eines Tages wurde in der Fabrik eine Bekanntmachung angebrachten: Wer dem gelben Verein beitrete, bekomme Kartoffelgeld. Eine Anzahl Arbeiter ließ sich durch dieses Föderationsschild fangen. Am Tage darauf begann dann die Auszählung des Kartoffelgelages. Die Verbreiteren erhielten A. 10, die Leidigen A. 5. Bährend der Ausszählung machten die Meister unter den übrigen Arbeitern für den gelben Verein Propaganda; jetzt sei gerade noch Zeit; wer Kartoffelgeld wolle, müsse sich sofort aufnehmen lassen. Die Zahl derer, die in solcher Weise Selbstabstandnung übten, soll nicht groß gewesen sein. Es ist eine wahrhaft standesamtliche Praxis, die darauf gerichtet ist, Arbeiter doppelt zu bringen, daß sie für Kartoffeln ihr Koalitionsrecht verkaufen. Wie sonst das Unternehmertum vor Arbeitern, die auf diesen erbärmlichen Handel eingehen, bestellt haben? Sie verbreiteten, als Sklaven behandelt zu werden, die man besticht, wie man sie füllt.

Sozialdemokratie und Anarchosozialismus. Am Mittwoch, den 26. September, tagte in Berlin das Schiedsgericht, das über den Antrag der sozialdemokratischen Organisation des dritten Berliner Reichstagwahlkreises entschieden hatte, den Dr. H. Friedeberg in einer Verhandlung und im „Vorwärts“ folgende Erklärung abgegeben habe: „Ich habe an erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, das ich demnach verwerfe den Parlamentarismus und den politischen Waffenstreit, da ja innerhalb des heutigen Klassenstaates innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus das Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Das ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Gesetzlosigkeit, der Religionsfreiheit, der Vaterlandsfreiheit und des Antimilitarismus. Das ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarcho-sozialistischen Generalstreik der unter Verwerfung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung und die Befreiung des Klassenstaates zum Endzweck hat.“

Das Schiedsgericht bestiehlt aus den Genossen Bergmann, A. Fehrmann, Karl Kaufsky, Otto Krämer, C. Legien, W. Möbus und Altherr Städthagen hat auf Grund dieser Erklärung die Überzeugung erlangt, daß der Anarchosozialismus, wie ihn H. Friedeberg ansieht, unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Der Schieds-

spruch sagt wörtlich: „Unser Programm erklärt, der Kampf der Arbeiterklasse sei ein politischer Kampf, ein Kampf zunächst um politische Rechte und dann um politische Macht. Diesen Kampf vertritt der Anarchosozialismus; denn er erklärt sich gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen ein unter den ge-

gebenen Verhältnissen unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes. Er vertritt den politischen Plattenstreit, weil er gedacht sei als ein Mittel, dem Proletariat parlamentarische Rechte zu sichern, und er predigt die Propaganda der Gesetzlosigkeit, während die Sozialdemokratie die gesetzgebende Macht erobert will, um die Gesetze im Interesse des Proletariats zu ändern.“

Die Grundlage des Anarchosozialismus sind tatsächlich Grundlagen des Anarchismus. Die Anarchisten haben sich dementsprechend auch eigene Organisationen geschaffen, die nicht von denen der Sozialdemokratie geschaffen sind, sondern ihnen auch unvergleichlich feindlich gegenüberstehen.

Wenn H. Friedeberg diese Grundlagen zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Staatsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine persönliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bewahrt, das verbindende Band mit ihm zu erhalten, so muß es doch erkennen, daß Friedeberg durch diese Erklärung aufgezählt hat, Sozialdemokrat zu sein und als nicht mehr zu Partei gehörig betrachtet werden kann.“

Wir pflichten diesen Schiedspruch durchaus bei und zwar ebenfalls ohne damit der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Dr. Friedeberg im geringsten zu nahe treten zu wollen. Er darf wohl angeprobirt werden als der Begründer des Anarchosozialismus. Nach unserer Meinung würde er gut getan haben, selbst die Konsequenzen aus seinem der Sozialdemokratie entgegengesetzten Ansichten zu ziehen, nämlich aus der Partei auszutreten.

Der Handwerkerkunstschule. „Meine erste Aufgabe eines Staatswesens muß es sein erachtet werden, daß seine Bürger, um sie wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten, zur Selbstständigkeit erzogen werden. Diese Selbstständigkeit, auf der sich die wirtschaftliche Lebensfähigkeit eines Volkes aufbaut, wird in allerster Linie durch eine gründliche und solide Ausbildung seiner Mitglieder erreicht. Wenn daher das Handwerk lebensfähig erhalten werden soll, so muß es Aufgabe seiner gefestigten Vertretung sein, den in das Handwerk eintretenden jungen Leuten wettmögliche Sicherheit für eine ausreichende Ausbildung zu schaffen.“

So schreibt die Ulmer Handelskammer in ihrem Jahressbericht. Sie führt dann weiter aus: „Damit die Ausbildung des Handwerks fundamental ist, auf der er weitere Kenntnisse für seinen Beruf aufzubauen kann, darf diese niemals einzige sein, das heißt er darf nicht als mechanischer Arbeiter ausgebildet werden, sondern er muß neben der Arbeit auch zum Denken erzogen werden. Ein logisches Denken, das die Arbeit wesentlich erleichtert und den Gang der Handwerkslehrer fördert, ist aber nur dann möglich, wenn Praxis und Theorie Hand in Hand miteinander gehen. Das eine ohne das andere macht unzureichend, weil die Freude am Beruf, macht unfruchtbar und unzufrieden.“

Das sind an sich ganz richtige Grundsätze, für die aber gerade die Künstler, die „das Handwerk heben“ wollen, kein Verständnis haben. Für sie handelt es sich bei der „Handwerkslehre“ ja nur um die Ausnutzung billiger jugendlicher Arbeitskraft.“

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fortan nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Ochsenwälder (Sperre über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik);

Mecklenburg:

Rostock (Differenzen);

Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Reinold, Kreiskrankenhaus);

Pommern:

Cammin (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtermeier und Schmidt);

Posen — Schlesien:

Militz (Sperre über Klein), Ohlau (Sperre über Rothke, Kern und Jander), Peitzerwitz (Sperre über Gerlach und Wiesner);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, M. Steyksal in Mockern, Sohrstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandenburgerstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, F. Probst & Co., L. Gauths, Spinnereistrasse, L. Leutzsch (Sperre über die Bauten der Eisengiesserei E. Beckér & Co.), Golditz (Streik);

Thüringen:

Triebes (Streik);

Frohn-Sachsen und Anhalt:

Weissensel, Naumburg a. d. S. (Streiks), Langensalza (Sperre über Zeitzsch);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorff (Streik), Celle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Höherbach), Fallingsbostel (Sperre über Bostmann);

Rheinland:

Grefeld, Delbrück (Streiks), Kaiserswerth (Sperre über Oster- und Rosch);

Hessen und Waldeck:

Rüdesheim-Gesellenheim, (verschiedene Sperren), Offenbach a. M. (Sperre über die Bauten der Zementfabrik), Mainz (Sperre über A. Westerberger);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau);

Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Gerbl und Halt), Wasserburg (Sperre über Nübauer);

Fliesenleger:

Barmen-Eberfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Rummenhöle);

Schweiz:

Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);

Oesterreich:

Leitomischl, Mühlisch Weisskirchen (Streiks);

Ungarn:

Agram, Arad, Bac (Streiks).

Im Hamburger Wohngebiet herrscht gegenwärtig ziemlich große Arbeitslosigkeit; es wird darum ersucht, jetzt nicht nach hier zu kommen.

Aus dem gleichen Grunde ist Neudzburg zu meiden.

Maurer werden eingestellt in Quedlinburg von der Firma Schädel & Hübner.

Gau Berlin.

Die Berliner Fliesenleger waren am 26. September im „Neuen Clubhaus“ versammelt, um den Bericht der Tarifkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Buttigl berichtete, daß am 14. September eine Verhandlung mit den Unternehmern stattgefunden habe, in der die Unternehmer erklärten, daß es ihnen unmöglich sei, auf die Forderungen der Fliesenleger und Hülfearbeiter einzugehen. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden könnten sie sich nach den vorangegangenen Kampfen nicht einlassen. Heute lägen die Verhältnisse anders, als vor zwei Jahren; damals hätten sie die achtstündige Arbeitszeit unterwegsfall der Fruktfuß und Kesselpause geben wollen, aber da hätten sie die Fliesenleger nicht gewollt; heute wollten sie sie nicht zulassen, „weil die Forderung nach acht Stunden eine politische geworden“ sei. (Anmerkung des Schriftführers: Wahrscheinlich haben die Herren vom Verband der Berliner Baugeschäfte ihre Nächste erhalten.) Die Kommission verlangte nun die Gegenentwürfe der Unternehmer. Sie wurden in der Sitzung aber nicht gegeben, sondern fliesenlegerisch ein. Darin wird eine Lohnsteigerung von nur 2½ % zugestanden; von einer Verkürzung der Arbeitszeit ist keine Rede; in bezug auf den Fülltag wird kein Entgegenkommen gezeigt, ebenowenig in der Frage des Feierabends von den hohen Festen; im allgemeinen wird an dem alten Tarif festgehalten; von Verbesserungen will man nicht viel wissen. Es scheint, als fühlen sich die Unternehmer vollständig als die Herren der Situation. Entschieden verlangen sie, daß die Allordarbeit gestaffelt sein soll, während die Arbeiter das Verbot der Allordarbeit wünschen. In diesem Punkte, um den sich vorwiegend der Streit dreht, gab Buttigl zu bedenken, ob es nicht angezeigt sei, neben einer Regelung der Lohnarbeit auch eine Regelung der Allordarbeit vorauszunehmen, da durch die Zwischenunternehmer vielleicht unliebsame Zustände Platz geschaffen haben. Prinzipiell könnte man sich nicht für die Allordarbeit erklären, aber nach Lage der Dinge sollte man versuchen, Einfluß auf die Allordarbeitgeber zu gewinnen. Die Entstrebung darüber sollte die Verhandlung selbst treffen und der Tarifkommission damit eine Richtlinie geben. Eine geheime Abstimmung fand über diese Frage statt; das Resultat soll aber vorläufig noch nicht bekannt gegeben werden. Zu der lebhaft geführten Diskussion wurde viel Widerspruch gegen Vorschläge der Unternehmer vorgenommen. Die Vorschläge der Unternehmer wurden als nicht annehmbar bezeichnet. Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Tarifkommission übermittelten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fliesenleger und Hülfearbeiter, sie kann dieselben aber, da sie in keiner Weise den seihen Bedürfnissen entsprechen, sondern sogar wesentliche Ver schlechterungen der bisherigen Bedingungen enthalten, nicht akzeptieren. Die Versammlung beantragt jedoch die Tarifkommission, die Verhandlungen weiter zu führen und hofft, daß die Arbeitgeber sich zu solchen Vorschlägen herbeilassen, die auch für die Berliner Fliesenleger und Hülfearbeiter als Basis für fünfzige Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen können.“ Kolleg. Anton als Leiter der Versammlung machte noch darauf aufmerksam, daß die Unternehmer ihre Vorschläge haben drucken und an die Regierungen und Hülfearbeiter mit dem Hinweis verteilen lassen, rechtzeitig zu der nächsten Fliesenlegerversammlung zu gehen und für die Vorschläge der Unternehmer des lieben Frei-

dens will eintragen. Es könnte nun nach Ablauf des Vertrages am 1. Oktober geschehen, daß die Unternehmer an die Kollegen einzeln herantreten und sie zur Unterschrift zwingen, eventuell könnten sich daraus Verhältnisse ergeben, die das Eingreifen der Organisationen nötig machen. Es wurde darum ausgesprochen, daß derartige Anwerbungen zurückzuweisen und etwaige Vor kommunistische Schritte der Organisation zu melden sind.

In Breslau sind die Fliesenleger dieser Tage in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet, die den Abschluß eines Arbeitsvertrages beweisen, der sowohl die Taglohn- wie die Altordarbeit regelt soll. Am Stundenlohn werden 70,- S. gefordert. Wie sich die Unternehmer dazu stellen, ist noch nicht zu sagen; es verlautet jedoch, daß sie mit der Absicht umgehen, aus Berlin, Breslau und Görlitz Erfahrt heranzutragen. Die dortigen Fliesenleger werden nicht ermangeln, auf derartige Versuche ein wachsame Augen zu haben.

Gau Bremen.

In Bremen hatten unsere Kollegen im Juli d. J. Lohnforderungen eingebracht, doch konnte für dieses Jahr nichts mehr erreicht werden. Vom 1. März 1908 an bewilligten die Unternehmer eine Lohn erhöhung von 45 auf 47½ S. pro Stunde. Mit dem Angebot haben sich unsere Kollegen aufgestellt.

Der Streit in Wilnsdorffhausen ist nach zwölftägiger Dauer am 22. September aufgehoben worden. Die Arbeit wurde bedingungslos wieder aufgenommen. Dieser Erfolg ist den Kollegen aus den eigenen Reihen zu verdanken, die Kollegen, die sieben Jahre dem Verband angehört, wurden zu Beratern ihrer eigenen Sache. Waren die Kollegen einig geblieben, dann hätten sie viel erreichen können; ist doch während der ganzen Streitdauer nicht ein einziger Streitbrecher von außenwärts gekommen. Der Schultenstreit der Auszubildenden wird ihnen nicht so schnell vergessen werden.

Auch der Streit unserer Kollegen in Delmenhorst ist am 22. September nach sechzehntägiger Dauer beendet worden. Dieser Kampf ist gegenwärtig mit viel Energie geführt worden. Hier handelt es sich hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Die Forderung mußte wir schließlich fallen lassen. Es ist unseren Kollegen aber gelungen, die ganze geforderte Lohn erhöhung von 52½ auf 60,- S. pro Stunde durchzufeuern. Unsere Kollegen erhalten sofort bei Wieheraufnahme der Arbeit 5,- S. Lohnzuschlag pro Stunde, und vom 1. Oktober 1908 an weitere 2½ S. pro Stunde. Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1909. Über die Einzelheiten dieses Kampfes haben wir stets berichtet.

Gau Dresden.

Der Baumeister in Obenaus in Strehla baut in Bobingen, also im Vertragsgebiet Niedera. Dort muß laut Vertrag ein Stundenlohn von 89,- S. geahlt werden. Am ersten Bau zahlte Obenaus anfangs 86,- S. Als wir Vorbereitungen zur Lohnsperrre trafen, legte er 2,- S. zu. Da es nur ein kleines Bauprojekt war, gaben sich die Kollegen damit zufrieden. Nun wurde die Schule angebaut. Da hier auch noch nicht mehr bezahlt wurde, waren wir sofort fertig, am 28. September füllte die Arbeit niedergelegten. Trocken sagte Herr Obenaus: „Nichts gibts, auf keinen Fall lege ich zu Sonnenbach wieder weg, sowie zehn Mann entlassen, und Sie, sagte er zu unserem Gauvorstand, habe ich wegen Haussiedensbruchs angezeigt. Sie haben mir erst die Leute aufgehebt, aber machen Sie, was Sie wollen, ich bekomme Leute mehr als ich brauche.“ Herr Obenaus wurde in der weiteren Verhandlung wohl etwas genüßlicher, aber von Lohnzulage wollte er nichts wissen. Der Vertrag ging ihm nichts an. So mußte der Vertrag in Kraft treten. Die Bauprakte hat aber keine fünf Minuten gebaut, da hieß es denn: „Na, da werden wir den Vertragslohn von heute an zahlen. Darauf ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.“

Zu Königswusterhausen stehen die Steinarbeiter mit ihren Unternehmern im Kampfe. Obwohl einige die Forderung der Steinarbeiter bewilligt haben, wollen die übrigen absonst nicht nachgeben. Da die Maurer schon deshalb ein Interesse an der strittigen Durchsetzung der Forderung haben, weil sie im Winter zum Teil auch als Steinarbeiter arbeiten, so können wir die Steinarbeiter in ihrem Kampfe am besten unterstützen, indem alle Maurer vorläufig die Steinbrüche meiden, ganz gleich, ob sie an den neuen oder alten Bedingungen anfangen können. Dadurch, daß die Maurer auch die bewilligten Brüche meiden, können die Steinarbeiter die Streitbrecher eher zu sich herüberziehen und damit die harmlöschen Unternehmer zwingen, ebenfalls die Forderung anzuerkennen. Die Maurer können dies um so leichter, weil es zur Zeit an Maurerarbeit nicht fehlt. Kollegen beherzigt diesen Wunsch und lädt andere darüber auf, dann wird den Steinarbeiten und somit auch auch der Sieg zu teil werden.

Gau Erfurt.

Der Streit in Erfurt ist am 24. September beendet worden. Er hat am 6. Mai seinen Anfang genommen, hat also volle 20 Wochen gedauert. Es ist zum Abschluß eines Arbeitsvertrages gekommen, der für die Zeit bis zum 31. März 1908 einen Stundenlohn von 50,- S. (bisher wurden 48,- S. geahlt), von da bis zum 31. März 1909 einen solchen von 52,- S. und dann bis zum 31. März 1910 von 55,- S. vor sieht. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher zehntägig. Weiter sind für verschiedene Arbeiten Lohnzuschläge festgelegt, die sich im Rahmen des üblichen bewegen. Vertragssende ist am 31. März 1910.

Gau Frankfurt a. M.

In Mainz ist schon das ganze Jahr hindurch eine sehr flache Tätigkeit, die in den letzten Wochen erheblich zugenommen hat, wodurch viele Kollegen arbeitslos sind. Die reisenden Maurer mögen hierüber Kenntnis nehmen und vorläufig Mainz meiden.

Wie die Arbeiter unter dem Baufachwindel zu leiden haben, zeigt folgender Fall: In Frankfurt a. M. führt der Baumeister August Westenberg einen Bau aus, bezahlt aber seinen Maurern den Lohn nicht. Die Arbeiter erzielten zwar am Gewerbegericht ein obsthängendes Urteil,

kennt aber die Forderung nicht eintreiben, weil der Unternehmer zahlungsunfähig war. Die Maurer haben also nicht nur ihren sauer verdienten Lohn eingeholt, sondern auch noch die Gerichtskosten zu bezahlen gehabt. Da der selbe Unternehmer in Mainz am Barbarossaring einen Bau ausführt, legten am 24. September die Maurer, die Arbeit nied. Sie verlangen, daß ihren Kollegen in Frankfurt a. M. der rückständige Lohn gezahlt und ihr Lohn fünftig von dem wirklichen Bauunternehmer — Westenberg — ist nur Strohmann — garantiert wird, damit es ihnen nicht auch so geht, wie ihren Frankfurter Kollegen!

Gau Hamburg.

Die Lohnsperrung in Kiel ist wieder beendet worden, es sie in vollem Umfang erfolgt war. In allen Berufen, die an dem Konflikt beteiligt waren, ist eine Einigung erreicht worden, so daß der Vertrag der Unternehmer, größere Arbeitergruppen zu entlassen und alle Materiallieferung zu sperren, zurückgezogen wurde. Nun ist zwar der Friede wieder eingeholt, doch ist noch ziemlicher Arbeitsmangel vorhanden; von unseren Kollegen sind noch viele arbeitslos, so daß wir von der Bureaue noch viel dringend arbeiten müssen.

Gau Hannover.

Die Sperrung über Hönerbach in Salzgitter, die bereits acht Wochen dauert, hat selbst die Kreisblätter nicht ruhen lassen; sie haben ihren Leuten aufgetragen, daß der Streit bei S. nur deswegen entstanden wäre, weil der Maurer Linne, der Aufforderung seiner Kollegen, aus dem Kriegerverein auszutreten, nicht nachkommen wollte. Dieses ist natürlich von A. bis Z. erlogen; denn C. konnte aus dem Kriegerverein nicht mehr austreten, weil er schon seit mehr als zwei Jahren wegen Schulden in diesem Verein gefürchtet wurde. Man sieht aber, diese vom Reichsgerichtsgericht inspizierten Pläne machen Schwule, und darin ist das „Wolfenbütteler Kreisblatt“, das die Rottz dauerst brachte, vorberagend, selbstverständlich die Helmstedter Kreisblätter“ auch nicht fehlen; es drückte die Notiz ebenfalls ab. Die streitenden Kollegen haben natürlich den „Wolfenbütteler Kreisblatt“ eine Verächtigung zugesetzt, die auch aufgenommen worden ist. Das, die Preußische, deren Geschäftsstelle nicht weiter reicht als bis an den heimatlichen Wittenhausen, noch ihren besondern Spezial an die Verächtigung knipfen würden, hatten wir ja erwartet, das läuft aber die streitenden Kollegen fast. Bedauerlich ist es aber, daß es immer noch Arbeiter ja auch Maurer gibt, die die solche Blätter durch ihr Abonnement unterstützen. Die Kollegen haben mehrere Male Hörnerbach die Hand zum Frieden geboten, aber jedesmal ist sie zurückgewiesen worden mit der Begründung, keine Zugeständnisse machen zu können, da seine „Autorität“ darunter leiden würde. Sämtliche Kollegen treten im Laufe dieser Woche anderweitig in Arbeit, dann kann sich ja Meister Hörnerbach bei den „Drei Weisen“ von Salzgitter und dem ersten Schafmacher F. von Liebenburg bedanken, daß sie ihn ordentlich in die Linie hineingetrieben haben.

In Salzgitter hatten unsere Kollegen im Dezember des vorigen Jahres eine Erhöhung des Lohnes von 34 auf 40,- S. bei den Unternehmern beantragt. Die Unternehmer ließen sich anfangs auf Unterhandlungen ein, teilten dann aber später schriftlich mit, daß der Lohn vom 1. April 1907 an 38,- S. pro Stunde betragen darf. Unsere Kollegen hatten diese Lohn erhöhung erst einmal hingenommen, geben aber die weitergehende Forderung keineswegs auf. Da sich nun jetzt im Herbst eine recht günstige Bautätigkeit entwickelt hat, so daß ein Mangel an Maurern eingetreten ist, so haben sich auch ihre alte Forderung von neuem auf ihr Schild erhoben. Besondere Schwierigkeiten haben die Unternehmer nicht gemacht; es hat nur ein kleiner Arbeitsmangel stattgefunden. Beim Unternehmer Dietmann blieb von sieben Kollegen einer stehen, bei Bröder blieben von zwölf Kollegen sieben in Arbeit. Jetzt ist also leichter auch Bröder bewilligt. Hoffentlich sehen die noch immer außer der Reihe tanzenden Kollegen endlich ein, daß es sich in Reich und Oder doch besser marschiert.

Gau Leipzig.

In Naumburg haben die Kollegen den schon 17 Wochen dauernden Streit aufgehoben, ohne daß Zugeständnisse der Unternehmer vorlagen. Die Unternehmer wollten nur den erwünschten „Sieg“ ausüben, sie stellen darum keinen am Streit beteiligten Kollegen ein, sondern verlangen erst die Anerkennung eines von ihnen zusammengestoppten Machters, dem sie den stolzen Namen eines Vertrages beilegen. Wenn sie inzwischen nicht selbst zu besserer Einsicht kommen, so sind sie im Begriff, einen recht dummen Streit zu machen. — Der Zugang ist unter diesen Umständen natürlich nach wie vor fernzuhalten.

Gau Löbau.

Einen recht schönen Erfolg erzielten die Kollegen in Schönberg i. M. Anfang September wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, vom 22. September d. J. an den Stundenlohn von 38 auf 50,- S. zu erhöhen und vom 1. April 1908 an die neunehnhalbstündige Arbeitszeit zu gewähren. Entgegen der sonstigen Gewohnheit erklärten sich die Unternehmer sofort zu einer einmütigen Unterhandlung unter Zustellung des Gauleiters bereit. Das Resultat der Unterhandlung war, daß der Stundenlohn von 30,- S. am 31. März auf 45,- S. erhöht wird. Die neunehnhalbstündige Arbeitszeit lehnten die Unternehmer mit der Begründung ab, daß sie in Schönberg nicht die ersten damit sein könnten. Sobald in einem anderen Ort Meilenburg eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt sei, würden sie auch solche gewöhnen. Außerdem wurde für Überlandarbeit vom 1. April 1908 an ein Aufschlag von 3,- S. pro Stunde festgesetzt. Das Landgeld soll auch den Kollegen geahlt werden, die auf dem Lande wohnen und in der Stadt arbeiten müssen. Auch für ein freies, anständiges Quartier wollen die Unternehmer aufkommen. Bisher mußten sich die Kollegen ihr Quartier selbst suchen und auch bezahlen. Des Weiteren sind Bauschäfte für Überlandstellen, Sonntags, Nachts und Wasserarbeit festgesetzt. Die Arbeitsbedingungen sind vertraglich festgelegt und laufen mit dem 31. März 1909 ab.

Gau Straßburg i. Els.

Am 22. September wurde der Streit in Hagenau aufgehoben. Dreizehn Wochen hat der Kampf gedauert und tapfer haben sich die Streitenden gehalten, aber trotzdem ist es nicht zum Abschluß eines Vertrages gekommen. Die Ursachen, warum dies nicht möglich war, haben wir bereits geschildert. Über erfolglos ist der Streit trotzdem nicht gesessen. Als die Lohnforderung, 45,- S. pro Stunde, aufgestellt wurde, wurde ein Durchschnittslohn von 35,- S. geahlt. Schon kurz vor der Arbeitsvertragslegung zahlten die Unternehmer 38,- S. und die Streitbrecher haben fast alle 40 und 42,- S. erhalten. Wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß von den 95 in den Streit eingetretene Kollegen alle, bis auf 15, zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehen, so kann man rubig sagen, daß der Streit nicht vergebens geführt ist. Gefolgt ist, wie die Kollegen in den Streit eingetreten sind, haben sie ihn beendet; nur zwei sind zu Streitbrechern geworden. Halten die Kollegen in Hagenau fest und treu zur Organisation, so werden auch die paar größeren Unternehmer im nächsten Jahre gezwungen werden, unsere Lohnförderung und auch unsere Organisation anzuerkennen.

In Straßburg sind alle organisierten Bauhülfearbeiter, nahezu über einhundert, die Sperrre verhängt war, ausgesperrt worden. Die Maurer sind dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum 27. September waren bereits 325 Kollegen arbeitslos. Zugang ist daher zu gehalten.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnung. Die Abrechnungsformulare für das dritte Quartal sind in dieser Woche verändert worden. Zweigvereinsfasseder, die am 1. Oktober noch keine erhalten haben, wollen sich gleich melden.

Verbandskalender. Auf wiederholte Anfragen teilen wir hierdurch mit, daß wir nicht in der Lage sind, alle Abrechnungen so früh erledigen zu können. Jeden Tag kommt ein großer Posten des Kalenders zum Versand; vor Ende der nächsten Woche wird es sich aber kaum ermöglichen lassen, alle Aufträge zu erfüllen. — Ferner machen wir bekannt, daß nach den vorliegenden Bestellungen noch 5000 Kalender vorrätig (vorausgängig noch in der Buchbinderei) sind. Weitere Aufträge werden entgegengenommen.

Streitgekl. Das laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeschalt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes, und

b) die Streitgekl.

Außerdem sind angegeben dieodesurfae, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuüben ist.

Unterstützungs-Antritte wurden in der Zeit vom 23. bis 28. September für folgende Mitglieder erteilt:

Reinh. Winters-Leipzig Verb.-Nr. 87 247; Jos. Bittmann 263 238; Karl Wolfsdorf-Lippstadt 154 440; Paul Kossmann-Berlin 2047; Karl Almstedt-Hildesheim 160 313; Moritz Leibig-Dresden 144 889; Anton Heller-Cöln (Frau), 60 526; Joh. Geric-Lübeck 84 730; Karl Bürthmann-Bremen 14 003; Aug. Schleifer-Leipzig 36 082; Ernst Neidhardt-Dresden (Frau), 134 419; August Scheele-Hamburg 26 734; Heinrich Wiliiger-Hamburg 27 833; Aug. Knorr-Greifswald 74 890; Karl Bittner-Laubzig 72 111; Karl Franz-Danzig 22 205; Willi Schaffner-Cöln 147 418; Hugo Koch-Hamburg 28 410; Karl Wehly-Frankfurt a. M. (Frau), 29 981; Bruno Schröpfer-Braunl. i. Vogtl. (Frau), 80 694; Aug. Ulrich-Berlin 9088; Fr. David-Lübeck 84 460; Ernst Goldmann-Breslau 16 619; Karl-Josef Berlin (Frau), 1848; Ernst Freiherr-Berlin (Frau), 1697; Hermann Rückert-Leipzig (Frau), 35 077; Otto Seifert-München i. B. 96 602; Sebastian Heinz-Küssingen (Frau), 246 114; Wilhelm Mahnke-Treptow a. d. Tollense (Frau), 332 028; Aug. Sieglein-Münzen (Frau), 171 555.

Geldsendungen für die Hauptstelle sind nur an den Kassierer F. Köster, **Hamburg 1**, Bessinbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 23. bis 30. September 1907 sind folgende Verträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Düsseldorf M. 2000, Duisburg 1000, Bittau 800, Mercedesburg 550, Northeim 400, Bergedorf 250, Bünde 200, Brück i. d. Markt 187 48, Gottesberg i. S. 100, Hannover 2400, Potsdam 1600, Herne 1600, Traunstein 600, Rathenow 500, Wittenberge 30, Helsingborg 250, Elsterwerda 200, Werden a. d. Ruhr 160, Gengenbach 1,80, München 6000, Halle 6300, Dortmund 1600, Bautzen 1600, Olbersdorf 830, Baruth-Ebersfeld 1600, Gelsenkirchen 800, Karlsruhe 600, Gotha 400, Saarbrücken 300, Kempten 300, Segen 7,80, Hof i. B. 1150, Neutreba i. S. 198,70, Gümmerbach 100, Schwanau 100, Würzburg 2000, Dillenburg 5,12, Kiel 4000, Pirna 600, Hamburg 6000, Görtsch 800, Metz 500.

b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Köln.

Olbersdorf M. 4.

c) Für Güterale.

Büchow M. 2.

Marken-Verband. Von 16. bis 28. September sind Marken verändert worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

Annaberg 300 A & 25 B, Arnsberg 400 B & 50, Altenber 20 E & 50, Alsfeld 400 B & 35, Aken 400 B & 35, 100 B & 30, Arendsee 100 B & 30, Annaberg 600 B & 35.

Bergen 200 B & 45 S., Banfin 200 B & 30, Burg b. M. 1800 B & 40, Barth 200 B & 40, 200 B & 30, Borna 25 E

à 50. Bremerbörde 200 B à 40. Biesenthal 100 B à 50, 100 B à 55. Bielefeld 200 B à 35, 50 B à 45. Bingen 2000 B à 45, 200 A à 25. Birsitz 800 B à 40. Briesig 4000 B à 40. Bisthou 25 B à 35. Braubis 800 B à 45. Briesen b. Brandenburg 100 B à 50, 100 à 25. Berlin 2000 B à 70, 10000 A à 25. Bernau 800 B à 55. Bielefeld 1200 B à 50, 1200 B à 40. Beuthen 600 B à 45, 10 E à 150. Cöln 2000 B à 60 A. Colbitz 400 B à 40. Colbitz 800 B à 35. Coblenz 7000 B à 50, 100 E à 50, 200 A à 25. Crumitschan 50 E à 10, 10 E à 150. Caputh 200 B à 65. Großitz 400 B à 40, 400 B à 45. Göpenitz 200 A à 25. Gnevalde 400 B à 40, 400 B à 45. Görlitz 600 B à 35, 200 B à 40. Dresden 20000 B à 65 A. 5000 B à 60, 5000 B à 50, 3000 B à 40, 5000 B à 35. Deutsc̄ Raffelwitz 150 B à 35. Delitzsch 200 B à 40. Dörenburg 200 B à 35, 200 B à 50. Duisburg 2000 B à 60. Deutsc̄ Chlau 600 B à 40. Driesen 1200 B à 40, 200 A à 25. Dresch 300 B à 40, 100 B à 35. Dürrnberg 200 B à 30. Ederndörfe 200 B à 50. Ebingen 800 B à 50. Elster 400 B à 65, 100 A à 25. Eberswalde 1200 B à 55. Elster 800 L à 10 A. Elsterberg 400 B à 35, 5 E à 50, 5 E à 50. Freiberg i. Br. 2000 B à 55, 1000 B à 45, 100 A à 25, 600 B à 40, 50 E à 300, 1000 B à 50, 100 E à 50. Frieda 400 B à 40. Freiberg i. S. 600 B à 35. Galfenberg 50 A à 25. Frauenberg i. Hessen 200 B à 35. Grimma 3 E à 300 A. Görlitz 400 B à 40. Groß-Schönbeck 100 B à 55. Geyen 200 B à 30, 10 E à 50. Gentin 150 B à 65, 100 B à 50. Gengenbach 400 B à 40. Geesthacht 10 E à 150. Golßen 100 B à 50. Gardelegen 100 A à 25. Grottau 2500 B à 40. Groß-Ziegendorf 200 B à 40, 50 E à 50. Greene 400 B à 80. Großbeeren 100 B à 50. Herzberg i. Harz 200 B à 35 A. Häfingen 600 B à 40. Holzhausen 1200 B à 40. Helmreichs 400 B à 35. Hagenow 400 B à 40. Hassel 1000 B à 40. Höhenleben 400 B à 40. Hünigen 800 B à 50. Hammelfall 400 B à 40. Jecht 100 B à 50, 400 B à 40, 300 B à 45, 100 B à 30. Ingolstadt 200 K à 10. Kröpelin 400 B à 40 A. Kellinghusen 400 B à 45. Krausnick 100 B à 50. Krebs 400 B à 35. Kreisow 30 B à 30. Königshütte 2000 B à 45, 50 E à 150. Kreisow 400 B à 45. Kl.-Schönbeck 100 A à 25. Kleinenwerda 25 A à 25 A. 200 B à 35, 50 K à 25. Löbau 1200 B à 35. Lindenwalde 3000 B à 45. Leipzig 400 B à 75, 1000 A à 25. Lindau 600 B à 35, 8 E à 50, 100 A à 25. Langenstein 50 A à 25. Lange 200 B à 40. Leitz 800 B à 45. Lehnin 600 B à 45, 400 B à 55. Landsberg a. d. W. 3000 B à 45. Lissa 1000 B à 40. Lübben 200 B à 45. Lausberg a. Lsg. 600 B à 40. Lünen 100 B à 50, 100 K à 20. Lemgo 10 E à 50. Lübben 200 K à 10. Mannherm 200 B à 40 A. Meerane 2000 B à 40. Mühlhausen i. Thür. 500 B à 40. Michendorf 100 B à 60. Miersburg 2000 B à 60, 2000 B à 45. Mühlend 1200 B à 45, 300 L à 10. Mühlau 600 B à 45. Mühlensee 400 B à 60. Mühlisch 1200 B à 35. Mühlend 5000 B à 45. Mühlberg 200 K à 10. Menschnit 2000 B à 50, 300 B à 45. Nienburg a. d. B. 23. 400 B à 35 A. 800 B à 45. Neukirchen 10 E à 50, 10 E à 150, 100 B à 35, 50 B à 30. Nürnberg 10000 B à 60, 200 B à 65. Neuenhagen 200 B à 55. Nordenham 2000 B à 60, 25 E à 50, 50 A à 25. Nordenham 400 B à 50, 100 A à 25. Neubarnim 100 B à 45. Ochsenwerder 25 E à 50 A. Oels 10 E à 50, 200 B à 40, 50 B à 30, 30 A à 25. Oftersheim 200 B à 35. Offenburg 200 B à 45, 10 E à 150. Ösmanlere 200 B à 40, 50 B à 30, 50 A à 25. Oberförde i. Br. 600 B à 40, 200 A à 25. Oppeln 400 B à 40, 50 E à 50. Pelling 100 B à 35 A. 50 A à 25. Posen 100 E à 50, 1000 B à 35, 10000 B à 50, 10000 B à 30. Potsdam 500 A à 25. Plauen 8000 B à 55, 50 E à 150, 10 E à 300. Rothenburg o. d. Tauber 200 B à 30 A. Rüstorf 600 B à 75. Roth a. Saale 100 B à 40. Regensburg 4000 B à 40, 500 A à 25. Röhrheim 100 B à 40, 100 B à 50, 100 B à 60, 100 B à 45. Nieder 200 B à 35. Steinbel 200 B à 60. Regensburg 200 B à 45, 30 B à 50. Röhrheim 200 B à 35. Rathenow 400 B à 45, 400 B à 35. Schenck 10 E à 50 A. Sonderberg 2000 B à 55, 1000 K à 10. Schenck 10 E à 150. Sonderberg 1200 B à 60, 800 L à 10. Stargard i. Pomm. 200 B à 40, 10 E à 50. Salzwedel 200 B à 40. Schneidenbüttel 500 K à 10. Schneidewitz 500 B à 50, 50 B à 30. Sensburg 400 B à 40. Schneidewitz 600 B à 40. Schneidenbüttel 15 E à 50. Schles 1000 B à 35. Straßburg i. Els. 100 E à 150, 4000 B à 60. Seesen 1200 B à 35. Schraubberg 400 B à 45. Schopfrod 2000 B à 40. Schiersee 400 B à 35. Saffrau 50 B à 35. Storforst 200 B à 50. Steinach 400 B à 35. Schöningen 1200 B à 45, 150 B à 35. Selb 1000 B à 45. Stendal 2000 B à 50. Tübingen 1200 B à 50 A. Traben-Trübbach 200 B à 55. Tübingen 200 B à 45. Tiefenbach a. d. O. 100 E à 35. Uerden 600 B à 55 A. 10 E à 50. Werneuchen 100 B à 55 A. Walbenburg i. Säch. 7000 B à 45. Weibel 400 B à 70. Wittichen 10 E à 50, 600 L à 10. Wittichen 1200 B à 50, 50. Weida 1200 B à 35, 200 B à 30. Witten 2000 B à 45. Wittenberg 10 E à 50. Witten 1600 B à 55. Witter 300 B à 50, 300 B à 60, 50 B à 70, 100 B à 30, 100 A à 25. Witten 200 B à 70, 100 B à 65. Wittenberg 5200 B à 45, 200 B à 35, 100 B à 40, 300 A à 25, 20 E à 50, 10 E à 150. Wittau 5000 B à 50 A. 3000 B à 45, 1000 B à 40. Börbig 300 B à 30. Zwönitz 600 B à 35. Zwinge 100 B à 40, 50 A à 25.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Verbandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorheriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworben ist.

Mit verloren gewelbet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Weber-Hamburg (Verb.-Nr. 202 830), Fr. Gießelmann-Wilhelmshaven (107 364), Herm. Hubert-Garburg (282 590), Herm. Schneider-Hannover (231 192), Math. Pentens-Grefel (439 675), Herm. Sartmann (566 777), Herm. Theis-Gelsenkirchen (824 182), Franz Olischewski-Danzig (812 109), Herm. Moed-Lübeck (82 832), Karl Renz-Leipzig (84 015), Herm. Friedrich-Sonnenburg (94 214), Alb. Beck-Gürtel (118 182), Wilh. Reicker-Solingen (147 150), Herm. Henschler-Weisenfel.

(161 020), Karl Lange-Nordenham (74 872), Joh. Wilh. Schubert-Bremerhaven (353 575), Herm. Bitt-Pörtschheim (842 623), Friedr. Tuttior-Bamberg (356 678), Georg Eite-Halle (359 480), Herm. Schröder-Lüchow (361 829), Friedr. Mähner-Deibronn (349 379), Ab. Schöner-Osnabrück (298 835), R. Berensmeier-Bünde i. W. (387 991), Andr. Teßdor-Lüdenscheid (422 888), Herm. Kleine-Lüdenscheid (425 774), Heinr. Krause-Berlin (445 609), Ignaz Bauer-Schwäbigen (452 959), Friz Burgdorf-Braunschweig (475 842), W. Friedrich-Senftenberg (489 302), Moritz Schade-Limbach (254 647), Ludwig. Overhau-Hagen (368 857), Otto Richter-Ellerwerda (375 942).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statutes vom Zweigverein Upern i. Ebe: Peter Jelpern (Verb.-Nr. 51 200), Aug. Fleiss (51 189), Friedrich Feindt (334 828), Hans Hanßen aus Stürthum; Bayreuth: Max Rintz (244 371), Paul Rintz (244 370), Jakob Reit (361 705), Hermann Groß (361 714), Alwin Uhlemann (361 607), Ernst Mittich (361 660), August Zaref (83 878), Johann Maier (417 165), Gustav Schön (329 378); Bremen: Karl Monzen (92 503); Pr. H. i. B.: Franz Leese (95 604).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Nummer nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse werden erucht vom Zweigverein Sena: Franz Schwarz, geb. am 29. April 1861 zu Siepe, Johannes Obermeier (Verb.-Nr. 298 267), geb. am 27. November 1880 zu Süderfeld, Max Böhme (167 086), geb. am 13. Juli 1866 zu Biedenkopf, Adolf Mai (296 230), geb. am 15. Dezember 1855 zu Halberstadt; Hüxen: Hermann Hilgendorf (245 384), geb. am 7. April 1878 zu Mülheim. Kollegen, denen der Aufenthalt der benannten ist, werden erucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnung des Central-Verbandes der Männer Deutschlands für das zweite Quartal 1907. Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 1. Quartal 1907 am Orte verbliebene Hauptfassengeld 2420,85 Eintrittsgeld 16189,50 Wöchentliche Beiträge 1081271,65 Zufluss aus der Hauptkasse:

a) Rechtschutz, Gemahregelten, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung 1144,84 b) Streit- und Kaufvertr. 747720,39 Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse 1318,48

Summa. M. 1850065,71

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingezahnt 605458,64 Für Streit- und Kaufvertr. 851558,87 Reiseunterstützung im Winter 52,85 an Streifende 7558,50 Rechtschutz 11001,88 Gemahregeltenunterstützung 3885,63 Unterstützung in Krankheitssäulen a. Mitglieder 82014,07 Unterstützung in Streifenden an Mitglieder und deren Frauen 19797,10 Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern 265189,33 Haupfassengeld 8466,68 Verluste in den Zweigvereinen 182,16

Summa. M. 1850065,71

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand am 31. März 1907 4006,60 Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse 146,65 Bei Protokolle vom 8. Verbandsstag in Braunschweig 14,60 Protokolle vom 9. Verbandsstag in Cöln 6593,80 Mitgliedsbücher-Güterkasse 1683,10 Schriften: "Arbeit und Kultur" 132,30 "Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit" 77,10 "Bauarbeiterfuß" 32,45 "Aufford." 30,50 "Die Geschichte d. engl. Arbeit" 880,- "Lohn- und Arbeitsstärke" 963,40 "Ende des Reichs" 82,50 Kalender von 1907 62,- "Grundstücks-Einkände" 164,05 An die Hauptkasse eingehandelt (Beiträge usw.) 605458,64 Zuflussgelehrte Streitunterstützung 8334,92 Zuflussgeogene Kapitalien 539000,- Binsen belegter Kapitalien 19164,49

Summa. M. 1182887,-

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan "Der Grundstein" 54694,05 die Zeitung "L'Operario Italiano" 1408,29 "Stavebnik" 1014,- "Oswiatka" 380,95 Agitation: a) an die Gauvorstände 16902,02 b) für sonstige Agitation 4918,60 c) nach der Schweiz 1000,- d) nach Italien 5000,- e) nach Holland 2000,- Zufluss an Zweigvereine: a) Rechtschutz, Gemahregelten, Kranken- und Sterbeunterstützung 1144,84 b) für Streit- und Kaufvertr. 748220,39 Neuen zwecks Streifkontrolle und Fernhalten des Zugangs nach Streitorten 14699,18 verschiedene Konferenzen 128,- Beitrag a. Generalversammlung (1. Quart. 1907) 2980,64 Beitrag am die Bauarbeiterzuschlagskommission 759,11 Protokolle v. 9. Verbandsstag in Cöln 1907 11149,40

Für 20000 italienische Flugblätter	M.
Schriften: Die deutschen sozialdemokratischen Gemeinschaften	152,50
Schriften: Monarchie über Republik?	10,40
9000 Mitgliedsbücher-Güterkasse	675,-
Justizliche Verwaltung:	
a) 25000 Mitgliedsbücher	1337,50
b) 30000 Statuten (in deutsch. Sprache)	6565,50
c) 20000 Statuten (in ital. Sprache)	729,10
d) 25000 Quartals-Berechnungsformulare	388,-
e) 25000 Reiselegitimationen	379,-
f) 35 Arbeitsstellen	390,-
g) 8000 Bogen für Streitkassenbücher	252,-
h) 10000 Aufnahmekarten	180,-
i) 5000 Vertragsformulare	180,-
j) 5000 Streitfragebogen	175,-
l) 10000 Quittungsformulare	185,-
m) 10000 Postanweisungen	80,-
n) 19 Postkarten	115,-
o) sonstige Drucksachen	412,50
p) sonstige Buchdruckarbeiten	58,65
q) verbriefete Sorten Marken	4419,35
r) Schreibmaterial	103,50
s) Stempel und Briefhör.	211,60
t) Bureaureinigung und Beleuchtung	476,68
u) Zeitungskabinett und Bringerechn.	147,09
v) Sonstige Ausgabe	400,-
w) Post:	
Pakete und Gauverläufe	M. 359,50
Kreisverbänden	373,31
Briefporto u. Geldversand	881,32
Besitzgelbg.	153,70
	1767,88

persönliche Verwaltung:

- Beamtengehälter und Nachhilfe
- Besicherung des Vorstandes usw.
- Reisefond
- Verwaltung des Ausschusses
- Renovierung des Büros und der Bureauaufsteller

Per Bank belegt 281244,72

Summa. M. 1175000,05

Bilanz.

Einnahme M. 1182887,-
Ausgabe 1175000,05

Kassenbestand M. 7886,95

Hamburg, den 29. September 1907.

J. Köster, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsbilanz ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend gefunden. Das Kassenvermögen ist nach nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

H. Marx - Altona. Willh. Böll - Hamburg.

Willh. Böll - Hamburg.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Berlin.

Der Gauvorstand hat beschlossen, noch in diesem Herbst in einer größeren Zahl von Zweigvereinen Agitationssammlungen abzuhalten. In den nachbenannten Orten sollen die Versammlungen an Wochentagen des Abends, an den Sonntagen des Nachmittags stattfinden. Die Zweigvereinsvorstände erfüllen wir, sofort die kätzige Agitation zu entfalten, damit alle Mitglieder dieser Versammlungen befreien.

Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen:

Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart.

Referent: Wilhelm Fritsch-Berlin.

Gau Berlin

Gau Sachsen

Gau Brandenburg

Gau Sachsen-Anhalt

Gau Sachsen-Mecklenburg

Gau Sachsen-Anhalt

Bur' Beadlung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des „L'Operaio Italiano“ sind von mir an zu adressieren:

Au die Redaktion des „L'Operaio Italiano“
Hamburg, Besenbinderhof 56.

Blankenburg a. Harz. Im Organ des Steinärbeiterverbandes ist in Nr. 88 ein Bericht der hierigen Fachstelle der Steinärbeiter enthalten, der gegen unsere Mitglieder äußerlich schwere Vorwürfe erhebt. Es wird dort geschildert, wie sich die hierigen Steinmeier von ihren Unternehmern haben einfangen lassen, indem sich diese ausbedungen, einen vereinbarerlichen Lohnarif mit höheren Sätzen erst dann anzuwenden, wenn die alte, noch unter der Geltung der niedrigeren Löhne übernommene Arbeit fertiggestellt sei. Bei dieser Weise lassen sich die Steinmeier schon Monate lang an der Rale herumzupassen. Im Januar dieses Jahres war die „alte Arbeit“ dann endlich alle Leidet vor aber nicht nur die alte, sondern die ganze Arbeit festig geworden, so daß der Unternehmer die Beif übrigens ein mit alten Salben geschmierter Gießhüttmann, alle Steinmeier entließ. Hierüber heißt es nur in dem betreffenden Bericht:

Der ehrebar Meister sagte, die Arbeit sei fertig (?). jedoch nach einer Woche hielten die Maurer ihren Einzug, diese machten nun Steinmängel. Der Unternehmer dachte, er würde nun eine Beispilzierung in unsere Reihen bringen. Dies gelang ihm nicht. Die Maurer bezahlte kurz Wek nach seinem Belieben. Es wurde festgestellt, daß Arbeiten bis 33 p.M. unter Taxif. bezahlt werden sind. Selbstredend wird dem Meister seine Arbeit von den Maurern nach allen Regeln der Kunst zusammengebaute. Traurig ist es allerdings, daß einige von den Maurern sogar organisiert sein wollen und uns bewegen in dem

Diese Seiten enthalten den schweren Vorwurf, daß sich unsere Kollegen dazu gebraucht hätten, die verkeilenswerte Handlungswürde des Unternehmers bei zu unterfüllen. Demgegenüber sei nun festgestellt, daß der Zweigvereinsvorstand erstmals vor wenigen Wochen den Vorstehenden der Steinarbeiter zu einer Sitzung einlud, um ihn über dieselbe Verleumdung, die nur an anderer Stelle erhoben war, zu Stelle zu stellen. Bei dieser Gelegenheit konnte der Vorstehende der Steinarbeiter, der jedenfalls auch jetzt wieder der Urheber der Verleumdung ist, seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten. Er mußte zugeben, daß er mit seinen Behauptungen so weit gegangen sei. Schon gleich nach der Entlastung der Steinmeister war ihr Gauleiter hier, der den Sachverhalt selbst so festgestellt hatte, daß die Entlastung tatsächlich wegen Arbeitsmangels erfolgt war. In dem Steinbruch, in dem sonst 70 bis 80 Personen beschäftigt waren, arbeitet jetzt fünf Männer, davon sind zwei Steinbauer und drei Maurer, diese sind jedoch nicht aus Blankenburg, sondern aus Timmenrode. Ein Blankenburger Kollege, der dort als Steinhauer arbeitete, erhielt den tarifmäßigen Steinhauerlohn, nicht, er hörte deswegen auf und verklagte den Unternehmer beim Gewerbegericht. Was es mit der Behauptung auf sich habe, die dort als Steinbauer arbeitenden Maurer hätten 33 Pf unter Tariflohn gearbeitet, erhebt daraus, daß den Mauern der Tarif immer von einem organisierten Steinhauer nach dem Tarif vorberechnet wurde. Hatten die Maurer

zum Bau dieser Werke vorbereitet wurde. Haben die Maurer also zu billig gearbeitet, so hat dieser organisierte Steinmäuerer die Schuld daran. Es ist eine Verleumdung, von einem „Einzug“ der Maurer zu reden, als ob sie gleich in hellen Haufen nach dem Steinbruch gestromt wären, als die Steinmäuerer entlassen waren. Dieser „Einzug“ bestand darin, daß der Unternehmer, der zugleich ein Baugeschäft betreibt, ab und zu einen Maurer zum Steinbruch schickte, der dann ein paar Trittschlägen oder einmal eine Golbahn machte, die gerade auf dem Bau gebraucht wurden, und nach dieser Arbeit wieder zum Bau zurückkehrte. Nun ist ja zu geben, daß auch das lieber nicht gehabt, wir sehen die Sache aber für viel zu geringfügig an, um ihrer wegen einen Konflikt auszurufen, der bei der augenblicklichen schlechten Arbeitsgelegenheit gar keine Aussicht auf Erfolg haben könnte. Lebhaftig wären die Steinmäuerer auch damit nicht geholfen; denn die Urfahrt ihrer Entlastung, dem Arbeitsmangel, können wir auch durch das schändliche Vorgehen nicht aus der Welt schaffen. Das ist den Steinmeistern natürlich sehr gut bekannt wie uns. Wenn sie trotzdem mit der Sache fortwährend krecken gehen, so tun sie das aus dem Bedürfnis, einen Prügelstabnalen für ihre zum großen Teil selbstverschuldeten Misserfolge zu finden. Sie leicht glauben sie, bei uns an den Rechten gekommen zu sein; sie werden nur einsehen, daß sie sich darin gefühlt haben.

Braunschweig. (Christliche Gewerkschaftsführer als Denunzianten.) Der christliche Stadtverordnete, Maurer Windolf in Helmstadt, im Landeswehrverein ein Namensbezeichnis eingesetzt, indem er die Arbeiter nennt, die neben dem Landeswehrverein auch die freien Gewerkschaften angehören. Wenn es mit dem Ehrgefühl dieses christlichen Gewerkschaftsführers schon gelommen, dass er zum gewöhnlichen Denunzianten an Arbeitern wird. Wenn die christliche Gewerkschaft etwas auf Reinlichkeit hielte, so hätte sie Herrn Windolf unter allen Umständen auszuschließen. Den Sohn eines Vorstandmitgliedes von Landeswehrverein bezeichnete der christliche Gewerkschaftsführer als „größten Sozialdemokraten“. Da dieser nur gewerkschaftlich organisiert ist, so hat er klage gegen Windolf erhoben. Auch der Landeswehrverein hat schon zu Gericht gesessen und einige von den Böen vorgeladen, u. a. auch den Dachdecker Sad, der aber weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert ist. Aber — er ist Mitglied des Gefangenvereins „Konforbia“ und das genügt dem Windolf, seine Denunziation gegen Sad anzubringen, der auf Ehrentoilette ersklären mußte, aus dem Gefangenverein auszutreten, da er sonst aus dem Landeswehrverein ausgeschlossen wäre. Auf diesem Wege glaubt man die Arbeiter in die gelbe Gewerkschaft hineinzutringen. Windolf hat sein Stadtverordnetenmandat nur durch seine Polsterung mit dem Reichstagskandidaten erhalten. Das nennt sich nun „christlich“! Denunzianten

als Führer, und treue Brüder des Reichslügerverbandes
Pfui Deibell

Buer i. W.: Unsere Bühnesteile unternahm kürzlich eine Bautenstatistik. Es wurde kontrolliert 31 Bautenstellen, von denen 208 Maurer beschäftigt waren; davon waren 106 frei organisiert, 69 direkt organisiert und 33 „wild“. Die Bautenstellen waren fast durchweg in ländlicherem Zusammenhang; die Großstädte nicht abweist, seine vorwiegendigen Bauwerken, auf verschiedenen aus seine Worte, fuzum, alles war in schlechten Zustande. Die Zahl der Organisierten ist noch etwas höher, da immerhin einige Kollegen nicht gefunden wurden, die hier und da auf Tätigkeitsarbeit waren. Gegenwärtig zählt die Bühnesteile Buer 130 Mitglieder, ohne die, die in leichter Wode zugereist sind. Es geht also vorwärts, trotz des Solamangels und trotz der Verlagerungen von gegenwärtiger Seite. Die Zahl der Unorganisierten ist vermutlich größer, weil sich viele als direktorganisiert ausgeben, die in Wahrheit gar nicht organisiert waren. Berücksichtigt man, daß auch den Christlichen einige nicht gefunden wurden, so mag ihre Zahl wohl stimmen. Wir sehen also, daß auch hier noch ein Feld zu bearbeiten ist, das für uns die Früchte bringt. Sorge jeder Kollege dafür, daß dem Ratte des Vorstandes gefolgt wird, dann stehen wir auch in nächster Kampfschafferei bereit. Dies gilt auch den Gründervätern, die ebenfalls meistens bei uns organisiert sind. Also noch einmal: Einfach in die Agitation; zeigt dem Unternehmertum, daß wir uns nicht unterkriegen lassen!

Brunnen. Am 21. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins statt. Das Referat des Genossen Taubenheit wurde mit großer Zustimmung angenommen und der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine leidenschaftliche Darstellung des Themas. Der Vorsitzende erläuterte die finanzielle Lage des Vereins. Von den bisherigen Konjunkturverhandlungen lag ein Antrag vor, der Gewerkschaften möchten für einen Teil ihrer Lokalfassenspenden Anteilschüsse zum Nutzen einer Gewerkschaftsschau übernehmen. Unter allseitiger Zustimmung wurde beschlossen, für 75 vpt. unseres Lokalfassensfonds Anteilschüsse zu kaufen. Die angekündigte Lehrlingsfrage endete in einer guten Debatte über die Politik. Von etlichen Kollegen wurde gefragt, "Wie die Kästen das Maulen nicht lassen können, so können auch sie die Befürderer materieller Rasse bei den Polizisten nicht lassen, um auf diese Weise für Winterarbeit zu sorgen". Gegen einen Polizei, dessen rigoroses Benehmen selbst den geduldigsten Kollegen zu viel geworden ist, soll die Kommission angerufen werden. Nach mehrstündiger Dauer fand die Versammlung ihr Ende. Nachdrucksvoll sei noch folgender Bescheid des Ausschusses in Sachen unseres früheren Kästners Hellwig. Nach Unrechtfertigungen zu schieden kommen ließ: "Nach Kenntnisnahme Eurer Beschwerde über die Nichtbefüllung des Ausschusses des dortigen früheren Kästners Bruno Hellwig seitens des Verbandsvorstandes, hat der Verbandsausschuss nach Erhörung der vorgebrachten Tatsache und Anhörung des in Eurer letzten Sitzung anwesenden Verbandsvorstandes Bruno Hellwig dahin entschieden, daß der Beschuß des Verbandsvorstandes aufgehoben und der von Euch beschlossene Ausschuß Hellwig bestätigt wird. Der Verbandsausschuss hat auf Grund der nachgewiesenen Tatsachen die Überzeugung gewonnen, daß Hellwig die ihm zur Last gelegten Vergehen mit Vorbehalt ausgeführt hat und deshalb nicht wiederkommen darf. Mitglied unseres Verbandes zu sein. Der Zweigverein Sungau war auch bestrebt, Hellwig trotz seines Industrieauszugschließung wegen der eventuellen Konsequenzen bei späterem Wiedereintritt."

Halle. Nochmals müssen wir, herausgefordert durch die Kritik der Redaktion auf unsere Entwicklung, auf den Streit eingehen. Mit dem bloßen Worten: „Kolleg Möller ist in allen Studien“ ist nichts widerlegt; was ein Redakteur allerdings wohl weiß, oder wissen möchte. Außerdem deutet der angeklagte Ton der Redaktion in ihrer Entwicklung wohl weniger von sachlicher Kritik, aber desto mehr tritt der diktatorische Herrschaftspunkt, vermischt mit Bosheit – wie sich ja die Redaktion beliebt, auszudrücken – in allgemeinem her vor. Beleidigend darf man ja die Worte: wie „Überkunst, unspektakulär“ nicht aufsetzen, denn die Redaktion ist ja über alle erhaben und erlaubt sich eben alles als überwundung hinzu stellen, selbst einer gegen den Stachel lädt. Aber beweisen ist dadurch für den Kern der Sache nichts. Wenn wir die Kommune als Beispiel angeführt haben, so ist eben damit eine Gemeinschaft bestimmt, welche auf engstem Gebiete ihre Anliegenheiten, soweit dieselben über ihrer gemeinschaftlichen Kreis nicht hinausgehen, selbst regelt. Intellektueller hat auch keine zweite und höhere Jurisdiccion das Recht, mit seiner Hand in die friedliche Gemeinschaft, Unfrieden hineintragend, einzutreten und ihr Besitzhabe zu differenzieren, die nicht von allgemeinen Grundsätzen und Bestimmungen handeln, welche von uns angezeigte seien. Beschluss des Verbandstages

Sollte dies auch im Buhnenstaate, der, nebenher bemerkt noch in weitem Felde liegt, auftreten, so würden sich bald Streit und Mängel einstellen, die einer Wänderung bedürfen, abgesehen davon, daß derselbe aus anderen Menschen zusammengefügt sein wird und kann als den heutigen. Aber wie liegen die Dinge, die durch diesen Vertrag den allgemeinen Grundlagen entsprechen sollen? Da befürwortet ein Kollege, in Berlin, Homburg, Leipzig, Münster — in allen den Großstädten mit teurer Wohnungsnithe und größeren Ausgaben — genau nicht mehr als ein Kollege in Städten mit und über 50.-^s Stundenlohn, der eben bedeutend billiger wohnen und auch nach den Verhältnissen etwas billiger leben kann. Sind dadurch die Kollegen gleichgestellt? Sind die Verhältnisse an den in Beträcht kommen den Orten nicht verschlechtert? Ist dadurch den Kollegen, die es angeht, gleichmäßige Rechnung getragen? Mühten nach diesen Gründen die Kollegen in den vorgeschriebenen Großstädten, mit ihren Lohnforderungen nicht aufzurüsten, so zu Gunsten derselben, die noch nicht deren Lohn erlangt haben? Alles das fand nach meiner Ansicht — um auch einmal so angläufig wie die Nebbiaffaire zu verbergen — Phrasen, wo nicht die Regeln des Reichs- Land- und Gemeinderechts in Einstlang und Vergleich gestellt werden können, obgleich die Grenzen nach oben offen gelassen sind. Hier wird das unsoziale Verhalten der Kollegen, die nun mal so glücklicherweise an einem Orte — vielleicht wie Sallez — haufenweise vorhanden sein könnten!!! als Dokument zur Reflexion des Herkombats.

tagsbeschlusses geltend gemacht. Ich frage, ist es unsocial gehandelt, wenn man 20 St. mehr als Gehalt des Höchstlohn eines Maurers am Orte als Gehalt festsetzt wissen will? Sind die 99 Delegierten vom letzten Verbandsstage, die gegensteller Antritt waren, unsocial? Vacuum hat der Verbandsvorstand um Ausführk einen bedeutend niedrigeren Antrag auf dem Verbandsstage eingebracht, als die von der Kommission aufgestellten gedreht und zum Beschluss erhoben Gehaltssätze? die nach meiner Meinung von dem größten Teile der in Betracht kommenden Kollegen in Deutschland bestimmt nicht gut geheißen wird. Was für Argumente sind für ihn maßgebend gewesen, als er doch gewiss mit seinem Antrage die Höchstgrenze, was der Verband leisten, und was er den Kollegen zumuten konnte, festgelegt wissen wollte? Warum Vorstand, Ausführk, vielleicht auch die Redaktion, welche bei Stellung des Antrages mit zugegangen war, auch unsocial? Wenn ich durch meine Ausführungen mit der Demokratie auf gespannter Zunge stehen soll, so kann ich erklären, daß die Redaktion weit mehr durch ihre Kritik davon abweicht. Nach Ansicht der Redaktion werden wir, die Kollegen des Deutschen Maurerverbandes, mit dem kapitalistischen Unternehmertum, das die Arbeiter niedrig entlohnt, aber defensiv ausdeutet, verglichen. Wir, die wir im Kampfe gegen das Unternehmertum stehen, geführt durch unsere Beamten, werden von denselben selbst als Unternehmer betrachtet und durch Beschlüsse in unserem Selbstverwaltungsrécht behindert. Das ist freilich eine leicht mit Erfolg gekonnte Lohnbewegung, wenn der hier, in Betracht kommende Arbeitgeber, die einzelnen Zweigvereine, wohl das Recht zu zahlen haben, aber im übrigen nichts zu müssen. Wohl wird den Kollegen das Recht der Kritik eingeräumt, sobald einer aus den untersten Reihen, gleichviel, ob er fast seit Gründung des Verbandes demselben angehört, von ihm Gebräu macht und zwar jhd gegen die Beschlüsse wendet wo er seine Bedenken bedroht sieht, so ist ll u. v. r. n. f. — Soheit — Anarchie vorherrschendes Leitmotiv seiner Kritik, sie ist nicht sachlich, sondern nichtsnutzig und dergleichen mehr. Ob durch diese Kraftausdrücke, die mehr geschnüttig als aufläufig und sachlich lingen, die angeschnittene Materie widerlegt ist, überlässt ich den Kollegen, welche diese Zeilen lesen. Aber bemühen ist wieder einmal, daß gleiches Recht für alle in beginn auf Kritik, in dieser Frage angewandt, ein helles Ding ist, oder soll das Demokratie sein, daß man zu allen Vorconventionen das Maul halten soll? Ich weiß sonst nicht, wie man's aufzeigen soll. Erkläre mir, Herr Endürb, diesen Zwiespalt der Natur, um mit Göthe zu reden.

Ich erfuhr, diese Zeilen unverfrügt unter Hölle in
nächster Nummer unseres Verbandsorgans zu veröffentlichen,
aber ich möchte bitten, damit, da alles ein Ende
haben muß, die Sache bewenden zu lassen; denn wir stehen
nicht allzuviel übrig Gelder und Zeit zur Verfügung,
wähle derartige Polemiken erfordern; denn wenn man
angegriffen wird, muß man sich verteidigen.
Mit kollegalem Gruß
Otto Nöller.

Der letzte Verbandstag hat beschlossen, die Gehalte aller Verbandsbeamten zu regeln, also auch die der Zweigvereinsbeamten. Für diese ist im Win im um in festgesetzt worden: in Orten mit einem Jahr von 50-3 und mehr pro Stunde soll der Lohnsgehalt M 2000 betragen und jährlich steigen um M 100, bis zum Höchstgehalt von M 2600. Dieser Beschluss mag kritikwürdig sein, aber er besteht zu Recht, da dem Verbandstag die Eledigung aller Verbandsangelegenheiten und die Feststellung der Beamtengehale obliegt, und nur ein anderer Verbandstag kann ihn wieder aufheben und im Sinne des Antragstellers verbessern. Vorläufig hat aber jeder Zweigverein und jede andere Verbandsanstalten den Beschluss des Verbandstages

Zu der Kategorie von Orten mit 50-3 und mehr Stundenlohn gehört nun auch Halle, und der Zweigverein Halle hat auch einen Beamten, der nun ganz selbstverständlich dem Verbandstagsbeschluß entsprechend befördert werden muß. Der Zweigverein Halle sagt aber, den Beifluss erlernen wir nicht an eine am 5. September abgehaltene Versammlung befreit. Eine Protestresolution, worin gesagt wird, daß der Verbandsstagsbeschluß dem demokratischen Gedanken widerspreche, und daß die Zweigvereine beormundet und verschlossen gemacht würden. Wir haben in einer Anmerkung hierzu gefragt, die „Demokratie“, wie sie in Halle gegen den Verbandstagsbeschluß geltend gemacht werde, laufe auf Wunsch ein: Wer irgend einer Gemeinschaft angehören will, ganz gleich welchen Zwecks die Vereinigung verfolgt, muß es verstehen oder lernen, sich den Beschlüßen der Mehrheit unterzuordnen. Es ist kein gutes Recht, für seine Ansicht zu streiten und zu versuchen, Anhänger zu gewinnen; bleibt er damit aber in der Minderheit, dann darf er nicht lagern: nun erst recht nicht! Nein, als guter Demokrat arbeitet er an dem Werk, wie es die Mehrzahl seiner Genossen beschlossen hat. So müssen auch die Kollegen vom hallischen Zweigverein soviel sie dabei tun können, die Beschlüsse des Verbandstages zur Durchführung bringen helfen... War der Beschluß richtig, dann wird er auf dem nächsten oder übernächsten Verbands-

In einer Gegenklärung (Nr. 88 des "Grundstein") hatte Kollege Höber die "Freundlichkeit", unsre lezte Bemerkung als "Ironie" zu bezeichnen, woran wir nicht im entgegenstehen gedacht haben. Höber unterstellt uns dann, wir hätten den Protest der Zweigvereinsversammlung als Anarchie bezeichnet, was uns gar nicht eingefallen ist. Nicht den Protest, sondern den Abstimmungsschluss haben wir, im Gegensatz zu den holländischen "Demokraten", als Anarchie bezeichnet. Höber knüpft daran die häbliche

Bemerkung, wir müßten wohl eine heilige Angst vor der Anarchie haben, worauf wir antworten, daß uns alles fernher liegt, als Angst, wohl aber die Anarchie verachten und bekämpfen, weil sie nichtsnig ist. Zu allemdürften wir sagen: Kollege Höver irrte in allen Studien.

Nach den heutigen Ausführungen Röbers müssen wir unsere Meinung über seine irrite Auffassung allerdings zurückziehen. Wir glauben nun nicht mehr, daß Röber in gutem Sinne des Wortes irrt, sondern, daß er bewußterweise ein Phrasentzug ausübt, um hinter dem ersten Untermögeln, sächlich zu disfutieren, zu verborgen zu suchen. Solchen Brüdern müssen wir aber doch die Klappe noch etwas mehr läuten.

Wir stellen darum fest:

1. Röber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt, die Erwideration der Redaktion sei weniger von sachlicher Kritik als vom Willen zu einem gewissen Schlußschlag geprägt.

als vom diktatorischen Herrenstandpunkt geleitet.
2. Röber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt, die Redaktion stelle alles als unverkünftig hin, sobald einer „gegen den Stacheldraht“.

3. Möber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt: sobald ein Kollege „aus den untersten Reihen“ von dem Rechte der Kritik Gebrauch macht, werden seine Ausführungen als Unvernunft, Bosheit und Anarchie abgetan.

4. Ebenso unzweckmäßig ist die Unterstellung Möbers, durch

4. Ebenso unwohl ist die Unterstellung Röbers, durch unsere Anerkennung und Erwidbung sei bewiesen, daß wir die Demokratie so auffassen, daß die Mitglieder des Verbandes zu allen Brotomnissen das „Maal“ zu halten hätten, wie es auch nicht wahr ist, daß wir ver sucht haben, durch „höchmütige Kräftausbrüde“ den halischen Protest und seine Motivierung abzutun.

Alle übrigen Ausführungen Röders treffen den Kern des Streitfeldes ebenfalls nicht. Denn von vorneherein hat es sich nicht darum gehandelt, ob allen Kollegen der Beifluss des Verbandsstages lieb ist und ob der Verbandsstag das richtig getroffen hat, sondern nur darum, ob die Pflicht der Führung oder das Recht der Vereinigung haben. Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus dem Hoheitsrecht des Verbandsstages, das nach dem Statut gar nicht angefeindet werden kann. Ganz irrelebant ist es, wie sich vorher der Verbandsausschuss und der Verbandsvorstand zu der Schlußfrage gestellt haben; sie haben sich ebenso den Beschlüssen der Verbandsstage unterzuordnen wie jedes Mitglied und jede Mitgliedschaft. Und da tun es selbstverständlich und sind deshalb auch weder vorher noch nachher „unlogisch“ gewesen.

Hötensleben. Am 21. September hielt der hiesige Zweigverein seine monatliche Versprechnung ab, die den Verhältnissen nach besser hätte beigebracht sein können. Tatsache ist leider auch hier, daß noch viele Kollegen glauben, es geht auch ohne sie. Wenn wir uns dies heute redeln, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Kollegen die richtigen Schlüsse daraus ziehen und sich bei den kommenden Versprechungen ihrer Pflicht bewußt sind; denn gerade die Auseinandersetzungen zeigten, daß hier noch sehr vieles fault ist. Wie könnte, wenn sich die Kollegen alle ihrer Pflicht bewußt wären, sich der Polier Wallmeulen erdreisen, einen organisierten Kollegen größlich als beschimpfen? Wir nehmen aber, gerade diesem Herrn die Sache nicht allzu sehr übel. Geradezu komisch überwirkt es, wenn er den arbeitenden Kollegen „Mores lehren“ will. Als fürgleich ein Kollege seinen „heiligen“ Befehl nicht ohne Widerpruch ausführte, meinte dieser „Herr“: „Was mal ob, wenn ich zuplompe.“ Was dieser Arbeitserzfeind damit gemeint hat, steht dahin, aber die Kollegen sollten sich doch sagen, daß durch Einigkeit den Muden dieses früheren Maurers ein Ziel zu setzen wäre. Man sollte glauben, als früherer Maurer, der infolge seiner „Fähigkeit“ zum Polier abanciert ist, müßte er wissen, daß die Baubüro keine acht Tage im Schnurr liegen kann, wenn man sein Brot mit Appetit verzehren will. Sie wählen noch länger ein Schneewetter geblich, wenn die Kollegen nicht mit Arbeitsseinstellung gedroht hätten. Dieser Mensch droht sogar, wenn die Kollegen nach seiner Meinung 5 Minuten länger frühfrüh gehalten haben sollen, sie Mittags eine halbe Stunde längerarbeiten zu lassen oder ihnen den Lohn dafür zu kürzen. Wenn er dieses auch nicht fertig kriegt, so zeigen doch seine dummkreisigen Auslaßungen, wo die Fahrt hingehen soll. Kollegen! Soll uns das Vorgehen noch nicht zu denken geben, daß man einer Menge hiesiger Kollegen ständig, während die auswärtigen Kollegen weiterarbeiten können? Mit letzteren Kameraden sucht er es nicht zu verbergen, um die hiesigen in Schach zu halten. Nun, uns soll es recht sein. Aber man wundere sich nicht, wenn die Kollegen aus dem Verhalten des Poliers in Zukunft die Konsequenzen ziehen. Kollegen! Es liegt an uns, befiehlt die Versprechungen! Derartige Machinationen müssen aufgedeckt werden, damit sich dieser Mensch in Zukunft einen besseren Ton angeböhnt.

Hujum. Dienstag, den 17. September, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht war. Es handelte sich um definitive Beschlussfassung über gängliche Abwicklung der Aufordbarkeit. Hierüber wurde eine recht lebhafte Debatte geführt, die damit endete, daß die gänzliche Abwicklung der Aufordbarkeit beschlossen wurde. Dieser Beschuß kann mit Freude begrüßt werden, ist doch dadurch der Zweigverein um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Dann wurde vom ersten Vorsitzenden ein kurzer Überblick über die Arbeiten des hiesigen partiaischen Arbeitsnachweises gegeben. Unter "Beschiedenes" wurde das Verhalten von zwei Kollegen scharf gelobt, die hier verfeindete Logiengenossen um das Logosiegel gepeinelt haben und sich noch andere schändliche Sachen haben zu Schulden kommen lassen. Zum Schluß wurde den Kollegen noch ans Herz gelegt, die "Centralhalle" nicht zu betreten, da sie noch immer besetzt ist.

Kativität: In diesem Jahre war die Arbeitsgelegenheit in der Stadt sehr minimal, so daß ein großer Teil Kollegen für eine Wohnbewegung resp. für Bausperrnen nicht leicht zu gewinnen war. Der Arbeitgeberverband hat mit unserer Organisation einen Vertrag abgeschlossen, in dem zehnständige Arbeitszeit und 40 % Lohn angeprochen wurden. Der vertragsgemäßige Lohn wurde bis auf einige kleine Unternehmen gehoben, die sich später auch dazu bequemt wußten. Es herrschten auf den Bauten freie Wirtschaften, die jeder Beliebung schotten, aber die Kollegen

chen mit Adelsluden vorbei und verlassen sich auf eine einzelne Person, sie erklären: wir haben den Gauleiter der unseren Vorstand, diese müssen uns alles besorgen. Solange wir nicht auf jedem einzelnen Bau einen Bau-delegierten wählen, werden die Wirkstände auf den Bauten

icht aufhören. Es handelt sich hauptsächlich um die Errichtung von Bauwerken. Wenn überhaupt eine vorhanden ist, so ist sie demnach gestaltet, daß sich niemand darin aufzuhalten kann, da Material darin gelagert wird. Zum Aufstellen eignet sie sich auch nicht, da die Handlanger, wodurch ihre Arbeitsgeräte auch dahinsetzen müssen, den die Maurer es dann vorziehen, sich gar nicht umzuleben und lieber in ihrer Kalttheile und in Holzpanzertischen aufzuhängen und im nächsten Jahre energetisch darauf zurückzufallen, als menschenbildende Bauwerke erhalten. Ein schweres Stil Arbeit war es, die zehntausend Arbeitszeit aufzuwenden. Ein Unternehmer (Lüft) sträubte sich hartnäckig dagegen und erklärte, seine Maueret würden dedurch viel zerstören, denn sie würden eine Viertelstunde vor der selber schon nicht arbeiten und abwarten, bis geträumt würde, und beim Aufstehen vergangen wieder fünf Minuten, so daß er nur Schaden hätte. Es sind jetzt noch Unternehmer vorhanden, die länger als zehn Stunden arbeiten müssen. Pflichtigt der Kollegen wird es bei diesen sein, daß

...en. Bringt der Städtebau es bei diesen jetzt, daß verfaßte nachzuholen. Außer den organisierten Unternehmern haben wir mit sehr unorganisierten mündlichen Verhandlungen bestellt, sämtliche unterzeichneten unserer Vertrag. Wegen der zehnständigen Arbeitszeit konnten wir viele Spuren nicht aufzuhalten, da die Bauten sofort wieder mit Maurern befestigt wurden. Die eine Spur traf die Firma Giebel, deren Inhaber erklärte, daß er kein Arbeitgebervertreter verhandeln würde. Er hat es sich verstanden, seine Schäflein in einer Parade, die auf löslichem Boden steht, unterzubringen. Natürlich hat er ihnen 1 ♂ oder mehr pro Stunde für Benützung der Parade abgezogen, die von keinem betreten werden durfte, der nicht das Erlaubnis vom Polizei-Kindlein hatte. Dieser Polizei ist ein fanatischer Gegner unserer Organisation; er hat die uns beauftragten Kollegen aus der Parade herausgeworfen. Uebrigens war man auch nicht sicher, daß man nicht eine Partie Wanzen und Flöhe mit nach Hause zachte. Unsere Lohnbewegung und auch die Agitation erweckten uns die christlichen Organisationen, indem sie sich in die Teilnahme an den Baupersönern drückten; hinterher aber sagten sie, sie hätten den Lohn in Überhöhung hochgebracht. Mitgliedsbücher werden von den Christlichen auf der Baustelle zur Kontrolle nicht vorgezeigt, so daß man annehmen muß, daß es ihnen die Führer einpaufen, ausdrückt, einen ihrer Getreuen zu verlieren. Aber trotzdem arbeiten wir menschlich übertrieben. Unser Kampf ist zwar einer der schwierigsten, doch um so schöner ist der Sieg.

Königsbrück. Hier baut jetzt ein Dresdener Unternehmer, der sich durch Zahlung höherer Löhne einen Teil seiner früher bei den Königsbrücker Unternehmen beschäftigten Maurer herangezogen hat. Dies ärgert die Königsbrücker Unternehmer, ganz besonders Herrn Hallbauer. Dieser hat einer Lehrling mit einem Brief zu dem Polier des Dresdener Unternehmers gesandt, worin er ihm erlaubt, seine Hallbauers) Maurer wieder zu entlassen. Da dies nichts bringt, ging er persönlich zum Polier und bat diesen nochmals ringend um die Entlassung. Als dieses noch nichts half, wuerde er dem Dresdener Unternehmer selbst auf und mache ihm insbesondere auf einen unserer „Grundstein“ solptore aufmerksam. Dieser sei gar kein Maurer; er solle diesen daher entlassen. Der Unternehmer hat sich auch von diesen Vorstellungen nichts gemacht und beschäftigt die Leute weiter. Wäre der Unternehmer diesen Einschlüssen zugänglicher gewesen, dann wäre ein Teil der Kollegen entlassen worden und dadurch gewonnen gewesen, für den mebrigen Lohn zu arbeiten, den die Königsbrücker Unternehmer selbstverständlich festgelegt. Als wir vor zwei Monaten schon auf die kommende Situation aufmerksam machten und die Unternehmer um eine Lohnzulage ersuchten, da hieß es: „Wir müssen sowieso alle Maurer entlassen und haben es nicht nötig, auf die veränderten Verhältnisse viel Rücksicht zu nehmen.“ Nun durch die in Aussicht gestellte Arbeitslosigkeit mehr Kollegen als sonst den Arbeitsplatz wechselten, nun möchte man die Freizeitgestaltung beschränken. Im übrigen zeigt sich hier einmal wieder die Rückständigkeit der ländlichen Unternehmer. Der Dresdener Unternehmer fassulierte von vornherein mit 45 & Stundenlohn; er hat weder dort einen Steinbruch, noch kennt er sonst vortheilhafte Einkaufsquellen, die die hiesigen Unternehmer kennen müssen. Die Königsbrücker Unternehmer rechneten mit 32 & Stundenlohn, haben selbst Steinbrüche, oder wissen wenigstens durch langjährige Praxis, wo sie die Bruchsteine am billigsten herbeiziehen und wie sie diese am billigsten auf den Bauplatz bekommen, und doch waren sie nicht im stande, den Bau so billig herzustellen wie der Dresdener Unternehmer.

Und so blühten die Dresdner Betriebe auf dem Lande und in den Städten auf. Es ist, hier in Königgrätz, ist, ist es fast überall auf dem Lande. Fast ohne Ausnahme werden alle größeren Fabriken oder sonstigen Staats- oder Fabrikbauten von Dresdenern unternehmern ausgeführt. Eine Ausnahme machen die Kommunalbauten, da die Bauunternehmer in den Gemeindeverwaltungen in der Regel eine große Rolle spielen. Mit Hülfe der sonstigen interessierten Kleinmeistern und in Kommunen Beschlüsse gefaßt, wonach nur am Orte Ansäßige an der Konkurrenz teilnehmen dürfen. Das befamme Mittelstand ließ: Schulzölle und nebenbei Niederflurmittelung des Arbeitervororganisationen. Im ehrlichen Kampf lassen sich die Arbeiter dies heute nicht mehr erlauben, und deshalb der Kampf aus dem Hinterhalt, indem sie die Arbeiter aus Lohn und Brodt in Hinternahm sucht.

Neumarkt a. R. Im benachbarten Gangloffen sollte am 1. September eine Versammlung stattfinden, um dort eine Zahlstelle des bayerischen Zweigvereins zu gründen. Der dortige Pfarrer erfuhr von diesem berüchteten Plan und machte nur alle verfügbaren Kräfte mobil, um seine Zetzeuren Schäflein zu retten, mit anderen Worten, die Arbeitern daß Koalitionsrecht zu verbümmern. Der Kooperator und der Bürgermeister mädrten sich auf die Soden und brachten es auch fertig, daß es das Dokal verweigert wurde. Daß es auch ohne Versammlung möglich sei, den Sämen zu legen, daran hatten Hochwürden allerdings nicht gedacht. Es kamen einige Kollegen unserem Verbande bei, und nun mußte das außerkreise Mittel eingeschlagen werden, um unsere Organisation unmöglich zu

achen. Es wurde eine christliche Gewerkschaft gegründet, in der „christlichen“ Versammlung sprachen der Herr Pfarrer und ein „Herr aus München“, wie es in der Einladung der Versammlung hieß. Ob Brüder sich wohl schämen, seinen Namen zu diesem „christlichen“ Unterstande herauszugeben? Elf Männer wurden als „christliche“ Mitglieder eingeschrieben; zu bezahlen brauchten sie nichts. Wahrscheinlich wird dies vom Pfarrer oder Bürgermeister geschehen, denn dadurch läßt sich am leichtesten eine „christliche“ Gewerkschaft großzögeln. Die Hoffnungsfrage ist für diese Lüsterkrispen unerträglich, wenn sie mit großen Mitgliedsbeiträgen abzuhelfen können, um Einigkeit unter die Arbeiter zu bringen. Zum 15. September war uns wiederum ein Votabau eingelagert worden. Auch diesmal brachten es die arbeitende Klassengesellschaften fertig, uns das Votabau abzutreten. Der Herr Pfarrer und Bürgermeister nicht fertig brachten, das war lang diesmal dem Brauereibesitzer; der Bäcker mußte es aber über, um in seinem eigenen Schaden das Votabau versteigern. Sowieso geht also die christliche Rächtslenke dieser arbeiterfeindlichen, daß sie vor den äußersten Terrorismus nicht zurücktreten, wenn es gilt, die Arbeiter um ihr gutes Leben zu bringen. Helfen wird ja allerdings auch dieses Mittel nicht. Eher noch Schaden tritt wieder eine größere Anzahl von Kollegen unserer Verbände bei. Das Rad der Freiheit geht vorwärts, auch über den Kopf des Herrn Pfarrers hinweg.

Osnabrück. Am 22. September tagte die Generalversammlung des Zweigvereins, die im ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag des Kollegen August Winnig über die christlichen Gewerbschaften entgegennahm. Der Vortrag bewegte sich in denselben Gebietengängen, wie der Bericht von Bremerhaven wiedergegebene und fand starke Beifall. In der Diskussion kam die schlappe Haltung der christlichen einem Unternehmer gegenüber zur Sprache, deren Lohnzuschlag für Wasserarbeiten nicht zahlen wollte. Die Schuld daran wurde dem Lokalbeamten der Christlichen zugemessen, der erst dann etwas gegen den Unternehmer tat, als ihm seine Mitglieder dazu zwangen. Nach langeren Debatten darüber wurde die Neuwahl eines ersten Käfigers vorgenommen. Darauf fand die Versammlung mit einem festigen Hoch auf den Verband ihren Abschluß.

Ostrosnitz i. Oberlausitz: Auf dem Dominiuum in Ostrosnitz, Ar. Görl, wird augenblicklich vom Unternehmer Hoffmann aus Görl ein Neubau aufgeführt, wo mit Aussagen darüber gewahrt wird, daß kein Maurer vom sozialdemokratischen Centralverband beschäftigt wird. Aber trotz seiner peinlichsten Aufmerksamkeit konnte es doch nicht verhindert werden — der Bau war eben mit Sozialdemokraten besetzt. Niederreiter nutzte hier nichts mehr. Am 23. September kam es zwischen dem Unternehmer und den Maurern zu Differenzen, die am 24. September zur Arbeitsniederlegung führten. Ursache war, daß die versprochenen 3 Stundenlohn von Hoffmann nicht gezahlt wurden. Der Bauführer Hoffmann entließ die Maurer Musifanten, nach seinem Dafürhalten der Heber gewesen sein sollte. Musifant verlangte nun seine Papiere und seinen Lohn; er gab sie förmlich. Währendem erschien der Amtsbevölkerer mit seinem Amtsdienner. Ersterer forderte die Musifanten einmal auf, die Baustelle zu verlassen, der Amtsdienner sprang sofort hinzu und führte den „Heber“ bis an die Haustüre, und der Bauführer Hoffmann rief dem Musifanten zu: „Sie sollt sich seine Papiere nächstes mal kommen lassen.“ Nach ungefähr einer Stunde kam Musifant der Aufforderung des Hoffmann nach, bemühte sich nach der Baustelle und glaubte nun, Karte und Lohn zu erhalten. Der Bauführer zählte auch M 8 aus, und wie Musifant nach dem Betrag fragte, wurde er vom Amtsvorsteher Janeckl daran ergegnet, daß er vom Betrage gleich zerrückt, und mit dem dicken Ende der Reitkette auf den Rücken und ins Genick geschlagen, so daß der Musifant zu Boden fiel. Sein Körper ist ganz mit Blut überlaufenen Flecken bedeckt. Der Kollege Musifant ist der Aufforderung nadgelkommen und hat nicht ein einziges Mal zur Abwehr gegriffen. Der christliche Amtsbevölkerer Janeckl glaubt wohl, daß, nachdem das Niederreiter-Gefecht schließen läßt, die Arbeiterbewegung niebermäutet werden muß, und träumt wohl noch, daß er in Oberlausitz noch länger russische Zustände aufrecht erhalten kann. Unsere Kollegen im Kreise Görl, besonders den in Ostrosnitz, rufen wir zu, nun erst recht den Kampf zu führen und treu und fest zur Organisation zu halten, damit der Christlich gebildete Amtsvorsteher Janeckl trotz seiner eitleren Faust und Heitzeitje einsieht, daß er den Centralverband in seinem Amtsbezirk Ostrosnitz weder niederrichten noch niedermäuteln kann. Im übrigen werden sämtliche Kollegen, die in die Nähe des prügelnden Janeckl kommen, zur Vorhut geraten, besonders die rohe Hand und die Wette.

Passau. Am 28. September tagte hier eine großmäuerer Versammlung, in der Kollege Hartl aus Würzburg das Thema „Rückstand und Ausbildung der freien Gewerbeschäfster“ referierte. Er führte den Kollegen in sehr trefflichen Worten vor Augen, was die freien Gewerbeschäfster von alles geleitet haben und in Zukunft noch leiten werden. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Sie sprachen im Sinne des Referenten. Die Passauer Kollegen haben einen Schritt vorwärts gemacht, nur muss auf den Bauten noch mehr agitieren werden, dann wird in Passau bald der letzte Maurer in unseren Reihen stehen. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen, darunter auch der ehemalige Maurerherr vom drittgrößten Werkstatt-Verband.

Nürnberg. Am Sonntag, den 22. September, hielt der hiesige Zweigverein eine Konferenz ab, auf der neun Bahlstellen mit 27 Vertretern anwesend waren; zwei Bahlstellen, Rhei nberg und D i s l a n e , waren nicht vertreten. Vom Gauvorstand war der Kollege R a h l anwesend. Der Kollege Behrend berichtete in eingehender Weise über den Stand der Organisation in den einzelnen Bahlstellen des Zweigvereins. Die Arbeitsgelegenheit hat sich gegen Anfang des Jahres nicht geändert. Mit Ausnahme des Bezirks H o m b e r g - M ö r s hat die Baulust in allen anderen Bezirken dem Vorjahr gegenüber merlich nachgelassen, was wohl in erster Linie, soweit die Privathausästhetik ist, die Frage kommt, auf die mißliche Verhältnisse des Geldmarktes zurückzuführen ist. Besonders in den Bürger-

meisterer Hamborn ist die Bautätigkeit fast vollständig ins Stöden geraten, trotzdem in diesem industriereichen Bezirk eine weitere erhebliche Nachfrage nach Wohnungen ist. Nicht wesentlich anders liegen die Verhältnisse in Meiderich, wo neben einigen größeren Bauanlagen, Schlachthofneubau und Telegraphenamt-Neubau, die allgemeine Bautätigkeit von Monat zu Monat nachgelassen hat. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder gegen Schluß des zweiten Quartals gestiegen, was besonders auf die vorgenommenen Neuauflagen auf den Beden und Fabriken im hiesigen Bezirk zurückzuführen ist. Gegen die Vorjahre hat unsere Organisation stabiler Formen angekommen, wenigstens in einzelnen Bahnhöfen ein Teil unserer Kollegen noch nicht einfiebt, daß jeder einzelne seine ganze Person in den Dienst der Organisation zu stellen hat. Doch auch hierin haben wir merkliche Fortschritte zu verzeichnen, so daß sich auch dieser Nebelstand in altem Maße nicht mehr be merkt machen wird. Bezuglich der Agitation macht der Gaubevorstand, Kollege Kahl, sehr interessante Ausführungen. Neben der Agitation einiger kleiner Organisationseinrichtungen und Organisationen im unfernen Beruf erscheinen auch jetzt die Unternehmer auf dem Plan, um die noch vorhandenen Unorganisierten, d. h. Streikbrecher, in die sogenannten gelben Gewerkschaften zu organisieren und dadurch der vorwärts strebenden Arbeiterschaft des Bau gewerbes einen Damm entgegenzusetzen. Mehr als bisher ist der Zusammenschluß in einer städtischen Organisation notwendig, um diesen feindlichen Vorzeichen der Unternehmer im Bunde mit einigen Streikbrechern und Schülern von vorne herein das Wasser abzutrennen. Weiter erwies Kollege Kahl auf das Vorgehen der Unternehmer des Bau gewerbes eine Industriegebiet, wie sie allen Ernstes Pläne schmieden, um unsere Organisation „niederzulegen“. Der Gedanke, durch eine Gesamtausprägung im nächsten Jahre sich der Verpflichtungen unserer Organisation gegenüber in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit zu entledigen, wird in lebhafter Weise in Versammlungen und Zeitungen verbreitet. Angeleidt solcher Vernichtungspläne sei es Hauptaufgabe, die Organisation nach innen und außen zu tragen. Der Plan der Unternehmer, die Räte der Organisation zu „sprengen“, darf ihnen nicht gelingen. Der Extrabeitrag, der lediglich zur finanziellen Stärkung der Organisation vom Hauptvorstand ausgeschrieben worden ist, muß von jedem Mitglied unbedingt entrichtet werden. Nur dadurch kann die jetzt erreichte Position im Wirtschaftskampf erhalten und können weitere Verbesserungen des Lebens und der Arbeitszeit erreungen werden. Am Schluß machte der Redner den Kollegen aufmerksam, die durch das Richtzahlen der Extrabeiträge entstanden, und ersuchte die anwesenden Vertreter der Fabrikanten, aufklärend unter den Kollegen wirken zu wollen. Am weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde von den Vertretern der Bahnhöfe Mors eine Regelung der Entschädigung der Vorstandsmitglieder in dem Bahnhof beantragt. Nach langer Diskussion wurde der Antrag in verändertem Form einstimmig angenommen. Die vorgenommene Gründung einer Sektion der Fliesenleger wurde von der Konferenz gutgeheißen, da sich die Notwendigkeit dazu herausgestellt hat.

Tuttlingen. Dienstag, den 27. September, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung, in der Kolleg Stähle aus Singen in deutscher und der Kolleg Drafseneti in italienischer Sprache über Koalitionsrecht und Unternehmensum verwiesen. Der Kolleg Stähle legte den Kollegien klar, wie es heute mit dem Koalitionsrecht bei den deutschen Maurern steht. Im Schwarzwald sehe es in dieser Beziehung sehr traurig aus. Die Maurer im Schwarzwald müssen aus dem Schaf erwachsen und sich alle dem Zentralverband der Maurer anschließen. In der Diskussion ermahnte der Kolleg König die Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß sein einziger Maurer mehr in Tuttlingen der Organisation fern bleibe. Die Maurerorganisation müsse gleich so fest gebaut werden, daß sie wie eine Mauer jedem Ansturm des Unternehmertums widerstehen könne. Am Schluß der Versammlung meldeten sich einige deutsche und italienische Kollegen zur Aufnahme.

Bentzalkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 22. bis 28. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1500, Posen 800, Lubitz 600, Nürnberg 300, Nauen 250, Geesthacht 200, Schwabach 200, München 200, Danzig 200, Deutsch Lissa 150, Neubrandenburg 150, Neimarkt 150, Gütersloh 120, Bielefeld 120, Böhmen 120, Worms 100, Hamm i. Westfalen 100, Leibitz 100, Alsfeld 100, Altdamm 100, Groß-Wartenberg 100, Böddel 100, Grafschaft 100, Bartholomäus 100, Gütersloh 100, Birna 90, Bergedorf 90, Thessla 80, Westerhausen 80, Harz 80, Remberg 70, Kall 70, Möller i. Lauenburg 50, Summa M. 6600.

Zuschüsse erhalten: Kiel M. 800, Schwelsweiler 220, Abteide 140, Stammheim 100, Geisnitz 100, Wiesbaden 100, Lahti i. Böhmen 100, Böckingen 100, Orléans 80, Landshut 50, Lutter a. Wöhr 50, Niederbreisig 30, Summa M. 1870.

Altona, den 28. September 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaß nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vor komm nissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein schweres Bauunglück hat sich am 27. September auf dem Bau des Postgebäudes in der Pfalzburgerstraße zugetragen. Dort brach ein in der zweiten Etage befindliches Gerüst, und die darauf befindlichen fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe. Sie erlitten mehr oder

mindest schwere Verletzungen. Der Arbeiter-Bod war so schwer verlegt, daß er in einer Drohse weggeführt werden mußte. Der Bau wird von der Firma Witte Steincke ausgeführt.

Bechmühl. Hofsum. Am 17. September er eignete sich auf einem vom Baumeister Struve aus Gutum ausgeführten Neubau ein Unfall, der noch ziemlich glücklich verliefen ist. Drei Kollegen waren mit Augen beschädigt. Durch eine ungenügende Verstreitung des Gerüsts rutschte ein Rebgiegel von seiner Auflage, und da an diesem Riegel gerade ein Unterzug befestigt war, so brach das Gerüst zusammen. Zwei jüngere Kollegen konnten noch schnell abprallen und kamen dadurch noch mit hoher Haut davon. Der dritte jedoch, der 61 Jahre alte Kostene Lorenzen stürzte 3 m tief herab. Seine Verletzungen waren glücklicherweise nicht allzu schwer, immerhin mußte er einige Tage das Bett hüten. Die Schulde an diesem Unfall, der leicht schlimmer hätte haben können, trifft die Kollegen, die das Gerüst gebaut haben. Man glaubt immer, bei solchen Gerüsten, die nur zu leichter Arbeit gebraucht werden, mit aller Fahrigkeit zu Werke gehen zu können, das sollten sich aber alle Kollegen im eigenen Interesse abgewöhnen.

Limbach. Am 21. September ereignete sich auf Neumanns Bau in der Weißstraße beim Transportieren des Dampfkessels ein bedauerlicher Unfall, indem dem Kollegen Ernst aus Thurm im Mühlgrund an jeder Hand drei Finger zerquetscht wurden. Der Unfall ist auf die mangelnde Umicht und ungenügend sachverständige Leitung des Transports zurückzuführen. Auch hier, wie überall, darf die Unternehmer erst bei einem Unfall, daß Verhandlung auf den Bau gebürt. Würden sich die Kollegen mehr der Organisation anschließen, als es bis jetzt der Fall gemeint ist, und nicht wegen des Extrabeitrages dagegen agitieren, dann würden wir auch im Stande sein, befremdliche Haft auf den Bauten zu legen, als sie auf oben genanntem Bau waren, wo für 60 bis 70 Personen nur ein Abort da ist. Werden die Kollegen endlich aufwachen?

Malmö. Am 27. September ereignete sich hier schon wieder ein Unfall auf dem Neubau der Papierfabrik, der von der Firma Dix & Co. in Düsseldorf ausgeführt wird. Dieser Unfall ist auf Aufräumung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen. Es befindet sich auf dem Bau ein Aufzug zum Befördern des Betons, der durch Maschinenkraft getrieben wird. Unten geht ein Schienenstrang an den Aufzug heran, auf dem der Beton heran gefahren wird. Als nun die Arbeiter, Italiener, eine Wanne umkippten, trat einer der Arbeiter zurück und gerade unter den Aufzug, als der Fahrstuhl herunter kam. Er traf ihn direkt auf den Kopf, so daß er zusammenbrach. Der Arbeiter an der Hemmung konnte zum Glück den Fahrstuhl kurz über dem Liegenden zum Halten bringen. Dieser fuhr schnell herab, stand auf und stürzte im nächsten Augenblick wieder bewußtlos nieder. Als der Betonmeister, Geiß mit Namen, von dem Polier darunter aufmerksam gemacht wurde, kam er hinzu und meinte, die Arbeiter sollten machen, daß sie an die Arbeit kämen, und der Verleiter sollte nach der Bude gehen und sich die Stiefel aussiezen, im Falle daß er sich etwas gequält hätte, da er über Schmerzen im Bein klage. Sehr menschenfreudlich von diesem Herrn. Es war ja auch nur ein Italiener. Gleich darauf kamen zwei der Herren Bauführer, um die Anbringung von Schutzplatten, die bis dahin gefehlt hatten, anzuordnen. Wie gewöhnlich, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er abgedreht! Dieser Herr Geiß ist übrigens dasselbe, der die Einschlagungsarbeiten an der eingestürzten Dede leitete. Er spricht allerdings nicht von großen Sachenunterschreitungen, wenn bei einer Höhe von 10 m, bei der zweimal gestiegen wurde, sämtliche Stufen ohne Sprünge sind. Wenn so gewöhnlich gearbeitet wird, ist allerdings ein Unfall leicht zu erklären. Es befindet sich noch zwei von den Verleitern im Krämerhaus, und sie werden es nur als arbeitsunfähige Sklaven verlassen, da einem beide Beine und dem anderen einen gelähmt bleiben werden. (Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden. Red. d. „Orbit“.)

Mainz. Am 25. September ist unter Kolleg Heinrich M. Bauer, 39 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern, am Neubau der Firma Hausswald in der Altmärkstrasse tödlich verunglückt. Er war mit mehreren Kollegen mit Absladen von Hünsteinen beschäftigt, während neben ihm ein alter Träger an einem improvisierten Glaschen, aug in das vierter Stockwerk geschafft wurde. Bei dieser Arbeit brach der Hebel, an dem der Glaschenhang festgehalten war und schlug den Kollegen Bauer auf den Kopf. Er war sofort tot. Die Untersuchung ergab, daß das gebrochene Holz nur an der Bruchstelle, und zwar äußerlich nicht stahlhart, sondern ganz gut war. Ein Verleiter trifft die Bauleitung insofern, als sie es anordnete oder duldet, daß während des immer gefährlicheren Trägeraufzugs an der selben Stelle andere Arbeiten ausgeführt werden. Soweit Arbeiter unten zum Hochziehen der Träger beschäftigt werden müssen, sollen sie durch sichere Ablösung unter allen Umständen geschützt werden.

Nürnberg. In den letzten Wochen haben wir zu verschiedenen Malen dargetan, wie es zur Zeit im allgemeinen bestellt ist. Am 26. September haben sich nun wieder einmal die Folgen der Leichtfertigkeit an dem Neubau des Unternehmers Meier (genannt Baumeister) in der Odenstraße gezeigt. Auf dem Bau wurde am Tage vor einem sogenannten Bodaufzug aufgestellt, um an dem Erker die Steine befördern zu können, ohne daß nur im mindesten die nötigen Vorsichtsmäßigkeiten, die bei solchen Aufzügen erforderlich sind, beachtet worden wären. Der Aufzugsboden selbst würde sehr lose aufgestellt und der Zugbaum nur lediglich an seinem Ende mit nicht ganz einwandfreien Klammern an einem Balken befestigt. Um ein Ausbiegen des Zugbaumes oder Niegels zu verhindern, war wohl ein kurzes Seil angebracht, aber ein solches nach innen, um den ganzen Zug gegen den Bau festzuhalten. Beim Aufziehen eines schweren Steines, durch die Bewegung des Zugbaumes, lösten sich die Klammern, und der ganze Aufzug stürzte nach außen auf das Gerüst und eine Anzahl Sandsteine mi, wobei drei Arbeiter schwer verletzt wurden, von denen der eine, wie wir hören, auf dem Transport zum Krankenhaus verstorben sein soll. Bei diesem bedauerlichen Vor komm nis wollen wir nicht unverwahrt lassen, daß die Baupolizei das Aufstellen solcher

Vorhänge ganz verbieten sollte, da bei dieser Art Materialtransport, wenn nicht ganz vorsichtig gearbeitet wird, Unfälle fast unausbleiblich sind; wo sie aber zugelassen sind, sollte mindestens verlangt werden, daß solche Aufzüge von beiden Seiten mit guten Seiten gegen die eigentliche Aufzugsseite befestigt werden und zwar von rückwärts, sowie an beiden Seiten halb rückwärts.

Wir haben in unseren letzten Mitteilungen auch behauptet, daß bezüglich des Bauarbeiterisches auf Staatsbauten am meisten gefündigt wird. Da es viele Leute gibt, die immer noch der Meinung sind, daß Staatsbetriebe Maurerbetriebe seien, so möchten wir allen jenen, die dieses Glaubens sind, empfehlen, sich einmal den Bau des Wasserhauptbahnhofs in der Allersbergerstraße, der von der Staatsbetriebsverwaltung ausgeführt wird, ansehen; sie werden an dem ganzen Bau ein einziges Gerüst aufsuchen, das heißt, daß der betätigten Arbeiter vom Abtritt sicher. Überhandnauern ist verboten ohne Schutzgerüste, die von Stange zu Stange angebracht sein müssen, worüber sich aber die Staatsbehörde nicht kümmert.

Das ist ein Beweis dafür, wie notwendig ein Bauarbeitergeschütz ist, wofür unsere Vertreter im Kreisjagdtag sowie in den Einzeltagungen ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um den vielen Tausenden von Arbeitern des Bau gewerbes willkürliche Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit zu schaffen und der Familie ihre Ernährer zu erhalten.

Waldenburg. Am 19. September verunglückte Kolleg Franz Böhm dadurch, daß von einem Leitergerüst eine Erosse brach. Der Kolleg fiel etwa 6 m hoch ab auf Eisensteine und Tonkrüge. Er mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden, wo Schädelbruch und Rippenquetschung festgestellt wurden.

* **Ein Gerüst in den Brunnen gefallen.** Zu einem neuen Klärwerk gebaut; die Brunnen haben eine Weite von circa 7 m Durchmesser und werden von ihnen genutzt. Um eine einzige Belastung des Bauteils unterhalb des Mauerwerks zu verhindern, hat man das Arztsgerüst mit Drahtseilen an ein über der Brunnenanlage angebrachtes Drahtseil gelängt. Das Drahtseil war jedoch nur 1 m stark und konnte der Belastung des Gerüsts: Eigengewicht, sieben Maurer, Hilfsarbeiter und Material, nicht standhalten. Am 25. September ging das Gerüst mit donnerähnlichem Krachen in die Tiefe. Zum Glück hatten die Arbeiter eine Minute zuvor das Gerüst verlassen, um das Gerät einzunehmen; zwischen den Gerüsten, Steinen usw. hätten sie, soweit sie nicht tödliche Verletzungen erlitten hätten, sicher den Tod in dem 1½ m hochstehenden Wasser der Brunnenhöhle gefunden. Nun hat man stärkere Drahtseile verwendet, aber auch die scheinen uns bei der großen Belastung noch nicht ausreichend zu sein. Wir erachten es für die dringende Pflicht der Baupolizeibehörde, diesen Bauten ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

* **Bauarbeiterisch im nördlichen Bayern.** In den letzten zwei bis drei Jahren hat sich in Bayern immer mehr und mehr herausgestellt, daß die Frage des Bauarbeiterisches zum Stillstand gekommen ist, in einzelnen Fällen und namentlich an Orten, wo jegliche Baufontrolle fehlt, ist sogar ein Schritt nach rückwärts gemacht worden, b. h. die Zustände haben sich verschlechtert und die Wirtschaft treibt heute deutlicher als vor Jahren her vor. Auch an Orten, wo Baufontrolle tätig sind, hat sich vieles verschlechtert, indem sich die Unternehmer im Laufe der Jahre daran gewöhnt haben, die Baufestsetzung anordnungen treffen zu lassen, die weiter nichts als bedeuten haben, da die Herren ganz genau wissen, daß es den Baufestsetzern an den nötigen Befugnissen fehlt, um die renitenten Unternehmer sofort in ihrer Sphäre zu verweisen oder durch Einstellung der Bauten ihren Anordnungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Werden Unternehmer wegen Übertretungen der Arbeiterschuhbestimmungen von den Kontrollen zur Anzeige gebracht, so geben einen ganz niedrigen Strafe ante bis drei Berufe voran, was die Unternehmer sofort von ihren Gesetzesverleidungen nicht zurückhaltend, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er abgedreht! Dieser Herr Geiß ist übrigens dasselbe, der die Einschlagungsarbeiten an der eingestürzten Dede leitete. Er spricht allerdings nicht von großen Sachenunterschreitungen, wenn bei einer Höhe von 10 m, bei der zweimal gestiegen wurde, sämtliche Stufen ohne Sprünge sind. Wenn so gewöhnlich gearbeitet wird, ist allerdings ein Unfall leicht zu erklären. Es befindet sich noch zwei von den Verleitern im Krämerhaus, und sie werden es nur als arbeitsunfähige Sklaven verlassen, da einem beide Beine und dem anderen einen gelähmt bleiben werden. (Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden. Red. d. „Orbit“.)

* **Bauarbeiterisch im südlichen Bayern.** In den letzten zwei bis drei Jahren hat sich in Bayern immer mehr und mehr herausgestellt, daß die Frage des Bauarbeiterisches zum Stillstand gekommen ist, in einzelnen Fällen und namentlich an Orten, wo jegliche Baufontrolle fehlt, ist sogar ein Schritt nach rückwärts gemacht worden, b. h. die Zustände haben sich verschlechtert und die Wirtschaft treibt heute deutlicher als vor Jahren her vor. Auch an Orten, wo Baufontrolle tätig sind, hat sich vieles verschlechtert, indem sich die Unternehmer im Laufe der Jahre daran gewöhnt haben, die Baufestsetzung anordnungen treffen zu lassen, die weiter nichts als bedeuten haben, da die Herren ganz genau wissen, daß es den Baufestsetzern an den nötigen Befugnissen fehlt, um die renitenten Unternehmer sofort in ihrer Sphäre zu verweisen oder durch Einstellung der Bauten ihren Anordnungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Werden Unternehmer wegen Übertretungen der Arbeiterschuhbestimmungen von den Kontrollen zur Anzeige gebracht, so geben einen ganz niedrigen Strafe ante bis drei Berufe voran, was die Unternehmer sofort von ihren Gesetzesverleidungen nicht zurückhaltend, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er abgedreht! Dieser Herr Geiß ist übrigens dasselbe, der die Einschlagungsarbeiten an der eingestürzten Dede leitete. Er spricht allerdings nicht von großen Sachenunterschreitungen, wenn bei einer Höhe von 10 m, bei der zweimal gestiegen wurde, sämtliche Stufen ohne Sprünge sind. Wenn so gewöhnlich gearbeitet wird, ist allerdings ein Unfall leicht zu erklären. Es befindet sich noch zwei von den Verleitern im Krämerhaus, und sie werden es nur als arbeitsunfähige Sklaven verlassen, da einem beide Beine und dem anderen einen gelähmt bleiben werden. (Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden. Red. d. „Orbit“.)

Der städtisch-sanitäre Bauarbeiterabschluß liegt in Bayreuth sehr daneben; aber trotzdem hat der dortige Magistrat einen Antrag der Bauarbeiter auf Anstellung eines Bauaufsehers aus dem Stande der Arbeiter wiederholt abgelehnt. In Kulmbach, und hier namentlich wieder auf dem Bahnhof von Kulmbach nach Bayreuth, findet man nicht im mindesten, daß die überpolizeilichen Vorschriften für Eisenarbeiter eingehalten werden, auf den Hochbau am Ort selbst trifft das gleiche zu. An der Gegend von Kronach werden nicht nur die Unfallverhütungsvorschriften für Tief- und Hochbauarbeiter nicht beachtet, sondern auch für die in den dortigen Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter besteht die Bundesratsverordnung, den Schutz der Steinarbeiter betreffend, nicht. In der Stadt Bamberg sieht es wohl wieder etwas besser aus, aber nicht selten fehlen Schutzaufsichtsrichtungen sowie Unterlufträume und dergleichen. In Schweinfurt kann man zwar im großen und ganzen zufrieden sein, wohl aber sieht es auf den Staatsbauten, wenn solche ausgeführt werden, immer recht trüb aus, da diese von den Bauaufsichtsbehörden kontrolliert werden dürfen und sich die staatliche Bauaufsicht um diese Frage soviel wie gar nichts kümmert. Das gleiche kann wohl auch von Würzburg gesagt werden, wohl aber ist hierherzu hinzugefügt, daß es dort auf den zur Zeit auszuführenden Staatsbauten, dem Bahnhof, der Kaserne usw., fast schlechter noch als auf allen Staatsbauten, die wir an größeren Orten angefunden haben, aussieht. Ein reichliches Arbeitsfeld wäre für den Gewerbeinspektor das unterfränkische Steinbruchgebiet; wo in keinem einzigen Steinbruch und ebenso wenig auf den Werkplätzen die Bundesratsverordnung in ihrem vollen Umfang eingesetzt wird, sogar die neuzeitige schutzhinweisende Arbeitszeit wird nicht allerortwo eingehalten. In der Gegend von Asbach, Rothenburg, Dinkelsbühl, Gunzenhausen, Weißenburg, Eichstätt und Bergfelden ist es wohl seit Erlass der überpolizeilichen Vorschriften etwas besser geworden, doch weiter gehen die Unternehmer auch hier nicht, als sie von den Aufsichtsorganen gehoben werden, aber auch überall dort hat in den letzten Jahren der Schutz teilweise aufgehört, und die Unternehmer versetzen allmählich die Arbeitsschutzbefreiungen. Leider haben auch in den meisten Fällen unsere eigenen Berufsgenossen nicht immer den nötigen Mut dazu, um die Unternehmer recht ernst an ihre Pflichten zu erinnern. In Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach usw. läuft besonders der städtisch-sanitäre Bauarbeiterabschluß sehr viel zu wünschen übrig, und besonders sind es hier wieder die Staatsbauten, die leisewegs als Musterbetriebe gelten können. An den Bahnhofsgebäuden in Fürth fehlt es aber nicht nur in dieser Beziehung, sondern auch der Gerüstbau läßt sehr zu wünschen übrig, auch konnte in den letzten Monaten dort mehrmals beobachtet werden, daß die ortsbüroliche Arbeitszeit nicht eingehalten wird, was auch noch ein Verstoß gegen die staatlichen Submissionsbedingungen ist. Über auf alles dieses achten die Landbau- und Bahnbauämter nicht. Nicht unerwähnt soll noch bleiben, daß im Kreisbau die Mißstände schärfer hervortreten, als am Hochbau, was zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß bei ersten Arbeiten zum größten Teile unorganisierte und auch unerlaubte Arbeiter verwendet werden. Als ein weiterer Mißstand wird es auch noch empfunden, daß auf den Bauhöfen und Zimmerplätzen keinerlei Kontrolle geübt wird, wo Bauarbeiter gleichfalls in größerer Anzahl beschäftigt werden, die aber durch die mangelnde Kontrolle regellosen Schaden für ihr Leben und ihre Gesundheit entdecken. Ferner werden auch noch meistenteils von den Materialmeistern beliebige Farben verarbeitet, ohne daß die diesbezügliche Bundesratsverordnung durchgeführt wird. Eine Kontrolle begegnet auch dadurch großen Schwierigkeiten, daß die Unternehmer bequem, seine diebstahligen Farben zu verwenden, was immer erst durch eine chemische Untersuchung festgestellt werden muß.

Alles in allem leben wir also, daß es in dem industriereichen Bezirk Bayreuth mit der Frage des Bauarbeiterabschlusses recht leicht bestellt ist, weshalb die Gau-, Zweigvereins- und Zentralstellenleitungen der Bauarbeiterorganisationen in Zukunft von neuem in eine energische Agitation in dieser Richtung einzutreten anstreben, da die Erfahrung seit dem Jahre 1901 gelehrt hat, daß die derzeitigen Arbeitsschutzbefreiungen noch keinen genügenden Schutz für das Leben und die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter darstellen, weshalb unsere Parole lautet: „Mehr Schutz für das Leben und die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiterschaft!“

M.

* Ein Ullkum im Bauwesen besitzt die westfälische Großstadt Bochum. Die untenstehende Skizze zeigt uns die Bebauung einer Straße, die sie wohl kaum zum zweiten Male in Deutschland anzutreffen sein wird. Im Stadtteil Ehrenfeld ist dies Reiserfeld zu sehen, und der geniale Schöpfer dieses reizvollen Exterieurs ist der Bochumer Stadtbaurat Blum. Es handelt sich um die Bebauung des Edgrundstücks. Dem Baugitter war nur die Erlaubnis erteilt worden, die Ecke, die der Hättingerstraße zuliegt, über die Straßenfront hinauszubauen. Der Bau ist auch so ausgeführt worden und bereits ein Stockwerk hoch.



Nun hat eine ganze Ehrenfelder Bürger gegen das Bauvolumen über die Straßenfront hinaus Einspruch erhoben. Da war guter Rat teuer; aber der kluge Stadtbaurat wußte

sich aus der schwierigen Lage ganz geschickt herauszuwinden. Er erließ eine Verfügung, wonach der Bau vom zweiten Stockwerk aus in die Fluchtlinie gerückt werden muß. Der untere Teil, worauf es hier also allein ankommt kann, ragt über die Front hinaus, der obere Teil — also oben in der Luft, der niemand hindert —, muß zurück in die Frontlinie gerückt werden. Wir zweifeln nicht, daß diese Leistung ihren Schöpfer sehr berühmt machen wird, vielleicht noch berühmter, als es die weitaus-Ebauer des Schöpferstädter Rathauses waren.

* Ein Lehrer als Stadtbauamtmann. Der Lehrer Adam Gutjahr von der Gewerbeschule in Glensburg bei Frankfurt a. M. wurde zum Stadtbauamtmann der Stadt Flüchtlin in Bayern ernannt. Eine solche Berufung gehört sicher zu den Seltsamkeiten; trotzdem ist nichts dagegen zu sagen, wenn der Mann sonst was kann, und das hängt definitiv nicht von der zünftischen Eichung ab.

Aus Unternehmerkreisen.

* Eine gelbe Gewerkschaft im Berliner Baugewerbe ist in Sicht. Die „Ewigkeit“ war bereits vor zwei Wochen in der Lage, ein Flugblatt zu veröffentlichen, in dem die Matadoren der gelben Gründung ihre Pläne und Absichten kundtun. Es lautet:

Werte Kollegen!

Beim letzten Streit hat sich in unserem Reihen das Bündnis herausgefertigt, das die unorganisierten Kollegen, die sich aus irgendwelchen Gründen den bestehenden Organisationen nicht angeschlossen haben, sich selbst eine Organisation gründen, um auch ihrerseits ihre berechtigten Wünsche geltend zu machen.

Die Gründung ist jetzt erfolgt.

Unser Schluß ist heraus aus der Not geboren. Er ist durch den Druck unzähliger Beschäftigte zu stande gekommen während des Streits waren wir Unorganisierte zur völligen Ohnmacht verurteilt. Wir waren nicht in der Lage, den Streit abzuwenden, trotzdem wir den dringenden Wunsch hegten, in Frieden mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Wir bitten alle unsere Kollegen, unserem neuen Verein beizutreten, um für die schwächeren Seiten, die uns bevorzugten scheinen, nach Möglichkeit gerüstet zu sein. Wir dürfen nicht dulden, daß wir in unserem Beruf gänzlich verschafften Arbeitsverhältnissen entgegenstehen. Das Monopol der Lohnarbeit ist in Berlin mit Weit endgültig aufzugeben. Von gewisser Seite ist die Parole ausgeworfen worden: „Ein Zurückkommen in die Berliner Baugewerbe gibt es nicht!“ Man hat den Krieg und die Sperrfahrt proklamiert.

Diesen unerträglichen Zuständen muß ein Ende gemacht werden. Wir verwerfen die übertriebene Streitkraft. Unser Beruf ist deaktiviert, im Einvernehmen und auf gütlichem Wege mit den Arbeitgebern unsere Lage zu verbessern. Sein Ziel ist das: im wahren Arbeitgeberinteresse liegende Bemühungen, durch ununterbrochene Arbeit zu Wohlstand und Besitz zu gelangen.

Unser Verein gewährt wie die andern Vereine Krankenunterstützung und Sterbegeld. Er erfreut die soziale und wissenschaftliche Ausbildung seiner Mitglieder. Mit Politik und Religion beschäftigt sich unser Verein nicht. Arbeitlos gewordene Mitglieder sind der Verein umgehend wieder Arbeit zu verschaffen bemüht.

Kollegen, trete unserem Verein bei. Der Wochenbeitrag beträgt nur 20 Pf. Eintrittsgeld 80 Pf. Abniedrigungen nimmt eingehen.

Wilhelm Buchholz, Pufer, Pfälzburgerstraße.

Diese Gründung kann keinen überraschen, der die Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter verfolgt hat. Es war als früher anzunehmen, daß sich die Streitbreiter unter irgend einem Namen zusammenfinden würden, um sich auch nach der Bedeutung des Kampfes auf den Bauten behaupten zu können. Damit wird eigentlich auch nichts geändert, denn einen organisationseinheitlichen und unternehmerischen Boden hat es unter den Berliner Bauarbeitern ebenso seit jeher, wie es ihn in mancher anderen Großstadt gibt. Notwendig ist, daß zu jagen, daß diese gelbe Gründung in unzähligen Grenzen bleibt; daß sie nicht über den Kreis der Personen hinauswächst, die ihrer Natur nach für die Kampfsphäre der Arbeiter unbrauchbar sind. Gleichzeitig das, so ist nicht zu befürchten, daß unserer Bewegung hierdurch irgendwie Abdruck getan wird. Es dürfte nicht schwer sein, das zu erreichen, wenn für genügende Ausklärung über das Wesen dieses Streitbreiters gesorgt wird. Nicht gelegen kommt uns dazu eine Auslastung des Centralblattes für das deutsche Baugewerbe, bestmöglich das Sprachrohr der Berliner Bauunternehmer, über die Gelben vom Bau. Das Unternehmerblatt schreibt:

„Es liegt die Ullkum ein so gesunder Gedanke zu grunde, daß sehr viele Bauhandwerker, welche nach einer zweiten Ausgabe der Vorläufige des letzten Sommers absolut zu keinem Verlangen haben, sich gern einer solchen Vereinigung anschließen werden. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß sich der neue Bauhandwerkerbund der vollen Sympathie der Arbeitgeber erfreuen wird, daß diese ihm von ganzen Herzen ein kräftiges Gebein wünschen und ihn gern unterstützen und fördern werden.“

Damit ist der Charakter der neuen „Organisation“ genügend gekennzeichnet; damit ist aber auch allen ehrlichen Kollegen der Weg gewiesen worden.

* Der „Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mittelfrankens“ hat kurzlich seine Generalversammlung abgehalten und den nächstjährigen Kriegsplan festgestellt. Es ist beschlossen worden, einen „Streitkond“ anzunehmen und ohne „Streitlaufe“ keine Bauten zu übernehmen. Der Ablauf des Kriegsvertrags mit den Malern soll dem Unternehmerverband unter der Maßprobe geben. Folgendes Schriftstück ist an alle Betriebsmitglieder geplant worden:

Werder Herr Kolleg! Am 1. April 1908 läuft der mit der Organisation der Maler, Lüner, Antreicher usw. abgeschlossene Tarifvertrag ab und ist ein Streit derselben zu erwarten. Um nun unsere Herren Kollegen im Mater-

ial- und Lünergewerbe bei einem eventuellen Streit im nächsten Frühjahr wirtschaftlich zu können, richten wir schon heute an Sie die dringende Bitte, alle Maler, Lüner- und Antreiberarbeiten von jetzt ab so zu beschleunigen, daß Ihre gesamten diesbezüglichen Arbeiten möglichst bis 31. März 1908 fertig gestellt sind und Sie keinen Schwab erleiden.

Weiter wird auf den Streit der Baufälligkeitsarbeiter in Straßburg hingewiesen und erfußt, von Straßburg kommende Leds und Baufälligkeitsarbeiter unter keinen Umständen einzutragen und bereits eingestellte sofort wieder zu entlassen. Dann ermahnt das Schreiben, bei Vergebung von Arbeiten in erster Linie Mitglieder des Verbandes zu berücksichtigen und mehr als je „die Werbetrommel zu röhren zum festen Zusammenschluß aller am Baugewerbe beteiligten Gewerbetreibenden und Unternehmern“.

Der Kreislauf des Unternehmerverbandes wird auch in Arbeitsteile nicht ungehört und unbeachtigt verhalten. Für alle Arbeiter wird die Rüstung der Unternehmer ein Aufschwung sein, sie unter der Fahne der Organisation zusammenzutun, damit sie für alle Fälle gewappnet sind.

Aus anderen Berufen.

Generalversammlungen.

Gärtnerverbandstag. Von 1. bis 5. September tagt in Dresden die achte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins. Anwesend waren etwa 30 Delegierte, nach dem Vorstandsbericht betrug die Mitgliederzahl am Schluß des ersten Quartals 1905 2153, am Schluß des zweiten Quartals 1907 dagegen 5145. Besonders wird über die Fluktuation gesagt. Von 100 eingetreteten sind gewöhnlich nur 17 bis 20 dem Verband treu geblieben. In 40 Orten mit 2110 Betrieben und 8662 Beschäftigten wurden Förderungen getestet. An den Aktionen beteiligten sich 1494 Schülern. Von den Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1906 hatten vollen Erfolg 16 mit 1835 Beteiligten, teilweise Erfolg 8 mit 576, keinen Erfolg 1 mit 19 Beteiligten. Erreicht wurden für 2690 Schülern zusammen 5180 Lohn erhöhung pro Woche, für 758 Schülern 1514 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Im Jahre 1907 wurden 18 Lohnbewegungen und Streiks mit 1070 Beteiligten mit 1494 Schülern. Von den Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1908 hatten vollen Erfolg 16 mit 1835 Beteiligten, teilweise Erfolg 8 mit 576, keinen Erfolg 1 mit 19 Beteiligten. Erreicht wurden für 2690 Schülern zusammen 5180 Lohn erhöhung pro Woche, für 758 Schülern 1514 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Im Jahre 1907 wurden 18 Lohnbewegungen und Streiks mit 1070 Beteiligten mit 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 4363 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohn erhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 106756,77 und eine Ausgabe von 103187,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 55 Beteiligten erfolgslos beendet. Erreicht wurde für 988 Personen eine

Härtet dazu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe; man sei diesem Biß einen großen Schritt näher gekommen. Der Hauptvorstand habe sein möglichstes, um die Gründung eines Nah rungs mittel Industrie verbands baldigst herbeizuführen.

Polizei und Gerichte.

* Selbstsame Bloßen treibt mitunter das Bestreben der modernen Ordnungsreiter, die „arbeitswilligen“ Elemente zu schützen, an die Oberfläche. In Trefeld hatte ein freilender Kollege einen „Arbeitswilligen“ zur Teilnahme am Streit zu bewegen ver sucht und ihn in der Unterhaltung über diese Angelegenheit mit „Du“ angeredet, wodurch es bei Maurern allgemein üblich ist. Hierüber hatte sich der Streitbrecher in seinem verfehlten Ehrgefühl, daß ja diesen „Stihen der Gesellschaft“ eigen zu sein pflegt, beleidigt gefühlt und den Schutz der Behörden erbeten, der ihm auch im vollen Maße zu teil wurde. Unser Streitbrecher wurde zunächst vier Stunden hinter schwedische Gardinen gebracht und dann gegen ihn ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Beleidigung eingeleitet, das aber zum großen Bedauern aller Ordnungsleute den gewünschten Erfolg, die Bestrafung des Ehrverlegers, nicht hatte. Da das Altersstüd, durch das die lästige Abfahrt eines Königlich preußischen Staatsanwalts, einem Streitbrecher ins Gefängnis zu bringen, vereitelt wurde, etwas führerhistorischer Wert haben dürfte, so wollen wir es hier vollständig wieder geben. Es lautet:

Verfügung.

In der Strafsache gegen den Maurergesellen August Reis in Anrahl, geb. in Rieholt am 3. Juli 1866, evangelisch, wegen Beleidigung, wird der Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Beschuldigung, in Trefeld am 17. August 1907 den Franz Gabel öffentlich beleidigt zu haben — Vergehen gegen §§ 185, 200 Str.G.B. — abgelehnt.

Gründe:

Der Beschuldigte hat offenbar den Beleidigten, Gabel, als einen Arbeitskollegen, der dort trotz des ausgeborenen Streits Arbeit suchen wollte, angesehen. Bei Maurergesellen ist aber die Aneide mit „Du“ gegenüber den Arbeitskollegen die übliche und wird als beleidigend nicht angesehen. Es ist daher nicht anzunehmen, daß der Beschuldigte sich bewußt gewesen ist, daß er durch die Aneide mit „Du“ den Gabel beleidigen konnte. Hat dem Reis aber das Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Äußerungen gefehlt, so liegt subjektiv jedenfalls eine Beleidigung nicht vor. Da auch im übrigen in den von ihm gemachten Äußerungen eine Beleidigung des Gabel nicht ersichtlich werden kann, so war der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen.

Trefeld, den 8. September 1907.

Königl. Landgericht, Ferienstrafammer II.

Verschiedenes.

* Eine Warnung für Auswanderer erläutert die sozialdemokratische Presse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika neuordnungen wieder und empfiehlt sie den europäischen Arbeitern nachdrücklich zur Beachtung. Es wird geschrieben:

„In neuerer Zeit werden von interessierter kapitalistischer Seite außerordentliche Anstrengungen gemacht, den Strom der Einwanderung wenigstens teilweise nach den südlichen Staaten der amerikanischen Republik zu lenken. Die Vertreter der betreffenden Staaten, die Beamten der Bundesregierung sowie die Agenten der Dampferlinien und Eisenbahnen reichen sich in diesen Bestrebungen brüderlich die Hände.“

Europäische Arbeiter, namentlich solche aus nicht englisch sprechenden Ländern, können nicht nachdrücklich genug vor der Einwanderung nach den Südstaaten gewarnt werden. Die Zustände in jenen Staaten sind auch heute noch berort, daß man sie nur mit ostfälischen oder polnischen Verhältnissen vor der Aufhebung der Leibeigenschaft vergleichen kann. Von einem auch nur halbwegs wirtschaftlichen Friedensschluß für Proletarier ist keine Rede. Die Nachkommen der vormaligen Plantagenbarone haben hörbarlich zusammengetan, um im Süden ein geradezu ideales Feld für schrankenlose und brutale Ausbeutungsmethoden zu schaffen.“

Die sogenannte öffentliche Meinung des Südens ist heutzutage, soweit die kapitalistische Klasse und ihre Werkzeuge in Frage kommen, völlig von dem Rassenproblem beherrscht. Seitdem die Negrofrage auf dem Papire politisch besetzt wurde, hat man alle Hebel angezettelt, um diese Millionen von Hälfths in eine um so größere materielle Abhängigkeit zu versetzen. Allen papieren Garantien zum Trotz sind heute die südlichen Farbigen schwulst der grimmigsten und schamlosen Ausbeutung preisgegeben. Mit geradezu diabolischer Hinterlist hat man zur Erreichung dieses Zwecks die Gesetzgebung den Interessen der bestehenden Ausbeuterklasse entsprechend umgewandelt. Die Waffen, welche so gegen die Negrofrage gehandelt wurden, werden selbstverständlich auch gegen weiße Lohnarbeiter zur Anwendung gebracht.

Es existiert in den Südstaaten so gut wie gar keine Gesetzgebung zum Schutz der Lohnarbeiter. Frauen- und Kinderarbeit werden dort in einem Grade ausgebüttet, wie vielleicht nirgendwo sonst in der ganzen zivilisierten Welt. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden arbeiten durchweg im Sinne und Geiste der profitmütigen Ausbeuter.“

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 52 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir her vor: Die Komödie von Norden. — Der Essener Parteitag. Von K. Kautsky. — Der Marxismus und die neuzeitliche Revolution in den Naturwissenschaften. Von Josef Diner-

Dönes. — Die Gefängnisarbeit von Dr. Siegfried. — Das Leben der Religion. Von Kurt Bannister. — Literarische Rundschau: Karl Pollo, Soziale Klappe. Von M. Großsch. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolonialwaren zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 20 des 17. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierzehnjährlich ohne Verschiffung 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahr Jacob“, Nr. 20 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: Was der Marxismus erhofft und Das verhasste Not. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkosten.

Memmelsdorf, 9. Die Schul trug Du ganz allein, weil Du den Bauherr der Vereinstempel begehrtest hattest. Wenn Du übrigens die Anzeige formgerecht ausschreiben würdest, läne trock dem schlechten Stempel kein Gutta vor. Deinhausen, Nass. Den Unfallberichten wird von der fünfzigsten Woche an das Krankengeld auf 3 weibl. Drittel des demselben zu grunde gelegten Arbeitslohnes erhöht. Diese Erhöhung hat die Krankenkasse auf Kosten des Unternehmers zu zahlen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 Pf.)

Berlin. Am 21. September starb unser Mitglied August Ulrich im Alter von 66 Jahren an Lungenschwindsucht.

Breslau. Am 26. September starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege Ernst Goldmann im Alter von 53 Jahren an Lungenschwindsucht.

Chemnitz. Am 27. September starb unser Kollege Alexander Sacher im Alter von 77 Jahren an Senilität.

Danzig. Am 21. September starb der Kollege Karl Franz im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs.

Mainz-Hechtsheim. Am 25. September starb unser Kollege Heinrich Nicolaus Bauer im Alter von 89 Jahren bei einem Baumfall seinen Tod.

Limbach i. S. Am 26. September ging der Kollege Wenzel Cejka im Alter von 26 Jahren freiwillig in den Tod.

Ratisbon. Am 28. September starb unser junges Mitglied Ignatz Adamczyk im Alter von 22 Jahren. Er wurde von einer Maschine erschlagen und war auf der Stelle tot.

Wittstock. Am 28. September starb unser Verbandskollege Aug. Berlin im Alter von 69 Jahren nach langem, schwerem Krankenlager an Rippenfellentzündung.

Bethlitz. Am 18. September starb unser Verbandskollege August Hudas im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Strassburg.

Indem wir allen Kollegen, die sich um den Posten eines Postbeamten beworben haben, besten Dank sagen, teilen wir hierdurch mit, daß der Kollege Louis E. Mennert, Eisenach, als Postbeamter gewählt ist. Der Vertrauensmann.

Bremerhaven.

Vom 1. Oktober ab befindet sich unser Verbandsbüro Deich 56, 1. Et., in Bremerhaven.

Alle Zuschriften sind dorthin zu richten.

[M. 2,10] Der Vorstand.

Luckenwalde.

Der Kassierer Karl Hänseler wohnt vom 1. Oktober an Petrikirchstraße 3. [M. 1,20] Der Vorstand.

Lychen.

Die Adresse des Kassierers Lassahn ist jetzt Tornowstraße 144, 1. Et. [M. 1,20] Der Vorstand.

Naumburg.

Die Wohnung des Kassierers Otto Klinger befindet sich vom 1. Oktober an Dompredigergasse 18.

Pirna.

Vom 1. Oktober ab befindet sich meine Wohnung:

Pirna, Blangasse 6, 2. Et.

[M. 1,80] H. Herr.

[M. 1,20]

Offenburg.

Die Wohnung des Vorsitzenden Franz Berl befindet sich vom 1. Oktober ab Bischertstraße 32. Der Vorstand

Schkeuditz.

Der Kassierer Friedr. Hordorff wohnt vom 1. Oktober dieses Jahres an nicht mehr Hallischenstraße, sondern

Markt 2 (Eingang von der Umsiedlung).

Bettungen und Matratzen sind dort abzuholen, und am Wochentags in der Zeit von 6 bis 8 Uhr Abends und Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. [M. 2,70] Der Vorstand

Thorn.

Die Adresse unseres Vorsitzenden, Kollegen Jo Metkowski, ist vom 1. Oktober an Waldstr. 73. [M. 1,60]

Die Verwaltung

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ Spandau.

Die Wohnung des Bevollmächtigten E. Schüler befindet sich Gartenstraße 9, 3. Et. [M. 1,80]

Oranienburg.

Den zugereisten und zuverlegenden Kollegen diene zur Nachkündigung der Gewerkschaftsberberge bei Heisen befindet sich die Gewerkschaftsberberge bei Heisen befindet sich der Vorstand

Gefüllt wird der Maurer Ernst Bertram, geboren am 18. April 1889 zu Eisendorf bei Osterode a. Harz, w. Familiennangehören. Kollegen, denen sein Aufenthalt befreit werden gebeten, die Adresse dem Vorstand des Zweigvereins Osterode a. Harz, Heinr. Hesse, in Lüsfelde Osterode a. Harz mitzuteilen. [M. 1,80]

Willi Baumgarten, wo steht Du? Besuchst Du Deiner Mutter keine Nachricht zufinden? Kollegen, den Aufenthalt desselben kennen, bitten wir, uns Mittell zu zahlen, um sie lassen. Baumgarten ist am 5. August 1888 Helbra geboren, seine Buchnummer ist 294 799.

Paul Lingner, 1. Vorsitzender des Zweigvereins des Steinhofstr. 69, 2. Eig.

Culmitzsch, Berga und Umgegen.

Sonntag, den 6. Oktober, Nachm. 4 Uhr:

Zweites Stiftungsfest

im Schützenhaus zu Berga.

Alle Kollegen sind herzlich willkommen. [M. 2,70]

Stolp i. P.

Sonntagnachmittag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr:

Schzehntes Stiftungsfest

im Saale des Herrn Robert Selke.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [M. 8]

Der Vorstand

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntagnachmittag, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr in den „Werjoherzesten“. Wichtigste Königslutter, gesetzehalten. Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

— Sonntag, den 6. Oktober.

Dreitzl, Nachm. 2 Uhr bei Döbert. Mitgliedsbücher mitbringen.

Elmshorn, Nachm. 4 Uhr bei C. Meier, Mühlstraße 15.

Frankenhäuschen (Kyffh.). Nachm. 8½ Uhr im „Bartelsbergerarten“.

Granssee, Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Frank, Friedens Wilhelmstraße 15.

Memmelsdorf, Worm. 10 Uhr im Vereinslokal. Bücher mitbringen.

Naumburg, 5 Uhr im „Schwarzen Adler“ unverordnete Tagessordnung.

Probstzella, 2 Uhr Nachmittags. Referent: Kollege Schent.

Rendsburg, Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen“ Rendsburg.

Wittstock, Nachm. 2 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zerbst, Nachm. 8½ Uhr im Lokale des Herrn Specht. Monatsversammlung.

Dienstag, den 8. Oktober.

Liegnitz, Abends 8 Uhr bei Herrn Heide.

Mittwoch, den 9. Oktober.

Leisnig, Abends 8 Uhr bei Herrn Heide.

Sonntag, den 13. Oktober.

Hof a. d. S., Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Gebelsberger“, Dummersdorfer Ufer.

Lehesten, Nachm. 2½ Uhr im „Wirtshauss“ bei K. Henning jun. Neuer Bauvorstand. Mitgliedsbücher mitbringen.

Werder a. H., Nachm. 8 Uhr bei Koch.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 6. Oktober.

Bunzlau, Nachm. 1 Uhr in der „Hoffnung“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & in Hamburg.